

10. Sitzung

am Dienstag, dem 12. März 2024

Inhalt

Fragestunde

**Anfrage 1: Bewerbung privater Glasfaseranbieter durch
Ortsamtsleiter**

Anfrage der Abgeordneten Simone Zeimke, Theresa Gröninger,
Frank Imhoff und Fraktion der CDU

vom 7. Februar 2024 1030

Anfrage 2: Konkrete Planung für die Haltestelle Domsheide

Anfrage der Abgeordneten Michael Jonitz, Frank Imhoff und
Fraktion der CDU

vom 7. Februar 2024 1033

**Anfrage 3: Wird der „Kunsttunnel“ zwischen Wallanlagen und
Weserwiesen wieder zum Angstraum?**

Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Kai-Lena Wargalla,
Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 7. Februar 2024 1038

**Anfrage 4: Wie wird der Anspruch von Kindern auf Vorschularbeit in
der Kita sichergestellt?**

Anfrage der Abgeordneten Dr. Franziska Tell, Dr. Henrike Müller und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 7. Februar 2024 1043

**Anfrage 5: Ausreichend Kitaplätze schaffen – Gewinnung von Kita-
Investoren!**

Anfrage der Abgeordneten Fynn Voigt, Thore Schäck und
Fraktion der FDP

vom 7. Februar 2024 1050

Anfrage 6: Betrieb des Weserkraftwerks Bremen am Weserwehr

Anfrage der Abgeordneten Volker Stahmann, Derik Eicke,
Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

vom 7. Februar 20241058

*Die schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im
Anhang.*

Aktuelle Stunde

**Streit um Domshof-Pläne – Domshof-Umgestaltung auf wackligen
Beinen!**

Abgeordneter Thore Schäck (FDP)	1062
Abgeordneter Piet Leidreiter (Bündnis Deutschland).....	1066
Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD)	1071
Abgeordnete Bithja Menzel (Bündnis 90/Die Grünen)	1075
Abgeordnete Theresa Gröninger (CDU)	1077
Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE)	1081
Abgeordneter Piet Leidreiter (Bündnis Deutschland).....	1087
Abgeordneter Volker Stahmann (SPD).....	1089
Abgeordneter Thore Schäck (FDP)	1093
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen).....	1095
Senatorin Kristina Vogt	1101
Abgeordnete Theresa Gröninger (CDU)	1109

Welchen Plan hat Senatorin Aulepp für den Verein Stadtteil-Schule?

Abgeordnete Yvonne Averwerser (CDU).....	1112
Abgeordneter Falko Bries (SPD).....	1115
Abgeordneter Holger Fricke (Bündnis Deutschland).....	1116
Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE).....	1118
Abgeordneter Thore Schäck (FDP)	1120
Abgeordnete Dr. Franziska Tell (Bündnis 90/Die Grünen).....	1123
Senatorin Sascha Karolin Aulepp	1125
Abgeordnete Yvonne Averwerser (CDU).....	1130

**Konsequente und zeitnahe Baumnachpflanzungen jetzt sicherstellen –
für mehr Klimaschutz, bessere Aufenthaltsqualität und ein gesundes
Stadtklima in Bremen!**

Antrag der Fraktion der CDU

vom 28. November 2023

(Drucksache 21/77 S)

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU).....	1133
Abgeordneter Holger Fricke (Bündnis Deutschland).....	1135
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen).....	1137
Abgeordneter Frank Imhoff (CDU).....	1139
Abgeordneter Derik Eicke (SPD).....	1140
Abgeordneter Dr. Marcel Schröder (FDP)	1142
Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE).....	1144
Abgeordneter Holger Fricke (Bündnis Deutschland).....	1147
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen).....	1147
Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU).....	1149
Senatorin Kathrin Moosdorf	1151
Abstimmung.....	1154

Viertes Ortsgesetz zur Änderung des

Entwässerungsgebührenortsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 20. Februar 2024

(Drucksache 21/125 S)

Abgeordneter Cord Degenhard (Bündnis Deutschland)	1155
Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE).....	1156
Abgeordneter Derik Eicke (SPD).....	1158
Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU).....	1160
Abgeordneter Dr. Marcel Schröder (FDP)	1161
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen).....	1163
Senatorin Kathrin Moosdorf	1165
Abgeordneter Cord Degenhard (Bündnis Deutschland)	1167
Abgeordneter Dr. Marcel Schröder (FDP)	1167
Abstimmung.....	1168

Petitionsbericht Nr. 7

Bericht und Antrag des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung

vom 1. März 2024

(Drucksache 21/135 S) 1168

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der
Stadtbürgerschaft vom 12. März 2024 1170

Anfrage 7: Bedeutung der alten Kirchwege im Bremer Nordosten

Anfrage der Abgeordneten Derik Eicke, Anja Schiemann,
Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

vom 7. Februar 2024 1170

Anfrage 8: Konzert der Band „Böhse Onkelz“ in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Kevin Lenkeit, Selin Arpaz, Mustafa Güngör
und Fraktion der SPD

vom 7. Februar 2024 1171

Anfrage 9: Unterstützung für wohnungs- und obdachlose Menschen im Winter

Anfrage der Abgeordneten Katharina Kähler, Mustafa Güngör und
Fraktion der SPD

vom 7. Februar 2024 1174

Anfrage 10: Zustand des sogenannten Arisierungs-Mahnmals

Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Nelson Janßen,
Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE

vom 7. Februar 2024 1175

Anfrage 11: Wie barrierefrei ist der Fernverkehr am Bremer Hauptbahnhof in Randzeiten?

Anfrage der Abgeordneten Tim Sültenfuß, Nelson Janßen,
Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE

vom 7. Februar 2024 1176

Anfrage 12: Wie sicher und artgerecht ist das Aufliegenlassen von Brieftauben bei Hochzeiten in Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Philipp Bruck, Dr. Henrike Müller und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 8. Februar 2024 1177

Anfrage 13: Bike-and-ride-Station am Bahnhof Lesum

Anfrage der Abgeordneten Tim Sültenfuß, Sofia Leonidakis,
Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE

vom 8. Februar 2024 1179

Anfrage 14: Nutzung der Lehrschwimmbecken der Bremer Bäder

Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und
Fraktion der FDP

vom 19. Februar 2024 1180

Anfrage 15: Hochwasser in Borgfeld

Anfrage der Abgeordneten Theresa Gröninger, Hartmut Bodeit,
Martin Michalik, Frank Imhoff und Fraktion der CDU

vom 27. Februar 2024 1181

**Anfrage 16: Zukünftige Unterrichtsvertretung an Bremer Schulen
ohne „Stadtteil-Schule e. V.“**

Anfrage der Abgeordneten Yvonne Awerwaser, Frank Imhoff und
Fraktion der CDU

vom 1. März 2024 1181

**Anfrage 17: Wie bewertet der Senat die Energierechts- und
Budgetberatung?**

Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und
Fraktion der FDP

vom 5. März 2024 1183

Anfrage 18: Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) als Vermieter

Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und
Fraktion der FDP

vom 5. März 2024 1184

**Anfrage 19: Inwieweit bietet Bremen Arbeitsgelegenheiten nach § 5
AsylbLG?**

Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Sigrid Grönert,
Frank Imhoff und Fraktion der CDU

vom 5. März 2024 1185

Anfrage 20: Wie groß ist die Aktenhalde im Migrationsamt?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Sigrid Grönert,
Frank Imhoff und Fraktion der CDU

vom 5. März 2024 1186

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten: Heiko Strohmann, Fynn Voigt und Kai-Lena Wargalla.

Präsidentin Antje Grotheer eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr.

Präsidentin Antje Grotheer: Die 10. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer:innen und die Vertreter:innen der Medien.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine Gruppe des Gustav-Heinemann-Bürgerhauses in Bremen.

Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wurde vereinbart, dass im Anschluss an Tagesordnungspunkt 2 die Tagesordnungspunkte 13, 24 und 27 behandelt werden sollen.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 20 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die Anfrage 15 wurde zwischenzeitlich vom Fragesteller zurückgezogen.

Anfrage 1: Bewerbung privater Glasfaseranbieter durch Ortsamtsleiter

Anfrage der Abgeordneten Simone Zeimke, Theresa Gröninger, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 7. Februar 2024

Bitte sehr, Herr Kollege!

Abgeordneter Simon Zeimke (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat den Umstand, dass der Leiter des Ortsamtes Hemelingen in einem offiziellen Schreiben an alle Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils vom 5. Januar 2024 die Produktmerkmale eines Glasfaseranschlusses des privaten Unternehmens swb bewarb und zu einer swb-Infoveranstaltung am 16. Januar 2024 in das Bürgerhaus Hemelingen einlud, aus wettbewerbsrechtlicher sowie haushaltsrechtlicher Sicht? Sind ihm ähnliche Fälle aus anderen Ortsämtern bekannt, und welche Konsequenzen zieht er daraus?

2. Welche anderen Anbieter vermarkten im Stadtteil Hemelingen Glasfaseranschlüsse, und inwiefern wurden diesen vergleichbare Werbemöglichkeiten und -kanäle wie der swb eingeräumt?

3. Inwiefern sind dem Senat Fälle bekannt, in denen Privatunternehmen, die in der Stadtgemeinde Bremen Glasfaseranschlüsse verlegen beziehungsweise vertreiben, erfolglos auf Ortsamtsleiter mit dem Ziel zugegangen sind, ihre Dienstleistungen über das Ortsamt zu bewerben beziehungsweise darüber zu informieren? Wie bewertet der Senat entsprechende Anliegen, und welche Konsequenzen zieht er daraus?

Präsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte.

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Ausbau des Glasfasernetzes verfolgt das Ziel einer flächendeckenden Versorgung mit einer leistungsfähigen modernen Internetverbindung sowohl für private als auch gewerbliche Nutzer und stellt damit ein wichtiges Infrastrukturprojekt für die Zukunftsfähigkeit Bremens dar. In der Stadtgemeinde Bremen erfolgt der Ausbau des Glasfasernetzes durch mehrere private Anbieter, die jeweils einzelne Bereiche oder Quartiere in den Stadtteilen erschließen. Neben der in der Fragestellung angesprochenen Firma Glasfaser NordWest, die ihren Vertrieb über die swb abwickelt, sind mit der Deutschen GigaNetz und der Deutschen Glasfaser zwei weitere größere Anbieter sowie vereinzelt kleinere Anbieter in diesem Bereich tätig.

Bei den einzelnen Ausbauvorhaben in den Stadtteilen haben die Anbieter die jeweiligen Ortsamtsleitungen kontaktiert und um Unterstützung gebeten. Dabei ging es in der Regel um die Autorisierung eines Schreibens durch die Ortsamtsleitung, mit dem über die Planungen informiert und Interessierte angesprochen sowie zu Informationsveranstaltungen eingeladen werden sollte. In diesem Zusammenhang ist auch das Ortsamt Hemelingen bei mehreren Teilprojekten gebeten worden, ein Informationsschreiben zu autorisieren. Dieser Bitte ist der Ortsamtsleiter nachgekommen. Die Schreiben basierten jeweils auf Musterentwürfen der Anbieter und wurden auf deren Kosten erstellt und verbreitet. Auch die Kosten für die Informationsveranstaltungen wurden von den Anbietern in Gänze selbst getragen. Die Information über Entwicklungen und Vorhaben im Stadtteil, die die Bevölkerung betreffen, insbesondere im Bereich der Infrastruktur, zumal, wenn sie große Teile des Stadtteils betreffen, fällt durchaus in das Aufgabenspektrum von Ortsamtsleitungen.

Zu Frage 2: Vor der Glasfaser NordWest hatte bereits Mitte 2023 die Deutsche Glasfaser im Stadtteil Hemelingen, hier im Ortsteil Sebaldsbrück, Glasfaserangebote unterbreitet. Das Ortsamt Hemelingen hat auch diesen Anbieter in gleicher Weise unterstützt.

Zu Frage 3: Die Entscheidung, sich mit der Bitte um Unterstützung an das zuständige Ortsamt zu wenden, liegt im Ermessen der Anbieter. Neben dem Ortsamt Hemelingen sind auch andere Ortsämter mit gleichlautenden Bitten angesprochen worden, wiederum andere Ortsämter wurden gar nicht kontaktiert. Von den angesprochenen Ortsamtsleitungen sind einige den

Unterstützungsbitten der Anbieter gefolgt, einige haben dies auch abgelehnt. Die Entscheidung, ob Anbieter durch entsprechende Schreiben unterstützt werden, liegt im Ermessen der Ortsämter. – So weit die Antwort des Senats!

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Simon Zeimke (CDU): Ja, bitte! Gibt es Regelungen und Verwaltungsvorschriften, in welchen Fällen Privatunternehmen die Dienstleistungen der Ortsämter in dieser Form nutzen können, und wenn ja, für welche Dienstleistungen oder für welche Firmenkategorien gilt das?

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte: Nein, das gibt es nicht allgemein, sondern das entspricht einer bestimmten Übung, die es ja nicht nur in Bremen gibt, sondern auch in allen anderen Kommunen. Ich verfüge über extensive Erfahrung im Bereich Glasfaserausbau auch in den Nachbarkommunen Bremens, und da ist es ganz üblich, dass Anbieter beim Ausbau die jeweiligen Gemeindeverwaltungen ansprechen und um Unterstützungsschreiben bitten. Warum? Ein Ausbau erfolgt nur, wenn eine bestimmte Quote an Interessenbündelungen erreicht wird, und wenn die nicht erreicht wird, dann erfolgt kein Ausbau. Also liegt es durchaus im Interesse des jeweiligen Bereichs, solche Schreiben zu unterstützen, und da hat sich eine gängige Praxis im Bereich des Glasfaserausbaus herausgebildet.

Nicht immer ist das im Interesse der örtlichen Gemeinschaft, dann wird sich dagegen entschieden, aber häufig. Wichtig ist, dass das diskriminierungsfrei erfolgt, also, dass nicht willkürlich zwischen unterschiedlichen Anbietern unterschieden wird, aber es gibt keine allgemein formalisierten Vorschriften.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Simon Zeimke (CDU): Meine Frage bezog sich nicht explizit auf Glasfaseranbieter, sondern allgemein wirtschaftliche/privatwirtschaftliche Interessen. Können andere privatwirtschaftliche Unternehmen die Dienstleistungen in ähnlicher Form in Anspruch nehmen, und unter welchen Voraussetzungen?

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte: Es geht nicht um eine Dienstleistung, sondern darum, ob eine bestimmte Maßnahme – in diesem Fall ein Schreiben an die Haushalte – autorisiert wird, weil eine Maßnahme im Interesse der örtlichen Gemeinschaft liegt. Es gibt dazu keine allgemeinen Regelungen, sondern nur die Regelungen, die das Verwaltungshandeln in einem Rechtsstaat insgesamt leiten, nämlich Diskriminierungsfreiheit, Gleichbehandlung und andere Grundsätze. Denen muss Rechnung getragen werden, aber im Wesentlichen taucht das Problem oder die Herausforderung nur beim Glasfaserausbau auf.

Präsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Anfrage 2: Konkrete Planung für die Haltestelle Domsheide
Anfrage der Abgeordneten Michael Jonitz, Frank Imhoff
und Fraktion der CDU
vom 7. Februar 2024

Bitte sehr, Herr Kollege!

Abgeordneter Michael Jonitz (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Wann wird der Senat die konkreten Planungen für die Haltestelle Domsheide veröffentlichen, entsprechende Leistungen ausschreiben und voraussichtlich vergeben und die fachlich zuständige Deputation beteiligen und informieren?
2. Welche Kosten werden durch den Umbau der neuen Haltestelle in welchen Jahren entstehen?
3. Wann rechnet der Senat mit einer Fertigstellung des Projekts?

Präsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Özlem Ünsal.

Senatorin Özlem Ünsal: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Am 6. Februar 2024 hat der Senat die Senatsvorlage zur Straßenbahnführung und attraktiven Innenstadt beschlossen. In der Vorlage heißt es dort: Die Haltestellenanlage Domsheide wird am Bestand orientiert

weiterentwickelt und stadträumlich städtebaulich qualifiziert. Die Variante 2.3 mit der geteilten Haltestelle vor der Post und in der Balgebrückstraße wird mit Blick und Schwerpunktsetzung in den Abwägungskriterien zugunsten der überragenden städtebaulichen Bedeutung der domsheidepräferierten Variante weiterverfolgt und entsprechend qualifiziert.

Im Rahmen einer Vorentwurfsplanung in den Jahren 2019/2020 wurde die Variante 2.3 neben der Variante 5.1 als eine weitere Trassierungsmöglichkeit bestätigt. Eine Vertiefung der Planungen hinsichtlich Freiraumplanung und Stadtgestaltung erfolgte zu diesem Zeitpunkt für die Variante nicht. Aufgrund nun geänderter Planungsparameter im Hinblick auf städtebauliche Gestaltung sowie Klimaschutzanpassungen muss die Variante 2.3 als Planungsprozess neu aufgestellt und organisiert werden. Dazu gehören neben der Prüfung und Fortschreibung bisheriger Beauftragungen und diverser Verträge und Vertragsinhalte auch die Prüfung der Ingenieurverträge hinsichtlich Vergaberecht. Des Weiteren ist die weitere Projektfinanzierung zu überprüfen.

Aufgrund geänderter Planungsparameter der Variante 2.3 müssen die Planungsleistungen entsprechend den Leistungsphasen gemäß Honorarordnung für Ingenieure und Architekten neu bewertet und beauftragt werden. Es ist davon auszugehen, dass bei den Hauptplanungsleistungen – insbesondere Verkehrsanlagen, Freianlagen, Fahrleitung, Entwässerung und so weiter – erneut in die Grundlagenermittlung und Vorplanung eingestiegen werden muss.

Die Ergebnisse münden in eine Entwurfsplanung als Grundlage für die Phase der Genehmigungsplanung zur Baurechtschaffung mittels Planfeststellungsverfahren nach Personenbeförderungsgesetz. Ziel ist es, Anfang 2026 das Planfeststellungsverfahren zu starten. Das Planfeststellungsverfahren schließt mit einem Planfeststellungsbeschluss nach Personenbeförderungsgesetz, der das Baurecht beschreibt. Sofern gegen diesen Beschluss nicht geklagt wird, können die Baumaßnahmen ausgeschrieben und der Bau begonnen werden. Im Falle eines Rechtsstreits vor Gericht können deutliche Verzögerungen entstehen.

Parallel zur Vor- und Entwurfsplanung wird die Gestaltung der Haltestellen im Rahmen eines Architekturwettbewerbs definiert werden. Der gesamte Planungsprozess wird durch einen umfassenden Beteiligungsprozess

begleitet werden. Eine Einbindung der Deputationen ist im weiteren Prozess vorgesehen.

In der jetzigen Phase des Projektes – insbesondere Neuausrichtung und Klärung des Projektrahmens – kann aufgrund der Vielzahl von noch abzustimmenden Sachverhalten sowie möglicher Unwägbarkeiten noch keine belastbare Aussage zum weiteren zeitlichen Projektverlauf angegeben werden.

Zu Frage 2: Ein Kostenrahmen kann zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht seriös abgeschätzt werden. Eine Kostenberechnung wird gemäß der Verordnung über die Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen auf Grundlage der Entwurfsplanung ermittelt.

Zu Frage 3: Aus den vorgenannten Erläuterungen kann ein verbindlicher Zeitrahmen zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht seriös abgeschätzt werden. In jedem Fall werden der Planungsprozess und die bauliche Umsetzung aller erforderliche Maßnahmen einige Jahre benötigen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsidentin Antje Grotheer: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Michael Jonitz (CDU): Ja, Frau Präsidentin, die habe ich. Sie hatten eben von der Qualifizierung der Variante aus den Jahren 2019/2020 gesprochen. Anhand welcher Kriterien wird der Senat die Planungen denn überprüfen, aktualisieren und gegebenenfalls weiterentwickeln, und welches Gewicht haben die einzelnen Kriterien dabei?

Senatorin Özlem Ünsal: Ich habe vorhin einmal ausgeführt, dass wir mitten in den Vorbereitungen zu den diversen Punkten sind. Dazu gehören natürlich auch die Kriterien, und wir werden sie dann zum gegebenen Zeitpunkt in der Detailtiefe natürlich entsprechend vorstellen. Dem möchte ich jetzt an dieser Stelle noch nicht vorgreifen, und das war jetzt auch nicht Bestandteil Ihrer Fragen. Deshalb lassen Sie uns gern noch den Planungsprozess abschließen!

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Michael Jonitz (CDU): Ja, Frau Präsidentin, ich muss da einmal nachhaken. Wir haben ja jetzt gerade die Diskussion auch über das Thema der Barrierefreiheit gehabt. Deswegen auch die Frage, inwiefern das Kriterium der Barrierefreiheit hier eine Rolle spielt, vielleicht sogar als Ausschlusskriterium für diese Variante.

Senatorin Özlem Ünsal: Ich will einmal gleich vorweg sagen, weil ich natürlich weiß, dass das sehr viele Menschen in der Stadt und natürlich auch das Parlament bewegt: Wir nehmen die Barrierefreiheit sehr ernst, und sie findet hier auch in unseren Planungsprozessen Eingang, und übrigens nicht seit heute. Ich habe mir natürlich auch die Phasen vor meiner Zeit sehr genau angesehen – und dieser Planungsprozess und die ganze Diskussion um Domsheide läuft ja bereits seit 2018 –, und ich will ausdrücklich noch einmal bestätigen, dass seit diesen Planungsphasen der Landesbehindertenbeauftragte auch eng eingebunden/angebunden ist. Das soll auch so sein. Wir nehmen das in dieser Phase auch sehr ernst, und ich bin sehr dankbar für gute, konstruktive Gespräche, die ich bereits mit dem Landesbehindertenbeauftragten in der Sache aufnehmen konnte. Das werden wir selbstverständlich fortsetzen in allen Belangen, die die Barrierefreiheit betreffen.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Michael Jonitz (CDU): Die BSAG hat ja Ende des letzten Jahres, beziehungsweise Anfang dieses Jahres unterschiedliche Weichen und Gleise ausgeschrieben. Da wurde uns ja immer gesagt, dass dieses Masse-Feder-System, um Lärm- und Erschütterungsbelästigungen zu vermindern, nur sinnvoll ist, wenn die gesamte Domsheide angefasst wird. Jetzt haben Sie eben schon gesagt, dass die Planungen sehr schwierig oder in einem sehr frühen Stadium sind. Ist denn die Ausschreibung der BSAG schon mit den Umbauplänen des Senats abgestimmt, oder baut die BSAG erst einmal ohne die Pläne des Senats?

Senatorin Özlem Ünsal: Herr Jonitz, sehen Sie es mir nach, dass ich auch da noch nicht in die Detailtiefe hier einsteigen kann, aber ich will Ihnen sagen, dass wir selbstverständlich mit der BSAG, aber auch nicht nur mit der BSAG, sondern mit vielen Beteiligten in diesem Bereich miteinander sprechen, das auch abgestimmt planen, auch in der Detailtiefe, wie es notwendig ist. Ich will Ihnen auch sagen, insbesondere, was die Vorzugsvariante 2.3 angeht, die wir ja jetzt zur Grundlage nehmen, dass wir

dort natürlich auch ganzheitlich schauen und folglich auch die Orte, die Sie gerade benannt haben, in unserer ganzheitlichen Betrachtung Eingang finden werden und dass dann natürlich auch zum gegebenen Zeitpunkt berichtet wird.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Michael Jonitz (CDU): Sie haben eben von den Orten gesprochen. Ein wichtiger Ort ist die Glocke an der Domsheide. Dort schlummern beim Bund immer noch 40 Millionen Euro für den Umbau und die Erweiterung der Glocke. Inwiefern passt das zu dem Zeitrahmen, den Sie gesetzt haben, weil die Gelder ja 2026 auslaufen? Werden die der Glocke noch zur Verfügung gestellt? Kann der Senat diese Gelder für die Glocke abrufen,

(Abgeordneter Volker Stahmann [SPD]: Das ist doch eine ganz andere Frage!)

oder dauert dabei alles zu lange?

Senatorin Özlem Ünsal: Das ist in der Tat eine etwas sehr detaillierte Frage, die nicht mit der Frage, die ich heute zu beantworten habe, einhergeht, aber ich will trotzdem eine Ergänzung dazu machen, weil sie natürlich auch in einer ganzheitlichen Betrachtung dazugehört:

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Deswegen heißt es ja auch Fragestunde!)

Das tun wir. Wir machen eine ganzheitliche Betrachtungsweise auf diesen Platz und legen sie auch für die Domsheide an. Da ist die Glocke selbstverständlich ein Bestandteil insgesamt mit der Wegeführung und allen anderen Fragestellungen, die dazugehören, und das läuft sehr synchron. Das kann ich, glaube ich, für den Senat an dieser Stelle in der Kürze so beantworten.

Präsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 3: Wird der „Kunsttunnel“ zwischen Wallanlagen und Weserwiesen wieder zum Angstraum?

Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Kai-Lena Wargalla, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. Februar 2024

Bitte sehr, Herr Kollege!

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Was haben die Prüfungen der Bausubstanz beim „Kunsttunnel“ ergeben, der die Wallanlagen mit den Weserwiesen am Osterdeich verbindet, und welche Folgen sind kurz-, mittel- und langfristig für seine Nutzung zu erwarten?
2. Wie, wie oft und wann wird der Tunnel aktuell gereinigt, beleuchtet und überwacht, um seine erneute Entwicklung zu einem Angstraum zu stoppen?
3. Wird der Tunnel weiterhin als „Kunsttunnel“ firmieren, gestaltet und gepflegt, und wenn ja, dann wie und wann?

Präsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Özlem Ünsal.

Senatorin Özlem Ünsal: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Bei der zuletzt am 27. Juni 2023 – nach dem Entfernen der künstlerisch gestalteten Verkleidung – durchgeführten Hauptprüfung nach DIN 1076 wurden stellenweise Schadstellen in Querfugen, Rissbildungen im Bereich Anschluss Wand/Decke und bereichsweise Hohlstellen im Wandbereich festgestellt, die in der Folge behoben wurden. In diesem Zusammenhang wurden unter Ausnutzung der Verkehrssperrung auch weitere Schäden instand gesetzt. Diese Schäden wurden auf die geänderten Verkehrsbeziehungen der Schwerlastverkehre aufgrund der reduzierten Tragfähigkeiten der Weserbrücken zurückgeführt.

Da in den vergangenen Jahren aufgrund der Verkleidung keine durchgehende Prüfung des Bauwerks nach DIN 1076 möglich war, wurden

Bereiche an den Schadstellen geöffnet und mit Rissmarkierungen zur weiteren Überwachung in den nächsten Jahren versehen. Diese Bereiche werden nicht wieder geschlossen, übermalt oder andersartig gestaltet. Eine erneute künstlerische Gestaltung der Tunnelinnenwände, welche eine Prüfung der Verkehrssicherheit, der Standsicherheit sowie Dauerhaftigkeit wie in der Vergangenheit erschwert, behindert oder ausschließt, wird nicht wieder erlaubt.

Zu Frage 2: Das Bauwerk wird maschinell mittels Kleinkehrmaschine wöchentlich von Montag bis Freitag gereinigt. Bedarfsweise, insbesondere nach Werderspielen oder anderen wesernahen Veranstaltungen, werden zusätzliche Reinigungen durch das Amt für Straßen und Verkehr Bremen im Rahmen der Unterhaltungsleistung unterstützend durchgeführt.

Die Beleuchtung ist grundsätzlich ganztägig eingeschaltet. Ausfälle durch Störungen oder Vandalismus werden nach Bekanntgabe umgehend behoben. Nahezu alle Leuchten sind besprüht, wodurch die Lichtleistung erheblich reduziert ist. In den vergangenen Jahren dauerte es nach jeder Reinigung oder Instandsetzung der Beleuchtung nur wenige Tage, bis alles wieder so aussah, wie Sie es bereits kennen, also so aussah wie vorher.

Zu Frage 3: Die von Johann Büsen fantasievoll gestaltete Bildwelt des „Kunsttunnels“ ist in der Stadt und weit über deren Grenzen hinaus bekannt und beliebt. 2016 hatte der Künstler mit seiner magisch-surrealistischen Gestaltung, die er in Anspielung auf Lewis Carrolls „Alice im Wunderland“ mit „Rabbit Hole“ betitelte, einen vom Senator für Kultur ausgeschriebenen Wettbewerb zur Neugestaltung des Tunnels gewonnen. Bedauerlicherweise wurde im Laufe der Jahre das Kunstwerk immer wieder durch Vandalismus stark beschädigt und mit erheblichem finanziellen Aufwand instand gesetzt. Die vom ASV dargelegte Notwendigkeit, den Tunnel dauerhaft bauphysikalisch prüfen zu können, führte dazu, dass das Kunstwerk im Sommer 2023 abgebaut wurde. Anschließend ging der Tunnel wieder in die Verantwortung des ASV über.

Das Kulturressort bedauert, dass keine Lösung zum Erhalt des Kunstwerks gefunden werden konnte, die zu gleichen Teilen der erforderlichen Bauwerksprüfung als auch der künstlerischen Idee Johann Büsens gerecht wird. – So weit die Antwort des Senats!

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, vielen Dank, ich habe zwei Nachfragen! Nicht ganz beantwortet haben Sie: Wird der Tunnel weiterhin als Kunsttunnel firmieren? Ich schließe aus Ihrer Antwort, dass er das nicht wird, weil er ja keiner mehr ist. Ist das richtig so?

Senatorin Özlem Ünsal: Das ist richtig, das ist aktuell nicht vorgesehen.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Es ist ja danach gefragt worden, wie verhindert werden kann, dass es eine erneute Entwicklung zu einem Angstraum gibt. Wenn ich da hindurchgehe, muss ich sagen, dass es bei dieser sehr düsteren Beleuchtung, die da ist, und der Wandgestaltung, die nicht einladend ist, schon ein Angstraum ist. Gibt es Ideen, wie wir dem entgegenwirken können, nicht nur, dass es nicht zum Angstraum wird, sondern dass es, sage ich einmal, für alle Menschen, die da durchwollen, einen Ort gibt, den man angstfrei durchqueren kann? Damit meine ich vor allen Dingen die Beleuchtung. Die ist einfach so nicht ausreichend.

Senatorin Özlem Ünsal: Sehr geehrter Kollege Saxe, meine sehr verehrten Damen Abgeordneten, die Frage der Sicherheit, die Frage der Beleuchtung, die Frage der Angsträume nehme ich natürlich auch sehr ernst, nicht nur an diesem Tunnel, sondern insgesamt bei den Tunneln, die wir uns in der Stadt und insgesamt im Land genauer ansehen. Da nehme ich den Kunsttunnel natürlich nicht aus, das tun wir. Wir sind in einem guten Prüfungsprozess, auch dort: Was ist möglich im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, und was lässt sich in der Konstellation auch realisieren? Ich habe vorhin auch einmal eingangs gesagt, dass uns hier an dieser Stelle natürlich die Verkehrssicherheit insgesamt wichtig ist, und da gehört natürlich auch eine gute Beleuchtung dazu. Das will ich gern auch noch einmal als Auftrag mitnehmen.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Okay, von daher würde ich mitnehmen, dass sich an dem Zustand noch etwas verbessern soll.

Senatorin Özlem Ünsal: Wir geben uns ganz viel Mühe, im Rahmen unserer verfügbaren Mittel alles möglich zu machen, damit Angsträume abgebaut werden.

Präsidentin Antje Grotheer: Frau Senatorin, es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Holger Fricke. – Bitte sehr!

Abgeordneter Holger Fricke (Bündnis Deutschland): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Ich wollte fragen: Gibt es vonseiten der Stadt noch Planungen gegen weitere sogenannte Angsträume – denn der Kunsttunnel war seinerzeit wirklich ein großer Erfolg –, die mittels Kunst in angstfreie Räume umgewandelt werden sollen?

Senatorin Özlem Ünsal: Auf die Gefahr hin, dass ich mich jetzt einmal wiederhole: Wir sehen uns alle Tunnel – das war ja jetzt auch der Schwerpunkt dieser Frage – sehr genau an, und Angsträume insgesamt abzubauen ist natürlich auch ein Ziel des Senats. Wenn Sie darüber hinaus noch neben den Tunneln konkrete Fragen haben, bitte ich Sie, diese noch einmal direkt an uns zu adressieren, dann beantworten wir Ihre Fragen auch ganz konkret.

(Abgeordneter Holger Fricke [Bündnis Deutschland]: Okay!)

Präsidentin Antje Grotheer: Frau Senatorin, es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Theresa Gröninger. – Bitte sehr!

Abgeordnete Theresa Gröninger (CDU): Liebe Frau Präsidentin, liebe Frau Senatorin, ist dem Senat bekannt, dass die Wegeführung durch Zeltbau im sogenannten Kunsttunnel eingeschränkt wird?

Senatorin Özlem Ünsal: Wir schauen uns natürlich diverse Fragestellungen dazu an, und natürlich sind alle Fragestellungen, die den Kunsttunnel betreffen, nicht nur die künstlerische Ausgestaltung, und die Verkehrssicherheit ist auch ein Thema, darauf habe ich gerade ganz kurz Bezug genommen. Wenn Sie darüber hinaus Erkenntnisse haben, bin ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diese an mich herantragen, wenn Sie das heute noch einmal gezielt tun, ansonsten sind uns natürlich alle Umstände und Rahmenbedingungen bekannt.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Theresa Gröninger (CDU): Wenn man sich vor Ort bewegt, dann fällt einem auf, dass im Kunsttunnel Zelte aufgebaut werden und diese auch bewohnt werden. Das heißt, da wird dann ein wetter- und windgeschützter Raum geschaffen für vermeintlich obdachlose Menschen, der dazu führt, dass eine Wegeführung natürlich begrenzt wird und durch die Verengung ein Unwohlsein für Menschen, die nachts vielleicht auch allein und mit einem Fahrrad den Tunnel passieren wollen, ein subtiles Angstgefühl geschaffen. Aus diesem Grund – ich kann noch eine neue Frage stellen –: Was tun Sie dafür, um sicherzustellen, dass Menschen möglichst angstfrei durch den Kunsttunnel kommen?

Senatorin Özlem Ünsal: Das eine ist – auf die Gefahr hin, dass ich mich jetzt noch einmal wiederhole – natürlich das große übergeordnete Ziel, Angsträume aufzulösen, insbesondere auf die Tunnel bezogen, das ist heute unser Schwerpunkt der Frage, mit Blick auf die künstlerische Ausgestaltung. Das wollen wir natürlich abstellen. Das trifft auch auf den Kunsttunnel zu. Das betrifft in erster Linie natürlich die Beleuchtung, natürlich auch die Wegeführungen. Die schauen wir uns gerade sehr genau an, die schaue ich mir sehr genau an. Ich gehe ja auch vor Ort und schaue mir auch genau solche Zustände an, wenn sie vorliegen, um sie dann auch sehr zeitnah abzuschaffen.

Präsidentin Antje Grotheer: Frau Senatorin, es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens. – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Herzlichen Dank! Frau Senatorin, wären Sie bereit, auf Ihre Kollegin des Sozialressorts zuzugehen, um dort vielleicht auch noch einmal den aufsuchenden Charakter wahrzunehmen, um den Menschen, die sich dort ja anscheinend versuchen, mit Zelten zu behelfen, die Angebote für Wohnungslose dieser Stadt näherzubringen und sie dann vielleicht auch adäquater unterzubringen als unter einem Tunnel im Zelt?

Senatorin Özlem Ünsal: Ich will gleich einmal eine Lanze dafür brechen, dass wir auch sehr stark ressortübergreifend tätig sind und uns natürlich auch nicht nur die Angsträume, sondern auch besondere Plätze, besondere Bedürfnislagen von besonderen Zielgruppen anschauen. Den Punkt nehme ich selbstverständlich gern noch einmal mit für unsere internen Beratungen, denn wir haben ein gemeinsames Interesse, diese Plätze, diese Orte angstfrei zu gestalten und natürlich auch die Bedürfnisse der Betroffenen

gut im Blick zu halten. Insofern nehme ich den Punkt gern noch einmal für unsere internen Beratungen mit.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Ja, eine Bitte

(Zurufe)

in Form einer Frage!

(Zurufe)

Ja, ich weiß doch, wie es geht! Jetzt einmal ehrlich, Leute! Wären Sie bereit, über das Ergebnis dieser Bemühungen sowohl in der Sozialdeputation als auch in der für Sie zuständigen Deputation zu berichten, sodass wir umfassend informiert werden?

Senatorin Özlem Ünsal: Selbstverständlich!

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Danke schön!)

Präsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 4: Wie wird der Anspruch von Kindern auf Vorschularbeit in der Kita sichergestellt?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Franziska Tell, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. Februar 2024

Bitte sehr, Frau Kollegin!

Abgeordnete Dr. Franziska Tell (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Wie wird sichergestellt, dass Kinder im Vorschulalter bei dem Besuch einer Kita in Form von Vorschularbeit gezielt auf den Schulbesuch vorbereitet werden?

2. Welche Unterstützung gibt es für die Einrichtungen und das Kitapersonal, um notwendige Vorschularbeit auch bei Personalknappheit in den Kitaalltag der Kinder im Vorschulalter einzubinden?

3. Wie bewertet der Senat die Möglichkeit, Vorschularbeit als Teil der Zuwendungsverträge mit Kitaträgern mit aufzunehmen, um sicherzustellen, dass der Anspruch von Kindern auf Vorschularbeit erfüllt wird?

Präsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Frau Abgeordnete Tell! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Sowohl im Bremer Rahmenplan für Bildung und Erziehung im Elementarbereich als auch in den Pädagogischen Leitlinien zum Bildungsplan 0 bis 10 Jahre ist der Übergang von der Kita in die Grundschule als relevante Entwicklungsaufgabe festgeschrieben. Die Vorbereitung der Kinder auf diesen Wechsel vom Kindergartenkind zum Schulkind findet in den Kitas entlang der Bildungsbereiche und in Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten und den Lehrkräften der Grundschulen statt. Gegenseitige Hospitationen und gemeinsame Projekte zwischen Kitas und Grundschulen oder das Kennenlernen des neuen Schulweges und der zukünftigen Schule sollen ebenso zu den Angeboten der Kitas gehören wie beispielsweise auch die alltagsintegrierte Sprachbildung und gezielte Sprachförderung – letztere insbesondere für Kinder mit festgestelltem Sprachförderbedarf im Jahr vor der Einschulung.

Die pädagogische Arbeit in der Kita und damit auch im letzten Kita-Besuchsjahr setzt an den individuellen Kompetenzen, Bildungserfahrungen und Entwicklungsprozessen der Kinder an und gibt Impulse für den nächsten Schritt der Entwicklung. Die Fähigkeiten und Fertigkeiten, die Kinder in Kindertageseinrichtungen beziehungsweise im letzten Kita-Besuchsjahr erworben haben und die sie somit zum Schulanfang haben, sind im höchsten Maße unterschiedlich. Für die Grundschule besteht daher seit Langem die Notwendigkeit, sich auf die Vielfalt der Kinder einzustellen und deren Heterogenität zum Ausgangspunkt für die Planung des eigenen Unterrichts zu machen.

Zu Frage 2: Eine konkrete einheitliche Vorgabe, wie das letzte Jahr in der Kita zu gestalten ist, gibt es nicht. Die Angebote für die großen Kinder, die zur Schule kommen, sind zum Beispiel als Kleingruppenangebote in den Alltag der Kita integriert. Die pädagogischen Fachkräfte erhalten im Rahmen des Bildungsplans 0 bis 10 Jahre zusätzliche Arbeitsmaterialien und Praxisbeispiele.

Im Rahmen der Verbundarbeit zum Bildungsplan 0 bis 10 Jahre arbeiten die pädagogischen Fachkräfte aus den Kitas und Grundschulen verbindlich zusammen, um die Anschlussfähigkeit ihrer Arbeit für die Kinder zu gewährleisten und den Übergang im Sinne des Kindes zu gestalten. Neben Vereinbarungen und Vorlagen, zum Beispiel für Übergangsgespräche oder in Form eines Kooperationskalenders, entstehen themenorientierte Projekte zwischen Kitas und Grundschulen. Flankiert wird dies mit gemeinsamen Fortbildungen für die pädagogischen Fachkräfte in Kitas und Grundschulen.

Kinder mit festgestelltem Sprachförderbedarf erhalten im Jahr vor der Einschulung besondere Förderung, dafür stehen in den Einrichtungen zusätzliche Ressourcen sowie Materialien für die gezielte alltagsintegrierte Sprachförderung zur Verfügung.

Zu Frage 3: Neben den gesetzlichen Grundlagen für die Leistungen, die durch Angebote der Kindertagesbetreuung erbracht werden müssen, können diese im Rahmen der Zuwendungsanträge und -bescheide konkretisiert werden. Inwieweit auch die relevante Entwicklungsaufgabe Übergang von der Kita zur Grundschule entsprechend konkretisiert und verbindlicher verankert wird, soll im Rahmen der Weiterentwicklung des Systems der Finanzierung der Kindertagesbetreuung bearbeitet werden. – So weit die Antwort des Senats!

Präsidentin Antje Grotheer: Haben sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Dr. Franziska Tell (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, vielen Dank! Sie haben ja jetzt geschildert, welche prinzipiellen Möglichkeiten und Maßnahmen es für die Vorschularbeit geben soll. Ist Ihnen bekannt, inwieweit die aktuellen Personalmängel in den Kitas einen Einfluss darauf haben, wie das ausgeführt wird, oder wird irgendwie gemonitort, welche Probleme es dadurch in den Planungen an Vorschularbeit geben kann, wie das einen Einfluss hat?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Insgesamt stellen wir ja fest – und das ist auch gut so –, dass die Menschen, die in den Kitas mit den Kindern arbeiten, und zwar vom ersten Tag in der Krippe bis zum letzten Tag vor der Einschulung, hohe Ansprüche daran haben, wie sie den einzelnen Kindern gerecht werden, und die Bedarfe und Bedürfnisse der Kinder sind ja durchaus unterschiedlich. Also auch Kinder, die in einem Jahr oder in einem Dreivierteljahr zur Schule kommen, sind ja durchaus unterschiedlich weit, entscheiden sich schon schneller, Abschied zu nehmen oder wollen noch einmal so richtig den Kitaalltag erleben, und das ist natürlich schwieriger, je mehr Vertretungssituationen, je mehr Personalausfall und Personalmängel den Kitaalltag prägen.

Wenn eine Fachkraft allein für eine Elementargruppe mit 20 Kindern zuständig ist, die ja aus gutem Grund altersgemischt ist, dann ist natürlich schwieriger, auch tatsächlich differenziert zu arbeiten und zu schauen: Welche Kinder wollen oder sollen oder können schon gezieltes unterstützendes Angebot im Hinblick auf die Einschulung bekommen? Welche Kinder brauchen tatsächlich noch gezielte Förderung dafür? Von daher ist es richtig und notwendig, dass wir insgesamt in den Kitas mehr Personen brauchen, die eine solche Differenzierung dann tatsächlich auch eher und leichter ermöglichen können.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Dr. Franziska Tell (Bündnis 90/Die Grünen): Das heißt, es gibt aktuell keine externen Unterstützungsmöglichkeiten für die Kitas, wenn es Probleme gibt wegen Personalmangel, die helfen können, um in dieser Vorbereitung auf die Vorschularbeit zu unterstützen?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Es wäre wünschenswert, und ich weiß, dass das auch etliche Kitas machen, und zwar auch unabhängig vom Träger, dass sie sagen: Wir gehen Kooperationen ein, wir machen besondere Angebote, holen uns Musikpädagog:innen oder eben andere Menschen, die bestimmte Angebote mit den Kindern machen, als Kooperation in die Kita hinein oder gehen mit einer Gruppe von Kindern zu einem bestimmten Angebot, aber tatsächlich ist es so, dass die gesamte Aufgabe der Entwicklungsbegleitung der Kinder jeweils im Kitateam stattfindet.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Dr. Franziska Tell (Bündnis 90/Die Grünen): Halten Sie es für möglich, es weiterzuentwickeln, dass man Unterstützungsmöglichkeiten gerade jetzt vor dem Hintergrund des hohen Personalmangels auch seitens der Behörde ausweiten kann, oder ist das aktuell nicht darstellbar?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Ich bin für alle Ideen offen, die dazu führen, dass es mehr Menschen gibt, die in den Kitas für die Kinder entsprechende Angebote machen, gern im Team, weil wir es ja an unterschiedlichen Stellen auch feststellen, dass es mitunter schwierig ist, wenn Menschen, die mit denselben Kindern arbeiten, unterschiedliche Arbeitgeber:innen haben und die Frage ist, wer eigentlich mit wem wie kommuniziert. Von daher bin ich sehr dafür, dass wir das Personal, das in den Kitas zur Verfügung steht, entsprechend unterstützen und aufstocken. Deswegen bin ich auch sehr froh, dass wir die Sprachförderkräfte eben bei den Trägern und in den Kitas beschäftigt haben und nicht einen externen Träger beauftragt haben, die Sprachförderung in den Kitas zu übernehmen; aber natürlich sind solche Kooperationen und Unterstützungsmöglichkeiten ein Weg, den man wählen kann, um damit umzugehen, dass wir das notwendige Personal in den Kitas aktuell nicht haben.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Dr. Franziska Tell (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, das bezieht sich jetzt auf Ihre Antwort zu der dritten Frage, wo Sie gesagt haben, dass es denkbar wäre, das in eine Finanzierungssystematik mit einzubauen. Da wäre noch einmal meine Nachfrage, ob es da schon einen ungefähren Zeitplan gibt, wann es da weitergeht.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Es ist ja immer schwierig, wenn ich hier nach konkreten Zeitplänen gefragt werde. Ich glaube, das war auch in der letzten Fragestunde, wo ich gesagt habe, wenn ich hier ein konkretes Datum nenne, dann werden Sie mich einen Tag nach diesem konkreten oder vielleicht sogar an diesem konkreten Datum festnageln, und deswegen wage ich keine konkrete Prognose.

Ich erlebe die Diskussion darüber, dass das Finanzierungssystem der Kindertagesbetreuung in der Stadtgemeinde Bremen reformbedürftig ist,

ich würde jetzt einmal sagen, seit 20 Jahren, und ich bin sehr zuversichtlich, dass es nicht so lange dauert, sondern dass wir den Auftrag, den uns die Regierungsparteien im Koalitionsvertrag gegeben haben, dass wir da nämlich zu einer Weiterentwicklung kommen, zügig bearbeiten.

Das hängt natürlich auch davon ab, in welchem Ressourcenrahmen wir uns an der Stelle bewegen, denn wenn am Ende der Vorschlag einer Neujustierung und Neusortierung dazu führt, dass wir Träger verlieren, die sagen, unter diesen Umständen wollen wir uns nicht mehr in der Kindertagesbetreuung engagieren, dann hätten wir nicht nur mit Zitronen gehandelt, sondern allen Kindern und nicht nur denen, die demnächst zur Schule kommen, einen Bärendienst erwiesen.

Präsidentin Antje Grotheer: Frau Senatorin, es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens. – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Herzlichen Dank! Ich beziehe mich ebenfalls auf Frage 3 und Ihre Antworten dazu. Wir haben ja auf dem Kitagipfel in der AG Finanzierung sehr konkret über das Kita-Gutscheinmodell gesprochen, das die CDU-Fraktion seit vielen Jahren fordert. Sehen Sie eine Möglichkeit, Ihre Koalitionspartner und auch Ihre eigene Fraktion jetzt dazu zu bringen, das Kita-Gutscheinmodell umzusetzen, das die Probleme sofort lösen würde, nämlich mehr Geld an dieser Stelle ins System zu bringen und auch ansonsten die Unterfinanzierung zu beenden? Sehen Sie dafür Chancen?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrte Frau Abgeordnete, wir haben ja gerade auch über die Frage geredet, ob wir eigentlich genügend Menschen haben, die in den Kitas mit den Kindern arbeiten, und unabhängig davon, welche Systematik wir implementieren würden, könnten wir dadurch ja auch nicht mehr Fachkräfte gewinnen. Also das, was Sie in Ihrer Frage implizieren, dass das Gutscheinmodell alle Probleme lösen würde, ich fürchte, das wird sich nicht bewahrheiten.

Das, was wir anstreben und was, glaube ich, unser aller Ziel ist, hier auch insgesamt in diesem Hohen Haus, ist, dass wir Anreize dafür brauchen, Kitaplätze insbesondere da zu schaffen, wo noch Aufholbedarf besteht, wo der Bedarf an Plätzen überhaupt also am größten ist. Sie wissen – auch das ist ja schon länger und häufiger in der Diskussion –, das ist insbesondere in den Quartieren der Fall, wo auch die Kinder besondere Unterstützungsbedarfe haben und mitbringen, und anhand dieser

Prämissen werden wir die Frage ausrichten, in welche Richtung wir dieses System weiterentwickeln.

Wie am Ende die Frage gelöst wird, wie Ressourcen und Plätze zusammenhängen – also ich finde, im schulischen Bereich haben wir mit der Zuweisungsrichtlinie ein gutes und bewährtes Instrument ergänzt, weil das ja auch der Zuweisungsrichtlinie immanent ist – mit Sozialindizes und der entsprechenden Steuerung der Zuweisung der Mittel, also wenn wir in die Richtung auch im Kitabereich gehen, was die Ressourcenausstattung und dementsprechend auch eine verbindliche Ressourcenausstattung angeht, ich glaube, dann haben wir schon viel gewonnen.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben sie weitere eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass es letztlich auch bedeutet, dass ohne Moos nix los ist und wenn man den Trägern heute schon das Geld zur Verfügung stellen würde, dann weitere helfende Hände, die dauerhaft beschäftigt werden und in jedem Jahr diese Vorschularbeit machen, einstellen lassen könnte, weil das Geld dafür erstmalig zur Verfügung gestellt wird, dass dann auch unterhalb der Qualifikation einer Erzieher:in Personal gewonnen werden könnte, das entsprechend eingearbeitet diese Arbeit machen könnte und dann die Probleme beendet wären, die hier geschildert worden sind?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Ich bin bereit, zur Kenntnis zu nehmen, denn ich kann ja gar nicht anders, als es zur Kenntnis zu nehmen, dass Sie diese Einschätzung haben. Die Diskussionen, wer eigentlich die vorschulische oder die Arbeit im Hinblick auf die anstehende Einschulung am besten leisten kann, überhaupt leisten kann oder nicht leisten kann, sind Ihnen ja auch nicht unbekannt, und ich freue mich sehr, dass ich dem entnehme, was ich gerade von Ihnen zur Kenntnis genommen habe: dass ich in Ihnen eine Mitstreiterin dafür habe, dass auch Menschen, die noch keine pädagogische Qualifikation haben, in Kitas auch für Kinder, die demnächst in die Schule kommen, sehr hilfreich sein können und dass es deswegen wichtig und richtig ist, diese Menschen tatsächlich auch in die Kitas zu holen in der Hoffnung – und ich glaube, es ist auch eine begründete Hoffnung oder vielleicht sogar auch eine Annahme –, dass sie sich zu pädagogischen Fachkräften weiterentwickeln.

Natürlich ist das auch immer eine Frage der entsprechend zur Verfügung gestellten Ressourcen. Es gibt ja Träger, die das tatsächlich schon praktizieren. Die heißen dann nicht helfende Hände und auch nicht Entlasterkräfte, sondern Kitaassistenzen oder Unterstützung, und ich glaube, das ist eine kluge Richtung, in die wir weitergehen müssen.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Ich glaube, Sie haben mich da teilweise falsch verstanden: Für Wegebeziehungen und Ähnliches auf jeden Fall, aber ich glaube, die Idee, die mir vorschwebt, ist da etwas umfassender. Wären Sie bereit, dieses Thema noch einmal im Unterausschuss „Frühkindliche Bildung“ oder in der Bildungsdeputation aufzugreifen, damit wir gemeinsam über Lösungen nachdenken können, um jetzt auch für die nächste Zeit noch Verbesserungen für unsere Vorschulkinder in Bremen zu erreichen?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Ich bin bereit, nahezu jedes Thema, das mit einer Sorge im frühkindlichen und im schulischen Bildungsbereich zu tun hat, in der Deputation oder in einem ihrer Unterausschüsse aufzugreifen, aber vielleicht können wir gemeinsam auch noch einmal konkretisieren, was dieses Thema an dieser Stelle ist und in welcher Art und Weise wir das aufgreifen.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Gern!)

Präsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Anfrage 5: Ausreichend Kitaplätze schaffen – Gewinnung von Kita-Investoren!

**Anfrage der Abgeordneten Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 7. Februar 2024**

Bitte sehr, Herr Kollege!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern schafft der Senat Anreize für mögliche Kita-Investoren, um in Bremer Kitabauten zu investieren, und welche Maßnahmen plant der Senat zukünftig zu ergreifen?
2. Welche finanziellen Ressourcen stehen dem Senat zur Verfügung, um Kitabauten anmieten zu können, und welche Vor- und Nachteile sieht der Senat bei den unterschiedlichen Modellen?
3. Inwiefern erfasst der Senat die Gründe der abgesprungenen Kita-Investoren und evaluiert diese?

Präsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter Schäck!

Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Ausbau der Angebote der Kindertagesbetreuung erfolgt aktuell zu einem wesentlichen Anteil über privat finanzierte Bauvorhaben, die von freien Trägern angemietet und über Zuwendungen der Stadtgemeinde refinanziert werden.

Im Zuge der Marktveränderungen in den letzten Jahren, die insbesondere auf gestiegene Baukosten zurückzuführen sind, wurden die förderfähigen Mieten entsprechend angepasst. Es konnte und kann damit sichergestellt werden, dass weiterhin Kitastandorte im Investorenmodell in die Planung aufgenommen werden. Die geförderte Miethöhe ermöglicht Investor:innen eine gewinnorientierte Umsetzung. Die Angebotslage privater Optionen ist ungebrochen hoch. Zum aktuellen Zeitpunkt wurden bereits über 30 Projekte im Investorenmodell fertiggestellt, weitere 43 Investorenprojekte befinden sich in Umsetzung. Darüber hinaus befinden sich zahlreiche Standorte in Prüfung.

Neben einer auskömmlichen über Zuwendungen gesicherten Mietzahlung bedarf es aus Sicht des Senats keiner weiteren Schaffung von Anreizen für private Investor:innen.

Zu Frage 2: Der Senat steht bei Kindertagesbetreuungsangeboten freier Träger im Regelfall nicht selbst im Mietverhältnis zu den

Gebäudeeigentümer:innen. Die Mietverträge werden zwischen den Trägern der Angebote der Kindertagesförderung und den Eigentümer:innen abgeschlossen. Die bei den freien Trägern anfallenden Mietkosten werden dabei als Teil der Betriebskosten in Form von Zuwendungen gefördert.

Lediglich in Einzelfällen mietet die Stadtgemeinde Bremen über Immobilien Bremen Standorte der Kindertagesbetreuung direkt von Investor:innen an. Die Mietkosten werden in der Regel als Teil der Betriebskosten im Haushalt bereitgestellt. Zusätzlich werden investive Mittel für Erstausrüstung und gegebenenfalls die trägerseitige Umsetzung der Küche und der Außenspielgeräte zur Verfügung gestellt. Im Senat besteht Einigkeit darüber, dass die Anmietung sowie der Bau der für das Ziel, dass jedes Kind einen Kitaplatz bekommt, erforderlichen Kitas nicht am Haushalt scheitern wird.

Zu Frage 3: Da die Gremienbeschlüsse bereits zu einem frühen Zeitpunkt eines Projekts erforderlich sind, um eine belastbare Grundlage für die Träger und Investoren für die weitere Planung zu schaffen, kommt es in Einzelfällen vor, dass sich bei der weiteren Planung herausstellt, dass ein Standort nicht umgesetzt werden kann. Die jeweiligen Gründe werden der Senatorin für Kinder und Bildung seitens Trägern und Investor:innen mitgeteilt, sodass sie dort bekannt sind. In der Vergangenheit gab es Fälle, in denen der Grundstückserwerb scheiterte, weil sich die Parteien des Kaufvertrags nicht einig wurden oder die Verkäufer insgesamt von ihrer Verkaufsabsicht Abstand nahmen. Dass sich Investor:innen aus anderen Gründen zurückziehen, nachdem es eine von den Gremien bestätigte positive Umsetzungsempfehlung gab, ist der Senatorin für Kinder und Bildung nicht bekannt.

Seitens der Senatorin für Kinder und Bildung finden regelmäßige Abstimmungen mit den Trägern und Investor:innen statt, um auftretende Problemstellungen in der Planungs- und Genehmigungsphase möglichst zielführend zu unterstützen. Die gegebenenfalls ressortübergreifend zu klärenden Fragestellungen werden im Rahmen der Senatskommission Schul- und Kitabau, der sogenannten Ressort-AG und der ressortübergreifenden Sitzungen der Regionalkoordinator:innen aufgerufen und bearbeitet. Problemstellungen, die beim Bau von Kindertageseinrichtungen von Investoren auftreten, werden in der Regel zeitnah von den verschiedenen beteiligten Akteur:innen kommuniziert und lösungsorientiert bearbeitet. – So weit die Antwort des Senats!

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Ja, Frau Präsidentin! Frau Senatorin, vielen Dank für die Beantwortung der Fragen! Ich entnehme jetzt Ihren Antworten, dass die Kitas ganz überwiegend durch private Investoren gebaut werden und dann entsprechend durch Bremen angemietet werden. Ist das richtig? Wenn das so ist, würde mich interessieren, ob es darüber hinaus auch Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen gibt.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Das ist richtig. So, wie wir dem Subsidiaritätsprinzip des Sozialgesetzbuchs VIII entsprechend die freien Träger, die sich im Bereich der Kindertagesbetreuung engagieren wollen, dabei natürlich unterstützen im Rahmen der rechtlichen Gegebenheiten, die dann entweder selbst eine Immobilie mitbringen, in der sie eine Kita betreiben wollen oder können, also die in ihrem Eigentum steht, oder selbst eine Immobilie errichten wollen oder dann eben eine Immobilie anmieten! Das sind dann alles Immobilien, die nicht im Eigentum der Stadtgemeinde Bremen oder der öffentlichen Hand stehen, sondern im privaten Eigentum, für die dann entweder eine Miete refinanziert wird oder die vom Träger sozusagen mitgebracht wird. Von daher ist das tatsächlich ein wesentlicher Bestandteil und ein wesentliches Standbein des Ausbaus der Kindertagesbetreuung.

Bei der Frage, wie viel Miete darf denn eigentlich eine Kita kosten, können Sie gewiss sein – ich weiß gar nicht, ob mich das freut oder nicht, ich will ja gern so schnell wie möglich gute Kitas haben –, da schauen sowohl Immobilien Bremen als immobilienverantwortliche zugeordnete Dienststelle als auch der Senator für Finanzen als zuständiges Ressort sehr genau darauf, inwieweit da die Wirtschaftlichkeit entsprechend gegeben ist.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Vielen Dank für die Beantwortung der Nachfrage! Es sind ja ganz grundsätzlich verschiedene Modell denkbar: Die öffentliche Hand baut und betreibt auch selbst, Privat baut und vermietet es und so weiter. Noch einmal die Wiederholung der Frage: Gibt es denn dazu Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, was eigentlich auch im Hinblick auf Geschwindigkeit – das spielt ja auch eine Rolle, wie schnell werden eigentlich Gebäude gebaut – da für Bremen sinnvoller ist?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Ich habe ja gerade gesagt, natürlich schaut man sich das genau an bei der Frage. Wenn ich Ihrer Frage entnehmen darf, dass Sie es eigentlich ganz gut fänden, wenn die öffentliche Hand selbst Kitas baut, dann fände ich das eine überraschende Haltung bei der FDP-Fraktion, aber man lernt ja nie aus. Wenn wir dadurch schneller werden könnten und die Immobilien dann tatsächlich auch im öffentlichen Eigentum stünden, finde ich das durchaus eine sinnvolle und charmante – . Aber Sie schütteln schon den Kopf! Wie gesagt, am Ende finde ich diese Variante durchaus sinnvoll.

Wie Sie ja wissen und wie zuletzt auch der Finanzsenator auf dem Bremer Kita-Gipfel klargestellt und klargemacht hat, ist der Senat gerade dabei, Überlegungen anzustellen, wie wir nicht nur den Schulbau, sondern auch den Bau im Bereich der Kindertagesbetreuung so effizienter gestalten können, dass Kitas schneller und wenn möglich auch kostengünstiger gebaut werden können, indem wir eine Schul- und Kitabaugesellschaft mit dieser Aufgabe betrauen. Auch an der Stelle sind wir vielleicht oder vermutlich unterschiedlicher Auffassung, nicht nur, in welcher Rechtsform – das ist ja die Gesellschaft –, sondern in welcher Trägerschaft diese Gesellschaft fungieren soll. Ich bin für einen möglichst großen Einfluss der öffentlichen Hand, aber auch das kann man sicher unterschiedlich diskutieren.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Ja, spätestens jetzt habe ich die, vielen Dank! Ihre Interpretationen lasse ich einmal dahingestellt. Es ist sehr mutig, in eine Frage so etwas hineinzupinterpretieren, aber Sie haben meine Frage immer noch nicht beantwortet. Ich hatte eben danach gefragt, dass es verschiedene denkbare Modelle gibt, und mich interessiert eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, also das man sagt: Im Schnitt, wenn wir dieses Modell machen, ist es so teuer, wenn wir das Modell machen, ist es so teuer, dafür geht es schneller. Gibt es so etwas, das wir uns anschauen können, oder gibt es das nicht? Sie antworten im Moment immer nur mit Einzelfällen.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Ja, weil Kitabauten unter sehr unterschiedlichen Voraussetzungen und Gegebenheiten erstellt werden, auch was die Immobilien angeht. An der Stelle würde ich sagen, das sollte man vielleicht dann vertiefend tatsächlich noch einmal in einem anderen

Rahmen erörtern, vielleicht in der Bildungsdeputation oder an anderen Stellen; aber zu sagen, es gibt ein Modell, das ist per se wirtschaftlicher für alles als ein anderes Modell, das würde ich mir gern auch noch einmal genauer ansehen. Davon gehe ich aber aus, dass wir uns jeweils im Einzelfall anschauen müssen: Welche Kita soll auf welche Art und Weise gestaltet und gebaut werden? Wofür ich eine große Offenheit und Sympathie hätte, wäre, zu sagen, möglicherweise kann man ja darüber nachdenken, so etwas wie eine Modell-Kita zu planen und dann zu überlegen, wie kann man die umsetzen. Auch dafür, glaube ich, könnte man das Instrument der Schul- und Kita-Baugesellschaft nutzen.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Ich entnehme Ihren Antworten, dass es bisher diese von uns angefragte Form der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht gibt. Stimmen Sie mir darin zu?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, welches Modell an und für sich für Kitas das wirtschaftlichste ist, gibt es nicht, aber das hat, glaube ich, auch viel damit zu tun, wie der Kitabau in Bremen gestaltet werden kann/möglich ist und im Hinblick darauf, dass jedes einzelne Projekt natürlich darauf angeschaut wird, ob das, was da geplant, gebaut und dann auch als Miete gefordert wird, wirtschaftlich ist oder nicht.

Präsidentin Antje Grotheer: Frau Senatorin, es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens. – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Frau Senatorin, Sie haben ja sicherlich auch den Brief von Ilse Wehrmann zur Kenntnis genommen, der die Bürokratie in Zusammenarbeit mit den freien Trägern und Investoren bedauert und besagt, dass das die größten Hemmnisse auch für den weiteren Kitausbau sind. Haben Sie daraus bisher denn schon irgendwelche Schlussfolgerungen gezogen, die zum Beispiel auch in die Richtung der Frage gehen, die Herr Schäck gerade gestellt hat, oder ist der Brief versendet, ist daraus bisher keine Schlussfolgerung gezogen worden?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Natürlich ist nichts versendet, und natürlich ist das, was wir uns insgesamt und auch in der Senatskommission Schul- und Kitabau vorgenommen haben und was wir entsprechend auch

schon in die Umsetzung gebracht haben – nämlich durch Kommunikation der unterschiedlichen zu beteiligenden Akteure mit ihren jeweiligen Fachkompetenzen, also die Frage, was brauche ich eigentlich für eine Genehmigung, und welche Genehmigung oder welche Prüfung kann ich immanent in einer anderen Prüfung vornehmen –, das, woran wir intensiv gearbeitet haben, weil nur die Kommunikation, alle Leute an einen Tisch zu holen und zu sagen, welche Schritte sind jetzt notwendig, tatsächlich zu einer Beschleunigung führt.

Natürlich gibt es aber, wenn man Verfahrensschritte betrachtet, die nacheinander ablaufen, die aber möglicherweise parallel laufen könnten, immer noch Optimierungsmöglichkeiten und -bedarfe, also von daher sind wir da noch nicht am Ende. Ich würde jetzt nicht behaupten, wir haben so wenig Bürokratie wie möglich und so viel wie nötig, sondern wir können tatsächlich noch ein bisschen etwas verschlanken und haben immer noch so viel wie nötig.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Ich glaube auch, dass wir eine bessere Verzahnung der bis zu 14 Dienststellen brauchen, ich glaube aber, wir haben auch ein großes Problem im Bereich Bau. Wenn ich mir anhöre, dass der agilste Investor, Klaus Meier, gerade gesagt hat, Baugenehmigungen dauern ein Jahr und länger, das funktioniert nicht, und Investoren sagen, die Zinsuhr läuft sofort, und die Neubearbeitung von – –.

Präsidentin Antje Grotheer: Frau Abgeordnete, bitte die Frage! Es geht nicht darum, immer eine Stellungnahme abzugeben und dann eine Frage zu stellen, sondern es geht um die Frage, bitte!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Ich muss die Frage aber ja auch so einführen, dass die Senatorin sie versteht, weil sie ja da artübergreifend aktiv ist. Wenn man also feststellt, dass bestimmte Änderungen im Bauverfahren bis zu drei Jahre brauchen und sich dadurch der Gesamtzeitraum für den Bau einer Kita teilweise über viele Jahre erstreckt, was uns die Investoren sagen: Meinen Sie nicht, dass man da in der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe noch einmal aktiv tätig werden muss, um das zu verschlanken, damit das nicht drei oder vier Jahre dauert mit

sieben Prozent Zinsen, die der Investor zu tragen hat, bis er dann abspringt?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Je schneller eine Kita fertig wird, desto besser, und alles, was wir auf dem Weg schneller machen können, sollten wir machen. Ich glaube, da besteht auch große Einigkeit im Senat.

Präsidentin Antje Grotheer: Frau Senatorin, es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Klaus-Rainer Rupp. – Bitte sehr!

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE): Frau Senatorin, wenn wir einen Investor beauftragen, eine Kita zu bauen und diese Kita anmieten, ist es nicht haushaltstechnisch etwas Ähnliches, als würden wir einen Kredit aufnehmen und Zins und Tilgung abtragen, um die Kita zu bauen?

(Beifall DIE LINKE)

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Herr Abgeordneter, Sie sind der Finanzfachmann. Von daher könnte ich jetzt auch sagen: Wie könnte ich es wagen, Ihnen zu widersprechen? Aber natürlich: Wenn ich jemand anderem Geld dafür gebe, dass er etwas für mich erstellt und das Mietzins nenne, dann kann ich das vergleichen damit, wenn ich etwas selbst erstelle, mir dafür Geld leihe und dafür, dass ich das Geld geliehen habe für das Erstellen, etwas bezahle, was ich Zins nenne.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Antje Grotheer: Herr Abgeordneter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE): Ist es nicht so, dass somit die Schuldenbremse verhindert,

(Zurufe CDU)

dass wir in vielen Fällen über die Alternative, selbst zu bauen oder zu mieten, gar nicht erst nachdenken müssen?

(Beifall DIE LINKE – Zurufe CDU)

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Investitionen in die Zukunft sollten wir so weit wie möglich machen, und ich habe ja gerade schon in dem Dialog mit dem sehr verehrten Abgeordneten Schäck deutlich gemacht,

dass ich vielleicht sogar eher eine Vorliebe dafür habe, nicht an Private Mittel zu bezahlen, sondern das Geld im öffentlichen Haushalt zu haben, weil das ja auch zu einer verantwortungsvollen Mittelbewirtschaftung der öffentlichen Mittel führt. Von daher: Ja, ich fände es gut, wenn wir die Möglichkeit hätten, als öffentliche Hand selbst in Immobilien zu investieren und dementsprechend auch in den Bau zu investieren. Gleichzeitig sage ich aber, und das sage ich voller Überzeugung als Kinder- und Bildungsministerin: Im Moment kann alles dienen, was uns möglichst schnell Schulen und Kitas bereitstellt, und da arbeite ich auch sehr gern mit privaten Investoren zusammen.

Präsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Anfrage 6: Betrieb des Weserkraftwerks Bremen am Weserwehr

**Anfrage der Abgeordneten Volker Stahmann, Derik Eicke,
Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 7. Februar 2024**

Bitte sehr, Herr Kollege!

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Betriebsstunden hatte das Weserkraftwerk am Weserwehr in Bremen-Hastedt im vergangenen Jahr, wie viel Strom wurde erzeugt, und liegen diese Betriebsdauer und der Umfang der Stromerzeugung im Plan?
2. Inwieweit und aus welchen Gründen war das Kraftwerk in den vergangenen Jahren nicht in Betrieb?
3. In welchem Umfang ist das Weserkraftwerk in den nächsten Jahren mit in die Stromversorgung der Stadt Bremen eingeplant, und wie hoch ist der prozentuale Anteil des Kraftwerks an der Gesamtstromerzeugung der swb?

Präsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Kai Stührenberg.

Staatsrat Kai Stührenberg: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Das Weserkraftwerk hat zwei Turbinen. Turbine 1 hatte im vergangenen Jahr 8 158 Betriebsstunden, Turbine 2 hatte 6 579 Betriebsstunden. Im Jahr 2023 wurden insgesamt 33 702 Megawattstunden Strom eingespeist. Diese Menge lag leicht über dem Planwert von 33 000 Megawattstunden.

Zu Frage 2: Das Weserkraftwerk war in den vergangenen Jahren bis auf wenige Ausnahmen – unter anderem Modernisierungsmaßnahmen – durchgängig in Betrieb. In den Jahren 2018, 2019, 2020 und 2022 war die Stromproduktion aufgrund der witterungsbedingt geringen Abflussmengen der Weser teilweise eingeschränkt.

Zu Frage 3: Der Senat geht davon aus, dass das Weserkraftwerk auch in den nächsten Jahren auf dem bestehenden Niveau zur Stromversorgung der Stadt Bremen beiträgt. Der swb sind aufgrund der Beteiligungsstruktur 50 Prozent der erzeugten Strommenge aus dem Weserkraftwerk Bremen zuzurechnen, diese betrug im Jahr 2023 rund 1,65 Prozent der Stromerzeugung der swb-Erzeugung. – So weit die Antwort des Senats.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Ja, Frau Präsidentin, ich habe eine Nachfrage: Unter Antwort 3 sagten Sie, der Anteil von Bremen beträgt 50 Prozent. Sind 1,65 Prozent der Anteil von Bremen oder der Gesamtanteil? Das war mir nicht klar.

Staatsrat Kai Stührenberg: Der Anteil der swb-Erzeugung, der Gesamtanteil!

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Das heißt, der Anteil Bremens ist davon die Hälfte?

Staatsrat Kai Stührenberg: Das wäre dann so, wenn ich das richtig sehe.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Können Sie etwas sagen zum Erzeugerpreis, also was kostet so eine erzeugte Kilowattstunde in der

Herstellung, oder können Sie sagen, wie hoch der Anteil von Bremen ist, die 50 Prozent, wie das vergütet wird?

Staatsrat Kai Stührenberg: Nein, das kann ich Ihnen so nicht sagen, das müssten wir noch einmal nachliefern in der Thematik.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Gibt es Ausbaumöglichkeiten für das Weserkraftwerk?

Staatsrat Kai Stührenberg: Auch dies war nicht gefragt in der Anfrage, aber das können wir gern auch im Nachgang noch einmal klären.

Präsidentin Antje Grotheer: Herr Staatsrat, es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Martin Michalik. – Bitte sehr!

Abgeordneter Martin Michalik (CDU): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Herr Staatsrat, ich habe gerade gehört, das es zwei Turbinen gibt und die Betriebszeiten ziemlich unterschiedlich ausgefallen sind. Die eine Turbine hat rund 8 100 Betriebsstunden hinter sich gebracht, die andere nur 6 500. Was ist der Grund dafür?

Staatsrat Kai Stührenberg: Den Grund dafür kann ich nicht nennen, auch das müssten wir bei der swb noch einmal nachfragen.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Martin Michalik (CDU): Dann haben Sie gesagt, dass der Planwert bei 33 000 Megawattstunden liegt, und wir lagen irgendwie knapp darüber. Was ist denn das volle Potenzial, das man ausschöpfen könnte?

Staatsrat Kai Stührenberg: Auch diese Frage müssten wir noch einmal mit der swb klären und Ihnen entsprechend nachliefern.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Martin Michalik (CDU): Stimmen Sie mir zu, wenn ich sage, wenn die zweite Turbine bei der gleichen Last wäre wie die erste, dass wir deutlich mehr Strom erzeugt hätten?

Staatsrat Kai Stührenberg: Das klingt so erst einmal logisch, allerdings ist mir nicht bekannt, wie die Größen und wie die Eigenschaften der Turbinen sind. Das müsste man dann noch einmal genau technisch analysieren, worin da die Erklärung liegt.

Präsidentin Antje Grotheer: Herr Staatsrat, es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Volker Stahmann. – Bitte sehr!

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Herr Staatsrat, wir wissen ja, dass das Jahr nur 8 760 Stunden hat. Insofern hat die erste Turbine eine Betriebsnutzungszeit von über 90 Prozent und die zweite Turbine –

(Zuruf)

das Fragezeichen kommt gleich! – noch eine Betriebsnutzungszeit von über 75 Prozent. Sind Sie mit mir einer Meinung, dass das ausgesprochen hoch ist?

Staatsrat Kai Stührenberg: Das ist ausgesprochen hoch. Ich denke, wir werden hier noch einmal mit der swb ins Gespräch gehen, um diese Zahlen und die weiteren Fragen noch einmal intensiv im Detail zu klären.

Präsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

*Mit Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde beendet.(Die vom [Senat schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang zum Plenarprotokoll ab Seite **Fehler! Textmarke nicht definiert.**](#))*

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde liegen zwei Themen vor, und zwar erstens auf Antrag der Abgeordneten Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP das Thema „Streit um Domshof-Pläne – Domshof-Umgestaltung auf wackligen Beinen!“, und zweitens auf Antrag der Abgeordneten Yvonne Averwesser, Frank Imhoff und Fraktion der CDU das Thema „Welchen Plan hat Senatorin Aulepp für den Verein Stadtteilschule?“.

Dazu als Vertreterinnen des Senats Frau Senatorin Kristina Vogt und Frau Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Hinsichtlich der Reihenfolge der Redner wird nach der Reihenfolge des Eingangs verfahren. – Ich stelle Einverständnis fest.

Ich rufe jetzt das erste Thema auf:

Streit um Domshof-Pläne – Domshof-Umgestaltung auf wackligen Beinen!

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf heute den Kollegen Voigt vertreten, der heute leider krank zu Hause ist. An dieser Stelle schnelle Besserung und gute Genesung!

(Beifall FDP, CDU)

Wir sprechen über den Domshof. Der Domshof war in den letzten Tagen und Wochen vermehrt Thema in der Berichterstattung, und der Domshof ist zusammen mit dem Marktplatz einer von zwei großen offenen weiten Plätzen, die wir in der Bremer Innenstadt haben, und der Domshof hat eine lange und auch relativ abwechslungsreiche Geschichte hinter sich. Er wurde ganz früher einmal primär genutzt als Platz für militärische Aufmärsche, und vor rund 100 Jahren hat sich dann dort ein Markt etabliert, der auch bis heute besteht.

Zwischenzeitlich wurde der Domshof auch als Parkplatz benutzt, und auch zu den Marktzeiten vor einigen Jahrzehnten parkten am Rand noch jede Menge Autos, und es gab übrigens auch viel mehr Bäume auf dem Domshof. Wer alte Aufnahmen sieht, der erkennt dort fast schon lang gezogene Arkaden an Bäumen, die dort standen, die heute nicht mehr da sind und genauso verschwunden sind wie die Autos, die dort einmal parkten.

Der Wochenmarkt findet weiter statt, aber heute wird der Domshof insbesondere für politische Kundgebungen genutzt und unter anderem für Public Viewing. Dort wurden vor einigen Jahren auch Spiele der deutschen Nationalmannschaft übertragen. Das für mich wichtigste Public Viewing war am 8. Mai 2004 – ich weiß nicht, wer sich daran erinnert –: Dort haben wir das 3 : 1 von Werder Bremen in München gesehen, und Werder wurde an diesem Nachmittag deutscher Meister.

Das zeigt uns ja noch einmal, dass dieser Platz sich verändert hat in all den Jahren, aber er hat sich in all den Jahren eben eines immer bewahrt, und

das ist der Charakter als offener Platz, als Verbindung einerseits zwischen der Bischofsnadel und dem Wall und andererseits dem Marktensemble aus Rathaus, aus Dom. Egal, was auf diesem Domshof in den letzten Jahren und Jahrzehnten passiert ist, dieser offene Charakter dieses Hofes/dieses Platzes war immer da, er war immer prägend, und dieser offene Charakter darf auch in Zukunft nicht verbaut werden, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall FDP)

Wir als FDP-Fraktion gingen eigentlich davon aus, dass das auch einigermaßen geeint ist, sowohl in der Regierung als auch in der Opposition, bis vor drei Jahren: Vor drei Jahren stand da auf einmal ein riesiger Metallturm von Frau Vogt – es war ein Monstrum aus Stahl, das dort den kompletten Platz dominiert hat. Der freie Blick aus der Bischofsnadel in Richtung Marktplatz war auf einmal passé, und Frau Wirtschaftssenatorin, Sie sagten damals – und ich darf Sie zitieren -: „Es wird Diskussionen geben, ob das schön ist oder nicht.“ Aber das sei ihr egal, denn „es ist ein Experiment, ein gewagtes. Das wird nicht allen gefallen, aber es ist wichtig, dass wir das machen.“ Frau Senatorin, ja, es gab Diskussionen, ob das schön ist oder nicht. Ich kann Ihnen sagen, dieser Metallturm war nicht schön, und es ist gut, dass er damals auch ganz schnell wieder abgebaut worden ist.

(Beifall FDP)

Jetzt soll sich der Domshof wieder einmal verändern. Es sollen wieder Bäume zurückkehren, die es da auch schon einmal gab, und es soll dort feste gastronomische Angebote geben. Dass auf diesem Platz mehr Grün entstehen soll, das ist völlig in Ordnung, das ist auch gut so. Ich glaube dieser Platz kann auch deutlich mehr Grün vertragen, gern auch mit mehr Bänken.

Was aber viel dramatischer ist, ist Ihre Idee, dass Sie dort jetzt jede Menge Beton auf dem Domshof kippen wollen beziehungsweise wollten, bis heute Morgen um 5:00 Uhr. Das heißt, neben dem Restaurant Alex sollte eine drei Meter, nach manchen Berichten sogar vier Meter hohe Betondüne entstehen. Das geht aus unserer Sicht überhaupt nicht, und zwar aus zwei Gründen: Erstens wäre diese freie Sichtachse, die man hat, aus der Bischofsnadel in Richtung Marktplatz auf das Ensemble damit Geschichte.

Sie würden dann von hinten quasi auf eine vier Meter hohe Betonmauer sehen. Wir hätten in der Violenstraße einen Betonschlauch, das geht nicht.

Das zweite Problem ist natürlich, dass wir vorn eine ansteigende Düne haben. In einem Bericht hieß es, sie soll sich bis zu 70 Meter in den Domshof hineinziehen, und ich kann Ihnen schon jetzt sagen – und danach können wir die Uhr stellen –, was dann dort passiert: Wenn dort ein Betonungetüm entwickelt und gebaut wird, dann kann ich die Uhr danach stellen, dass darauf dort ganz schnell eine gewisse Szene einzieht, dort werden Drogen konsumiert, es wird vermüllen, wir werden dort Spritzbesteck finden, und es wird für viele Bremerinnen und Bremer ein weiterer Angstort werden. Sie bekommen es ja jetzt schon nicht einmal hin, die bestehenden Bänke sauber- und freizuhalten. Auf vielen Bänken wohnen jede Menge Menschen mit Einkaufswagen und Klamottenbergen. Für diese Menschen müssen wir natürlich eine Lösung finden, aber dass diese Menschen teilweise über Tage auf Bänken wohnen und Menschen sich nicht mehr trauen, sich dort niederzulassen, das geht nicht! Diese Idee, die Sie bisher hatten und für die Sie vehement gekämpft haben, wäre eine Verschandelung dieses Platzes und ein weiterer Nagel im Sarg der Bremer Innenstadt.

(Beifall FDP – Vizepräsidentin Christine Schnittker übernimmt den Vorsitz.)

Jetzt können Sie natürlich sagen, ach, die Opposition wieder, dass die das kritisieren, ist ja klar, das ist deren Aufgabe, aber das sehen ja eben nicht nur wir aus der Opposition so, sondern auch sehr viele anliegende Gastronomen und unter anderem, wie der „Weser-Kurier“ schreibt, elf bekannte Bremer Architekten und Landschaftsplaner. Sie haben sich alle – einstimmig – dagegen ausgesprochen und das für eine sehr schlechte Idee gehalten.

Wir sind gern dabei, dass dort mehr Grün geschaffen wird, und wir sind gern dabei, dass dort mehr gastronomisches Angebot geschaffen wird. Wir haben als FDP-Fraktion in den letzten Jahren immer wieder gefordert, dass dort eine Art Feierabendmarkt entsteht mit hochwertigen Pavillons, quasi eine Markthalle Acht als Outdoorvariante, und das hat ja mit dem Ratskellerpavillon auch wunderbar geklappt, das sieht gut aus, es bietet ein hochwertiges Angebot. Davon können wir in Zukunft gern mehr haben,

(Zuruf: Übrigens auch von Frau Vogt!)

aber hören Sie auf mit diesen massiven Eingriffen in den Platz, in die Topografie dieses Platzes, bei denen ich Ihnen jetzt schon sagen kann bei all den Ideen, die diskutiert worden sind, dass sich die Bremerinnen und Bremer in zehn Jahren an den Kopf fassen und sich fragen werden: Wie hat man das damals eigentlich machen können? Das ist es ein typisches Beispiel von verschlimmbessern, und das machen wir als FDP-Fraktion auch in Zukunft nicht mit!

(Beifall FDP)

Nun kommen wir zum finanziellen Aspekt! Der Umbau des Domshofs ist bis auf ein bisschen Begründung und ein paar Bänke mehr – alles andere kann man privatwirtschaftlich lösen – aus unserer Sicht nicht nötig, aber er soll trotzdem gemacht werden. Das kostet wieder Millionen, die Bremen nicht hat und die Bremen ja übrigens auch bisher nicht einmal im Haushalt eingeplant hat. Selbst, wenn Bremen dieses Geld hätte, dann wäre nach der Einschätzung von uns als FDP-Fraktion dieses Geld zum Beispiel deutlich besser investiert gewesen in die Schaffung der ewig versprochenen und dringend benötigten Kitaplätze, an denen es hier in Bremen so sehr fehlt.

All das zeigt doch auch noch einmal, dass Sie in Bremen hier kein Einnahmeproblem haben, Sie haben ein Ausgabeproblem. Sie haben ein Problem, im Haushalt die richtigen Ausgabenprioritäten zu setzen, und solange ernsthaft darüber nachgedacht wird, für so etwas auch nur einen einzigen Euro aufzunehmen, ist die Diskussion über jede weitere Kreditaufnahme ein Schlag ins Gesicht der Bremerinnen und Bremer.

Dazu passt ja auch, dass selbst Ihre eigenen Koalitionspartner offensichtlich nicht so ganz davon überzeugt waren, und heute Morgen um 5:00 Uhr ging beim „Weser-Kurier“ dann die Meldung über den Ticker, dass die Idee einer Betondüne auf dem Domshof nun dann doch nicht mehr so kommen soll. Wir haben jetzt einige Tage und Wochen erlebt, wo diskutiert wurde, was soll kommen, und es wurde erst einmal vorgestellt, und dann haben schon die eigenen Koalitionspartner gesagt, na ja, wollen wir eigentlich schon, aber nicht so richtig, und vielleicht kann man das noch einmal anders machen, und das dann doch nicht. Es ging hin und her, und heute Morgen kam dann die Nachricht: Die Betondüne auf dem Domshof ist jetzt doch wieder Geschichte.

Wir freuen uns darüber sehr, das ist die richtige Entscheidung, aber das ist doch noch einmal bezeichnend für die Arbeitsweise dieses Senats: Es ist

ein ständiges Hin und Her, es wird irgendetwas Unfertiges nicht zu Ende gedacht und rausgehauen, was offenbar ja noch nicht einmal intern innerhalb Ihrer Koalition geeint ist. Es werden die Bremerinnen und Bremer in Unruhe versetzt, die Gastronomen, das anliegende Gewerbe bekommt Panik, was da jetzt schon wieder vor der eigenen Haustür passiert. Dann wird hin- und herdiskutiert, dass man das so nicht wollte und dann doch ein bisschen anders, und dann wird es auf einmal wieder einkassiert und soll doch nicht mehr kommen.

Dieser erratische Stil, den Sie hier in Bremen in Ihrer Politik pflegen, immer irgendwelche Ideen in den Raum zu werfen, die nicht zu Ende gedacht sind und die am Ende selbst in Ihren eigenen Reihen keine eigene Mehrheit finden, das schadet Bremen, und ich sage es Ihnen ganz deutlich: Mit all diesen Ideen, die Sie jetzt gewälzt haben, haben Sie nichts besser gemacht. Sie haben ganz, ganz viel Unruhe geschaffen bei den Bremerinnen und Bremern, aber auch bei den Gewerbetreibenden, die dort vor Ort von Ihren Maßnahmen betroffen gewesen wären.

Bremen hat definitiv etwas Besseres verdient, als ständig Ihre unausgerekten Ideen auszuhalten, und Bremen hat definitiv auch etwas Besseres verdient als diesen Politikstil hier in Bremen. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Christine Schnittker: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Piet Leidreiter.

Abgeordneter Piet Leidreiter (Bündnis Deutschland): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss mich erst einmal Herrn Schäck anschließen. Ich war heute Morgen eigentlich entsetzt, als ich im „Weser-Kurier“ gelesen habe, dass meine vorbereitete Rede jetzt schon wieder überholt ist.

(Abgeordneter Volker Stahmann [SPD]: Ihn hat es nicht gestört, er hat seine Rede gehalten!)

Entsetzt bin ich auch deswegen, weil ich es im „Weser-Kurier“ lesen musste. Der „Weser-Kurier“ ist besser informiert als das Parlament hier. Herzlichen Glückwunsch an den „Weser-Kurier“, dass er so gute Informationskanäle hat!

(Beifall Bündnis Deutschland)

Das Thema der Aktuellen Stunde heute hätte auch „alle Jahre wieder“ heißen können. Damit ist nicht Weihnachten gemeint, sondern die Ideen der Bebauung des Domshofs. Wieder einmal reden wir über ein großes Projekt in Bremen und über kritische Stimmen an den offiziell vorgestellten Plänen. Muss das immer wieder so ablaufen? Die Domshof-Umgestaltung steht auf wackligen Beinen, wie es die FDP in ihrem Antrag zu dieser Aktuellen Stunde formuliert hat. Das hätte vermieden werden können. Wir von der Fraktion Bündnis Deutschland sind der Meinung, dass wir diesen Umbau mit teils seltsamen Ideen nicht brauchen.

(Beifall Bündnis Deutschland)

Das, was wir benötigen, ist eine Aufwertung des Platzes und eine Belebung des Domshofs. Der Wochenmarkt war früher viel größer. Er hatte, wie mir eine ältere Dame erzählte, früher das Flair des Viktualienmarktes in München. Nun sind da nur noch ein paar Stände. Warum werden zum Beispiel nicht das Weinfest oder das Bierfest an diesen Ort gelegt? Warum nicht wieder Public Viewing zu den passenden Events? Ich erinnere mich hierbei an die Großereignisse von Werder Bremen in den Jahren 2004, 2006 und 2009, die dort übertragen worden sind. Werder hat 2004 das Double geholt, und Bremen war eine große Feier, die auf dem Domshof stattfand. Es gibt viele weitere Möglichkeiten, die sich ohne größeren Aufwand umsetzen lassen, dazu noch ein paar Bänke und Wegbegrünung, keine komplizierten Prozesse ohne Gefühl für diese Stadt.

Früher herrschte auf dem Domshof wie in der gesamten Innenstadt ein anderes Lebensgefühl. Die aktuellen Pläne sind teuer, und sie passen nicht. Das zeigt uns die Kritik, die es nicht nur über offizielle Statements verschiedener Persönlichkeiten gibt. Lesen Sie einmal in Social Media in verschiedenen Foren, da wird gefühlt zu 90 Prozent Kritik geübt, und es gibt höchstens zehn Prozent Zustimmung. Da hätte man sich schon das Gefühl der Bremer Bürger anschauen können, aber das interessiert ja nicht.

Erschreckend finde ich, wie sehr sich dieses Projekt vom Ablauf her an andere Leuchtturmprojekte zur Veränderung unserer Stadt anlehnt. Ich rede von Projekten, bei denen von Ihnen die Tradition unserer Stadt nicht beachtet wurde, zum Beispiel fällt mir dazu spontan die Bebauung des Bahnhofsvorplatzes ein. Der war mehrere Hundert Jahre immer grün,

(Zuruf: Grün war der nie!)

jetzt haben wir Beton auf dem Bahnhofsvorplatz.

(Beifall Bündnis Deutschland – Zurufe)

Im 18. Jahrhundert war er grün, dann war er gepflastert, aber er war nicht zugebaut, und ich erwarte von Ihnen, meinen lieben Damen und Herren Abgeordnete – –.

(Unruhe – Glocke)

Vizepräsidentin Christine Schnittker: Entschuldigung, Herr Abgeordneter! Meine Damen und Herren, bitte ein bisschen Ruhe jetzt! Lassen Sie bitte Herrn Leidreiter aussprechen!

Abgeordneter Piet Leidreiter (Bündnis Deutschland): Lassen Sie uns das nun mit dem nötigen Ernst verfolgen! Wir sind hier nicht im Kindergarten, und dem Parlament ist es nicht angemessen, wenn Sie mit solchen unqualifizierten Zwischenrufen versuchen, die Rede zu stören.

(Beifall Bündnis Deutschland – Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Dann halten Sie nicht so eine Kindergartenrede!)

Noch einmal: Der Bahnhofsvorplatz, so, wie er ist, ist in Bremen auch nicht akzeptiert, dafür sind Sie verantwortlich. Sie wollen die großen Veränderungen und boxen alles durch, nach dem Motto „mit dem Kopf durch die Wand“.

Eine Düne auf dem Domshof, was soll denn so etwas? Eine spezielle Planung für Fahrräder inklusive einer Verlegung der bisherigen Route muss natürlich auch noch sein. Dazu das Fahrradparkhaus in einer Dimension, als ob tatsächlich – wie der Kollege Saxe, Herr Saxe, neulich behauptet hat – 92 Prozent aller Bremerinnen und Bremer mit dem Fahrrad fahren! Das ist eine unsinnige Zahl, das wissen Sie selbst.

(Beifall Bündnis Deutschland)

Aber klar, in unserer Regierung sitzen ja Fahrradenthusiasten.

(Zuruf)

Genau!

Sie haben noch nicht einmal bedacht, dass eine solche Tiefgarage als dunkler Ort auch dunkle Gestalten anlocken wird. Es würde eine neue Gefahrenzone in Bremen entstehen. Wenn man die Zeitungsartikel der letzten Wochen zum Domshof in Ruhe liest, dann fällt auf, dass eigentlich nur die Planer oder diejenigen, die mit der Planung zu tun hatten, wie die Frau Senatsbaudirektorin, die Ideen verteidigen. Es soll aber doch darum gehen, dass die Bremer Bürgerinnen und die Bremer zufrieden sind! Ich bezweifle, dass die Idee, alles über einen Wettbewerb zu regeln, tatsächlich gut war. Ich hätte Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Regierungskoalition, schon damals sagen können, dass es heftige Kritik geben wird.

Es ist unglaublich, wie viele Dinge nicht durchdacht sind. Allein, dass die Düne den Geschäften die Aussicht nimmt, dass sie aber auch gleichzeitig schlechter gesehen werden, hätte von Ihnen erkannt werden müssen.

(Beifall Bündnis Deutschland)

Hinzu kommt, dass die geänderte Radverkehrsführung gegebenenfalls dazu führt, dass die neue Routenführung nicht eingehalten und wild gefahren wird. Das kann vielleicht der Kollege Saxe bestätigen: Fahrradfahrer fahren in der Regel in Bremen immer den kürzesten Weg und halten sich oft nicht an Routenführungen. Wie kann man so etwas ignorieren?

Ebenfalls nicht bedacht wurde, dass im Falle der Umsetzung der aktuellen Planung das UNESCO-Weltkulturerbe in unserer Stadt, also Roland und Rathaus, eventuell diesen Titel verlieren, so unser Denkmalpfleger Professor Skalecki. Wo ist das Gespür für das Wesentliche? Es wird gern immer kritisiert, dass Planungen nicht von Bremern gemacht werden. Vielleicht hat sich der eine oder andere Planer dies zu Herzen genommen.

Ich habe eine Vermutung, wie man auf die Idee mit der Düne kam: Wenn man nämlich bei Wikipedia liest, sieht man dort das Stichwort Bremer Düne in Verbindung mit dem Dom. Es gab auf diesem Platz im Mittelalter einen Höhenunterschied von über 5,50 Metern. Gab es da eventuell eine Inspiration? Wenn ja, dann hätten sich die Planer von anderen Stichworten inspirieren lassen. Eingerichtet wurde der Platz bereits im 10. Jahrhundert. Seine jetzigen Ausmaße sollen ungefähr im 14. Jahrhundert erreicht worden sein. Zu dieser Zeit fungierte er wohl unter anderem als Turnierplatz für Ritterturniere. Das ist sicherlich etwas, was heutzutage nicht mehr so

passend wäre. Ich stelle mir gerade unseren Bürgermeister Dr. Bovenschulte vor im Ritterturnier. – Nein, das muss nicht sein!

(Zuruf Abgeordneter Kevin Lenkeit [SPD])

Es gibt aber ja auch in unserer heutigen Zeit andere Wettkämpfe, die man zum Beispiel auf diesem Platz austragen könnte.

Seit über 100 Jahren gibt es hier den erwähnten Wochenmarkt, der früher sehr viel größer war. Im Jahr 1813 machten hier die Kosaken Station, von 1854 bis 1913 war der Domshof Standort des Bremer Freimarktes. Es gab noch Jahrhundertfeiern, Gedenken an die Völkerschlacht von Leipzig am 19. Oktober 1913, wo eine große Menschenmenge auf dem Domshof war, und auch die letzte Hinrichtung in Bremen fand auf dem Domshof statt, das war Gesche Gottfried, die wir alle kennen, das wollen wir natürlich auch nicht mehr.

Aber warum erwähne ich die Historie? Die Historie ist wichtig, wenn man einen Platz einrichten wird. Wenn wir Pläne für den Domshof machen, dann geht es nicht darum, möglichst modern zu sein, sondern wir müssen die Geschichte des Platzes mitberücksichtigen, und er muss sich auch im Ensemble von Dom, Rathaus und Roland integrieren. Das funktioniert am besten mit einer Aufwertung und einem Aufhübschen des Platzes, aber nicht mit skurrilen Bauprojekten.

Wäre vernünftig geplant worden und hätte es Gespräche mit denjenigen gegeben, die die Planung jetzt kritisieren, müsste es diese Aktuelle Stunde heute nicht geben. Wenn wir die Zeitung am letzten Freitag gelesen hätten, hätten wir die Aktuelle Stunde heute auch nicht durchführen müssen. Aber Sie gehen stattdessen wie immer vor: Sie organisieren nach der Planung eine Veranstaltung, bei der auch Bürgerinnen und Bürger zu Wort kommen, diese äußern dann Kritik. Dann steht in der Zeitung zu lesen, dass diese verstanden wurde, doch in Wahrheit sind Sie enttäuscht und verstehen gar nicht, wo die Probleme liegen. Das lässt sich zwischen den Zeilen erkennen.

Andere – dazu gehöre auch leider ich oder vielleicht auch zum Guten ich – haben über die Jahre gelernt, dass die vermutliche Bürgernähe nur vorgetäuscht ist, Sie wollen Ihr Ding durchziehen. Auf dem Domshof soll unbedingt gebaut werden. Aber so einfach ist es in Bremen nicht mehr: Verschiedene Kritiker äußern sich in der Öffentlichkeit, darunter befinden sich bei allen Projekten auch bedeutende Namen. Beim Domshof sind

namhafte Bremer Architekten, der Denkmalschutzbeauftragte, Anlieger und einfach gesagt wichtige Menschen eindeutig gegen die angedachten Pläne.

Es stellt sich jetzt natürlich die Frage: Wird etwas verändert? Heute haben wir gehört, es wird etwas verändert, aber wer weiß, vielleicht reicht das nicht aus, und wir erleben die nächste Bürgerinitiative in Bremen. Das ist in Bremen ja mittlerweile auch schon fast nötig, weil die Regierung ja häufig mit dem Kopf durch die Wand gehen möchte, siehe Rennbahngelände. Auch das Rennbahngelände sollte bebaut werden, nur die Bürgerinitiative hat die Bebauung verhindert. Ich komme gleich noch einmal wieder. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis Deutschland)

Vizepräsidentin Christine Schnittker: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Falk-Constantin Wagner.

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Düne darf man ja, finde ich, zwei Meinungen haben, und das tut einer Stadt, finde ich, auch gut, in einer Demokratie so dann etwas zu diskutieren und zu entscheiden, aber ich bin erschrocken bei meinen beiden Vorrednern von der Lust am Stillstand,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

von der Lust an der Rückwärtsgewandtheit und von der Lust am Zerreden jeder Modernisierung, denn Sie beide haben ja nicht nur gesagt, dass Sie die Düne nicht wollen, Sie haben ja beide vorgetragen,

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Sie haben es doch jetzt gestoppt!)

dass Sie nichts von den Plänen insgesamt umsetzen wollen.

(Abgeordneter Frank Imhoff [CDU]: Also wenn man schon einen Koalitionsausschuss für so etwas braucht! – Zurufe)

Wir beschäftigen uns mit dem Domshof ja nicht nur des Domshofs wegen, sondern eine lebendige Innenstadt braucht viele Bausteine, und dazu braucht sie auch einen lebendigen Domshof.

Der Strukturwandel im Einzelhandel wird weitergehen, er ist noch nicht vorbei. Wir müssen zusätzliches Leben in die Innenstadt bringen, dazu gehören viele Elemente. Wir können sehr froh darüber sein, dass wir eine

touristisch so attraktive Altstadt haben. Wir haben gerade gelesen, im letzten Jahr hatten wir den historischen Übernachtungsrekord von 2,4 Millionen touristischen Übernachtungen in Bremen. Aber darauf dürfen wir uns doch nicht ausruhen! Wir müssen weiteres Leben in die City bringen, und deshalb muss es doch eine Einigkeit darüber geben – –.

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Aber die gibt es doch bei Ihnen offenbar nicht!)

Man kann ja über verschiedene Sachen streiten, Herr Schäck, aber der schlechteste Vorschlag von allen ist der, den die FDP hier gemacht hat, nämlich alles einzustampfen, Hände in den Schoß, zehn Jahre Stillstand!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Sie haben Quatsch erzählt! Haben Sie mir überhaupt zugehört?)

Meine Damen und Herren der FDP – –.

(Zuruf)

Sie haben keine Damen! Meine Herren der FDP – –.

(Zuruf – Heiterkeit)

Meine Herren der FDP, ein Glück für die Bremer Innenstadt, dass Sie nur in der Opposition sind!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Ein unredliches Verhalten! Eines Abgeordneten nicht würdig!)

Sie sind übrigens auch gar nicht zur Jurysitzung erschienen.

(Zuruf: Oh!)

Ich weiß das, weil ich da war. Man ist ja als Abgeordneter nur als Gast in diese Sitzung eingeladen, darüber kann man übrigens noch einmal diskutieren, wie sinnvoll das an so einer Stelle ist. Wer gar nicht da war, war die FDP-Fraktion. Sie stellt sich heute aber hierhin und sagt – da, wo sie nie mitdiskutiert hat und kein Interesse daran hatte –, das findet sie jetzt doof, und das soll man alles einstampfen.

(Abgeordneter Arno Gottschalk [SPD]: Das wäre ja nicht das erste Mal!)

Das einmal zu dem Thema, wer sich als Abgeordneter hier wie verhält!

Was jetzt wichtiger ist, liebe Kolleginnen und Kollegen: Für Stillstand gibt es auch überhaupt gar keinen Grund, denn auf dem Domshof hat sich in den letzten Jahren zum Glück einiges sehr positiv entwickelt, und ganz typisch bremisch, ohne groß darüber zu reden, haben sich da kleine Erfolgsstorys etabliert. Die Ostseite des Platzes entwickelt sich durch die Markthalle Acht und die Nutzung links und rechts davon sehr positiv. Es gibt dort zusehends Außengastronomie, wir haben im Sommer einen sehr erfolgreichen Genusspavillon mit der Holzbühne, der wird ganz hervorragend angenommen. Weil das Glas Wein da ab sieben Euro aufwärts kostet, findet die FDP das dann auch gut.

(Abgeordneter Frank Imhoff [CDU]: Ich habe da sogar schon gekocht!)

Schön! Ja, hervorragend! Das ist eine von vielen Nutzungen, und ich bin auch ausdrücklich ein Fan dieser Nutzung.

(Abgeordneter Frank Imhoff [CDU]: Das hat aber niemandem geschmeckt! – Heiterkeit)

Das tut mir leid für Sie! Ich bin mir aber sicher, Sie haben sich sehr viel Mühe gegeben!

Wir haben ein außerordentlich hübsches Gebäude der Bremer Landesbank auf der Westseite, das wir jetzt künftig mit einem Fachbereich der Universität einer sehr hoch frequentierten Nutzung zuführen können. Kurzum, wir sind in der Lage, das zu machen, was bei einer Stadtentwicklungsmaßnahme immer die beste Ausgangslage ist, nämlich Stärken zu stärken.

Der Siegerentwurf tut jenseits der Düne auch genau das: Er reserviert nämlich die Ostseite des Platzes für die Gastronomie, damit sie sich noch besser entwickeln kann, er bündelt den Radweg auf einer Seite des Platzes, damit der Platz nicht mehr in seiner Gänze umfahren wird, und zwar auf der Seite, die die einzig logische ist, wenn man in Zukunft auf einer Seite eine Universität mit rund 1 000 Studierenden hat, die in sehr großer Zahl mit dem Fahrrad kommen werden. Wir werden den Genusspavillon ausbauen und verstetigen, und der Entwurf sieht vor, ein sehr langwieriges Projekt, den Wochenmarkt, zu modernisieren. All das, liebe Kolleginnen und

Kollegen, ist richtig, und wir sollten es im Interesse der Innenstadt auch tun.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Jetzt bleibt noch eins: die Düne! Die Düne – meine Meinung! – war mutig. Auch meine Meinung: Dass sie ein Zankapfel wird, war vorauszusehen.

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Doch alles nicht so schön, oder? Guck einmal an!)

Ich für meinen Teil habe tatsächlich damals in der Jursitzung gesagt, die Prognose gewagt und allen Beteiligten gesagt, das Ding wird nie gebaut werden. Andere haben das nicht getan, waren gar nicht da und behaupten heute, das hätten sie schon immer gesagt. Ist auch egal, so kommt es jetzt!

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Seit wann kann sich ein baupolitischer Sprecher der SPD nicht mehr durchsetzen, wenn er es damals schon gesagt hat?)

Da lasse ich mich noch einmal von Ihnen beraten, Herr Eckhoff!

(Zurufe – Heiterkeit)

Für mich persönlich ist richtig, dass die Düne nicht mehr Bestandteil der Planung ist. Man kann sie mögen oder nicht mögen, wichtiger ist, dass es auf dem Domshof vorangeht, damit der Domshof seinen Beitrag zur Belebung der Innenstadt leisten kann.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Deshalb: Kurzfristig Umsetzbares schnell unter Beteiligung der Stakeholder konkretisieren und Bunkernutzung, ob und wozu, später klären, den Zugang können wir bei den weiteren Planungen freihalten.

Ein Hinweis noch: Zwei Geschwindigkeiten für die weitere Entwicklung haben einen großen Vorteil: Am 3. Oktober 2026 wird der Tag der Deutschen Einheit in Bremen stattfinden, und dann werden wir den größten Platz der Bremer Altstadt für diese Feierlichkeiten nutzen wollen. Dann sollen ganz viele Besucherinnen und Besucher Bremens den Domshof und die Bremer Altstadt insgesamt bewundern können, und dann wollen wir da auch keine Baustelle haben. Was wir wollen, ist, dass Bremen noch höhere

Besucherrekorde einführt als schon im letzten Jahr, deshalb: Düne aus den Planungen herausnehmen, beim Rest Gas geben! – Schönen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Christine Schnittker: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Bithja Menzel.

Abgeordnete Bithja Menzel (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleg:innen! Die Debatte um den Domshof ist in den letzten Wochen sehr aufgeregt geführt worden, und vermutlich hätte es allen Beteiligten gutgetan, schon viel früher gemeinsam und ehrlich über das Ergebnis und mögliche Fallstricke zu diskutieren. Der Siegerentwurf stand schon Ende November letzten Jahres fest, aber die Debatte in der jetzigen Form, wie wir sie jetzt führen, kam erst deutlich später. Ich möchte aber einmal festhalten, dass das Verfahren des städtebaulichen Wettbewerbs, das zu dem viel diskutierten Entwurf geführt hat, das typische bremische Verfahren ist. Hier ist erst einmal alles ganz vorschriftsmäßig gelaufen, und trotzdem müssen uns ja Gedanken darüber machen, wie das Ergebnis und auch der Unmut zustande kamen.

Die Jury des Wettbewerbs hat den mutigsten Entwurf ausgewählt, und das kann ich erst einmal sehr gut nachvollziehen. Es gab immer wieder laute Rufe nach Veränderungen auf dem Domshof. Der bevorstehende Umbau ist Teil der „Strategie Centrum Bremen 2030+“ und ein enorm wichtiges Projekt für unsere Innenstadt. Es sind gute und zielführende Elemente in dem Entwurf enthalten, zu denen ich gleich auch noch gern komme, aber es gibt eben diesen einen Hauptaufreger, und das ist die Landschaftsskulptur, die den nördlichen Teil des Platzes sehr verändern würde und zumindest teilweise die Sicht aus unterschiedlichen Perspektiven einschränken würde.

An diese Skulptur/an diese Erhebung schließt sich dann auch die Debatte um die Nutzung des Bunkers als Fahrradgarage an, und wir können die Bedenken gegen diese Düne und gegen die Eingangssituation für die Fahrradgarage nachvollziehen, und ich habe auch schon gehört, dass das eigentlich allen hier im Saal genauso geht. Deswegen ist es doch angesichts dieser Tatsache gut, dass sich eine pragmatische Sicht auf die Dinge durchgesetzt hat und wir bei der Umgestaltung des Platzes das machen, was unstrittig ist und den Platz aufwerten wird.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Es gibt nämlich eine ganze Menge Positives bei dem anstehenden Vorhaben: Der größte Platz der Bremer Innenstadt wird neu konzipiert und so noch vielseitiger und attraktiver. Einige sagen jetzt, dass ohne die Düne die großen Veränderungen überhaupt nicht mehr sichtbar sind, aber ich sehe das anders. Es lohnt sich, noch einmal genauer den Hintergrund des Wettbewerbs anzuschauen und die Anforderungen anzuschauen, um die Neuerungen zu begreifen.

Mit einer Nutzungsoffenheit einerseits und der Festlegung durch geplante oder bereits bestehende Nutzungen andererseits gab es sehr vielfältige Anforderungen an diesen wichtigen und historisch bedeutsamen Ort in der Bremer Innenstadt, und das Ergebnis entspricht ja den Anforderungen. Der Markt wird neu sortiert, gut angenommene Konzepte aus dem Kulturbereich können verstetigt werden, die Verkehrswege werden neu geordnet, es gibt mehr Aufenthaltsqualität und neue Möglichkeiten für die Gastronomie auf der sonnigen Ostseite. Der Platz soll mit Bäumen begrünt werden und durch ein Wassermanagement in offenen Rinnen klimaangepasster werden. Es wird Raum zum Verweilen und für neue Ideen geben, das bestehende Platzpflaster wird wiederverwendet, und historische Beziehungen werden aufgegriffen.

In der Aufzählung der ganzen positiven Dinge gerade waren Bäume und Wasser jetzt schon genannt, aber, weil wir Grüne nicht genug von ökologischen und klimaangepassten Räumen bekommen, sehe ich auch noch mehr Potenzial für weitere technische Lösungen zur Regenwasserrückhaltung, für offene Wasserflächen und Grün an Fassaden in Form von Büschen oder meinetwegen auch in Form von großen Pflanzkübeln auf dem Platz.

Was bei diesem Thema Grün bei der Konkretisierung der Planungen möglich ist oder von anliegenden Geschäften oder vielleicht auch Institutionen aufgegriffen wird, wird sich zeigen. Es wäre auf jeden Fall ein wirklich großer Gewinn, daran weiterzuarbeiten, denn seien wir einmal ehrlich: Die bioklimatische Situation an dieser Stelle unserer Stadt ist wirklich nicht die beste, und auch die Überflutungsgefahr rund um den Schlüsselkorb sollte weiterhin mitgedacht werden. Daher begrüßen wir die Ansätze der vorliegenden Planungen in diese Richtung schon einmal sehr.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Wir haben jetzt schon gelernt, wir haben aber ganz konkrete Änderungen an dem vorliegenden Entwurf, und für alles, was gestrichen und abgewandelt wird, müssen wir natürlich Alternativen schaffen. Das betrifft sowohl die Frage nach dem Fahrradverkehr und den Abstellplätzen, zu denen Herr Saxe gleich noch etwas sagen wird, aber auch bezüglich des Raums für konsumfreie Aufenthalte auf dem Domshof. Das war ja eigentlich mit der Düne angedacht und ein Ziel dieser Landschaftsskulptur. Der Platz muss ein Ort werden, den alle bequem erreichen und ohne Hindernisse nutzen können.

Auch mit Blick auf den Zuzug der Uni und eine ganze Menge Studierender, Angestellter und Lehrender sind diese Aspekte Verkehr und Aufenthaltsqualität zwei ganz entscheidende Punkte. Wir versprechen uns doch alle so viel vom Zuzug der Uni zur Belebung der Innenstadt, und dann müssen wir eben auch entsprechende Strukturen um die Bremer Landesbank herum schaffen. Ohne jetzt noch einmal zu erläutern, wie wichtig dafür auch klimaangepasste Räume sind: Eine Belebung in heißen Sommern ohne diesen Aspekt ist wirklich nicht gut denkbar. Ich bin mir sicher, dass wir für diese Anliegen auf jeden Fall eine gute Lösung und eine gute Alternative finden werden.

Ich komme langsam zum Schluss meines Beitrags! Ja, es wäre für das Tempo und die Qualität der Debatte sicherlich hilfreich gewesen, die politischen Gremien frühzeitig mit den gestellten Anforderungen und möglichen Ergebnissen zu befassen. Vielleicht müssen wir bei so zentralen Projekten wie diesem hier auch noch einmal über andere Verfahren in Bremen nachdenken. Im Fall des Domshofs sind wir aber nun in der Phase der Weiterentwicklung und wollen diesen Zeitpunkt nutzen, um das Beste für diesen wichtigen Platz herauszuholen. Daran werden wir weiter konstruktiv mitarbeiten. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsidentin Christine Schnittker: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Theresa Gröninger.

Abgeordnete Theresa Gröninger (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, lieber Herr Zillich! Der Stamm der Dakota sagt: „Wenn du merkst, dass du ein totes Pferd reitest – steige ab!“ Gut, dass Sie, die Koalition, in unseren Augen zu spät, aber trotzdem von der vier Meter hohen Kunstdüne abgestiegen sind

(Beifall CDU)

und die Düne damit in die Wüste geschickt haben. Ja, ich hatte mir wirklich viele gute Wortwitze zu Dünen überlegt, bis ich heute Morgen den „Weser-Kurier“ las. Also können wir diese Aktuelle Stunde heute dafür nutzen, die Entwicklung des Domshofs einer Wurzelbehandlung zu unterziehen.

Wir müssen heute über drei Dinge sprechen. Starten wir mit der Qualität von Ausschreibungen! Frau Menzel, in meinem beruflichen Alltag gibt es im Projektmanagement ein Sprichwort: „Shit in – shit out“. Wenn die Parameter schon zu Projektbeginn falsch gesetzt werden, kann ein Projekt nicht gelingen, ohne zu wackeln, und das Wackeln hat die Düne nun zum Einsturz gebracht.

Eine Ausschreibung ist dafür gedacht, ein Zielbild zu veröffentlichen, das kreativen Raum dafür lässt, den Weg zum Ziel zu finden. Dass das in diesem Prozess nicht zusammengepasst hat, lässt sich einfach diagnostizieren: Obwohl zwei Entwürfe erst überarbeitet werden mussten, konnten beide lediglich einen zweiten und keinen ersten Preis gewinnen. Sehr geehrte Damen und Herren, was ist das für ein Anspruch? Der Domshof ist der Vorhof für unsere gute Stube, und Sie geben sich mit zweitbesten Lösungsansätzen zufrieden? Come on! In Bremen haben wir mehr verdient. Das können Sie besser, und das sollten Sie in Zukunft besser machen!

Herr Wagner, sich hier mit Theatralik hinzustellen und der FDP vorzuwerfen, auf zehn Jahre Stillstand zu plädieren: Ich habe einmal nachgeschaut. Vor fünf Jahren und sechs Monaten hat Herr Dr. Sieling den Domshof zur Chefsache erklärt. Das sind 2 010 Tage Untätigkeit. Wir müssen darüber sprechen, wer Verantwortung für die Entscheidungsfindung und das Projektmanagement trägt. In Bremen hat niemand das letzte Wort, und viele Akteure aus allen Verwaltungsressorts mischen mit. Obwohl heute Frau Vogt spricht, haben auch Frau Ünsal und ihr Ressort einen großen Anteil dabei.

Dabei haben wir doch extra ein Projektbüro eingerichtet, das Expertise aufbaut und sich vor allen Dingen auch mit den beteiligten Stakeholdern und Akteuren austauscht, Ideen entwickelt. – Warum hören wir nicht auf die? Warum lassen wir die nicht Ideen entwickeln, sie ganzheitlich umsetzen?

(Beifall CDU)

Es kann nicht sein, dass der Streit, der dann vorher nicht geklärt wurde, in einer Jury nicht niedergelegt werden kann und öffentlich weitergetragen wird!

Ich habe mich von Anfang an gefragt, wie der Senat dem Bremer Bürger vermitteln möchte, dass Geld für einen Hügel als Dach einer Fahrradgarage übrig ist, aber die Schultoiletten seit Jahrzehnten auf Renovierung warten, die Brücken und Autobahnen einstürzen und für Zukunftsinvestitionen große Kredite aufgenommen werden müssen.

(Beifall CDU, FDP)

Ich sage es mit den Worten von Jürgen Hinrichs: Der Schuss ging nach hinten los, aber gewaltig! Es ist nicht nur Aufgabe der Bremer Spitzenpolitiker, neue Ideen zu entwickeln, sondern es ist genauso gut ihre Aufgabe, Ideen zu beerdigen und neu zu starten, wenn man sieht, dass Ergebnisse nicht gut sind. Um zu erkennen, dass die Idee mit der Düne nicht gut ist, braucht man kein Architekturstudium: Menschenverstand, ein offener Blick und ein Spaziergang rund um den Domshof führen schnell zur Erleuchtung.

(Beifall CDU)

Wenn sich dann führende Bremer Denkmalschützer, ehemalige Senatsbaudirektoren und führende Bremer Köpfe der Stadtgeschichte öffentlich äußern, dann ist das mehr als ein sehr lautes Warnsignal. Herr Wagner, das hat nichts damit zu tun, dass wir Lust daran haben, Ideen schlechtzureden, das hat einfach etwas damit zu tun, dass die Idee schlecht war.

(Beifall CDU, Bündnis Deutschland)

Ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Ich bin nicht davon überzeugt, dass es eine gute Idee ist, den Radweg von links nach rechts oder von rechts nach links – je nach Perspektive – zu verlegen. Die vom Herdentor kommenden Radfahrer haben es dann kürzer, aber haben Sie sich einmal angesehen, wie viele Radfahrer insbesondere in den Stoßzeiten durch die Bischofsnadel auf den Domshof kommen? Aber gut, probieren Sie es aus! Ich wünsche mir lediglich eine Passiermöglichkeit für Fußgänger, um vom

Domshof die Domshofpassage und die dort mit ansässigen Einzelhändler zu erreichen.

Zu guter Letzt möchte ich nun über den Wunsch meiner Fraktion für den Bremer Domshof sprechen! Wir halten den Bremer Innenstadtkern für einen der schönsten Nordeuropas, aber ab 19:00 Uhr herrscht Totentanz. Deswegen ist es richtig, dass am bereits erprobten und gut angenommenen Genusspavillon festgehalten wird. Wir können uns sehr gut vorstellen, dass die Markthalle Acht durch teilmobile Bauten outdoor erweitert wird. Im Stil des Münchener Viktualienmarktes gibt es dann feste Institutionen, die Menschen kontinuierlich anziehen, und drumherum Flexibilität durch ein gut geordnetes Markttreiben, um auf saisonale Anlässe zu reagieren. Damit wird ein planbares Raumkonzept für die meisten Tage im Jahr geschaffen und durch die teilmobilen Bauten Flexibilität für besondere Anlässe, Konzerte, Fußballmeisterschaften und Sportveranstaltungen erhalten. Nachdem zwei meiner Vorredner gestolpert sind: Ich sage nicht Public Viewing, ich sage Rudelgucken. Zuständig für das Markttreiben ist der Bremer Großmarkt, zu dem Sie, Frau Vogt, hoffentlich einen kurzen Draht haben. Wir wollen im nächsten Aufschlag Spitzenleistungen sehen.

Gleichzeitig möchten wir das saisonale Veranstaltungsangebot ausweiten: Weinfeste, Streetfoodfestivals, Outdoorkinos oder Stadtfeste füllen in ganz Deutschland die Innenstädte. Warum sollten wir nicht die historische Kulisse des Domshofs mit seinen historischen Bauten dafür nutzen, dort Opern zu veranstalten oder Freilichtbühnen aufzubauen? Wir müssen uns nichts vormachen: Es ist unsere Aufgabe als Politik, Menschen in die Innenstadt zu locken, damit diese vor Ort konsumieren und verweilen, und mehr Touristen, mehr gastronomische Angebote, mehr Einzelhändler mehr Leben in die Bremer Herzkammer bringen.

Es ist Zeit, dass wir den Vorhof wieder in den richtigen Takt bringen und mit Leben füllen, die Ideen liegen auf dem Tisch. Lieber Senat, es ist Ihre Aufgabe: Bringen Sie Leben in die Bude! Dafür benötigen Sie kein weiteres Gutachten und keine Düne. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Christine Schnittker: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sofia Leonidakis.

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn der Marktplatz hier vor unserer Tür das Herz der Innenstadt ist, dann ist der Domshof die Aorta. Er ist der größte Platz in der Innenstadt. Seit 1922 wird nicht mehr der Marktplatz für den Wochenmarkt benutzt, sondern eben der Domshof, und der Marktplatz ist gleichzeitig als öffentlicher Raum das Entree für den Innenstadtkern, auch mit Blick auf die historischen Bauten.

Der Status quo wurde schon an vielen Stellen diskutiert, auch hier im Haus. Der Domshof ist aktuell ein etwas fantasieloser Platz, der nicht mehr den aktuellen Anforderungen entspricht. Er ist umrandet von schönen Gebäuden, deren Fassaden aber weitgehend geschlossen sind in Richtung Platz mit Ausnahme des Alex, das viel Glas aufweist. Der Domshof hat wenig gastronomische und sonst konsumfreie Aufenthaltsmöglichkeiten. Er bietet wenig Grün, er bietet wenig Angebote für die multifunktionale Nutzung und ist darauf nicht wirklich ausgelegt.

Als größter Platz in der Innenstadt bietet er sich doch absolut an für Open-Air-Konzerte, für Demos, für Auftritte, kulturelle Darbietungen, meinetwegen auch Open-Air-Opern oder auch Public Viewing, für Kleinkunst, für Auftritte bei Festivals, wie zum Beispiel dem La-Strada-Festival, das sehr gut besucht ist, und mit dem Open Space, das die Senatorin für Wirtschaft temporär aufgebaut hat, was Sie, Herr Schäck, als Monstrum aus Stahl bezeichnet haben, wurde doch erfolgreich – durch die Bespielung der Hochschule für Künste unter anderem, durch musikalische Auftritte auch in den Abendstunden – eine Belebung des Domshofs vorgezeigt und vorgelebt. Diese Bühnen, die dort aufgebaut wurden, waren aber nicht dauerhaft, sondern eben temporär. Sie sind im Vergleich zur Aufbaudauer relativ teuer, und sie sind eben keine dauerhafte Installation und Ausrichtung des Domshofs auf genau diese vielfältigen Nutzungen, die man dort machen kann und wie sie auch genutzt werden.

Die Marktnutzung selbst durch die Marktstände wirkt manchmal so ein bisschen verloren, und für das Fahrradparken sind nicht genügend Kapazitäten vorhanden. Die Klimaanpassung auf dem Domshof ist zurzeit nicht vorhanden. Wir haben eine durchgehende Bepflasterung, wir haben wenig Bepflanzung, und wir haben gebaute Fassaden, die insgesamt zu einer Aufheizung des Platzes führen. Um das zu verbessern, gibt es seit Jahren oder vielleicht sogar seit Jahrzehnten Debatten, wie man den Domshof weiterentwickeln kann. Wir haben hier in der Bremischen

Bürgerschaft schon mehrfach Debatten geführt, ich kann mich an mehrere erinnern, und alle waren sich immer einig: Der Domshof muss weiterentwickelt werden.

Der Ausbau der Bremer Landesbank ist inzwischen umgesetzt, und ich finde ihn architektonisch auch sehr gelungen, und der Umzug der juristischen Fakultät in die Bremer Landesbank wird eine massive Belebung durch mehrere Tausend Studenten oder durch über 1 000 Studentinnen und Studenten in der Innenstadt bringen. Der freiraumplanerische Realisierungswettbewerb für die Weiterentwicklung und Gestaltung des Domshofs wurde 2022 europaweit ausgelobt, und dieses Verfahren, das dort stattgefunden hat, mit Bewerbungen für die Gestaltung des Domshofs, für die Freiraumgestaltung durch Stadtplanungs- und Architekturbüros, war deswegen ein sehr breit angelegtes Verfahren, und zwar ein Fachverfahren.

In der Fachjury waren nicht alle stimmberechtigt, aber mit den Beratenden und Gästen 48 Beteiligte anwesend. Auch die Politik durfte dabei sein. Das wurde nicht von allen in Anspruch genommen, es gab aber fachlich gesehen wenige Entscheidungen der Legislative, die das Ganze auf einen Pfad gesetzt hätten. Vielleicht ist das auch ein Problem, dass es sehr viele Meinungen gibt, das aber am Ende in einer Fachjury entschieden wird. Das ist aber das übliche Verfahren, wie mit solchen städtebaulichen Fachjuryverfahren umgegangen wird, und der Siegerentwurf von SOWATORINI – ich zitiere einmal aus der Präsentation – „überzeugte die Jury durch ihre eigene Haltung und die großzügige und mutige Geste mit hoher Raum- und Aufenthaltsqualität und Flexibilität. Die Jury sagte dazu „moin, Zukunft!“.

Was die Jury noch überzeugt hat, jedenfalls weitgehend überzeugt hat, das wird seit dem Stadtdialog sehr kontrovers diskutiert, man könnte auch sagen, zerrissen. Der Landesdenkmalpfleger sagt, dass Niveauehebungen das Ensemble des Domshofs schwer beschädigen würden, und er befürchtet, dass gepflanzte Bäume den Ratskeller beschädigen könnten, sieht sogar den Stand der Innenstadt als UNESCO-Weltkulturerbe infrage gestellt. Elf Architekten und Landschaftsplaner, das wurde bereits vorgetragen, sagen, dass die Düne ein eklatanter Eingriff in die Topografie des Platzes sei und unter anderem die Nutzungsmöglichkeiten beeinträchtigen würde. Die Dimension des Fahrradparkhauses, die Radwegeführung und die Düne wurden insgesamt infrage gestellt, und viele weitere Gründe werden dagegen angeführt.

Ich persönlich empfinde die Diskussionen als in Teilen ein bisschen irritierend und auch widersprüchlich, denn auf der einen Seite werden mutige Entscheidungen gefordert, auch hier in der Bremischen Bürgerschaft von Abgeordneten in bisherigen Debatten, gleichzeitig hat man teilweise das Gefühl, dass Veränderung abgelehnt wird: Es wird eine Belebung gefordert, aber gleichzeitig soll die freie Sicht auf Schaufenster prioritär sein. Es wird mehr Aufenthaltsqualität gefordert, aber die Konkurrenz von weiteren gastronomischen Angeboten wird abgelehnt. Es soll mehr Grün geben, aber Bäume würden den Ratskeller beschädigen. Die Düne sei ein Eingriff in die Topografie und die Einschränkung der Nutzung. Ich glaube, die Düne hätte zusätzliche Nutzungsmöglichkeiten geboten, jedenfalls war sie so geplant und auch so begründet.

So, wie ich das wahrgenommen habe, möchte die FDP, glaube ich, auch eine Belebung, aber gleichzeitig bezeichnen Sie Installationen, die genau so eine Belebung ermöglichen – nämlich kulturelle Angebote, Musikdarbietungen et cetera, die Nutzung durch weitere Nutzungsgruppen, auch durch junge Menschen, die wir doch wollen in der Innenstadt –, dann als Monstrum aus Stahl. Das Fahrradparken soll vorhanden sein, aber nicht so viel, und die bisherige Planung wird einmal eben über Bord geworfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist so ein bisschen nach dem Motto „wasch mich, aber mach mich nicht nass“! Es wird Mut gefordert, aber nicht dieser Mut, es werden Entscheidungen gefordert, aber nicht diese Entscheidungen, und egal, welche Entscheidung man vorlegt, sie wird am Ende des Tages zerredet, und ich habe insbesondere von der Opposition hier den Eindruck und auch von weiteren Akteuren, es gibt eine gewisse Verweigerungshaltung gegenüber Veränderungen.

(Beifall DIE LINKE – Abgeordneter Frank Imhoff [CDU]: Das ist natürlich Quatsch, und das wissen Sie auch!)

Zur Düne werde ich gleich noch kommen. Die ganze Stadt hat ja eine Meinung dazu. Die Düne wurde aber nicht aus Jux und Tollerei von dem Büro geplant, sondern sie wurde fachlich geplant nach den Vorgaben, die durch die Jury und durch die Ausschreibung vorgegeben waren. Es gab somit fachliche Gründe für die Düne, und es gab auch fachliche Gründe für die Entscheidung der Fachjury für diesen Entwurf, und zwar waren die Vorteile: Es wurde konsumzwangfreier Aufenthalt als ein Kriterium vorgegeben. Es wurde vorgegeben, dass der Bunker, der seit 1940 unter dem Domshof quasi unterirdisch angelegt wurde, in zwölf Metern Tiefe, als

Fahrradparkhaus genutzt werden soll, und wir brauchen Fahrradparkplätze nicht nur für die zukünftig zunehmend in der Innenstadt anwesenden Studierenden, sondern insgesamt. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht: Wenn ich mit dem Fahrrad zur Bürgerschaft komme, wird es sehr schwer, einen Fahrradparkplatz hier in der Innenstadt zu finden.

(Abgeordneter Frank Imhoff [CDU]: Aber die Studierenden werden bestimmt nicht bezahlen für einen Fahrradparkplatz!)

Es braucht also insgesamt mehr Fahrradparkplätze, es braucht auch geschützte Fahrradparkplätze, um zum Beispiel auch mit dem E-Bike in die Innenstadt kommen zu können, und diese Vorgabe, dass der Bunker als Fahrradparkhaus genutzt werden kann, ist übrigens beschlossene Teilfortschreibung des VEP. Er ist nicht vom Himmel gefallen, sondern er war Bestandteil der Ausschreibung/der Auslobung für diesen Wettbewerb. Insofern ist das nicht einfach so entstanden.

(Abgeordneter Michael Jonitz [CDU]: Gut, dass wir das nicht mitbeschlossen haben!)

Das Gleiche gilt für die Aufenthaltsmöglichkeiten. Herr Schäck, wenn man eine Belebung der Aufenthaltsqualität möchte, wenn man eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität möchte, dann kann man nicht nur auf hochpreisige Gastronomie setzen. Ich weiß nicht, was Sie vor Augen haben, aber, wenn ich mir vorstelle, dass das ein Anteil des Domshofs fast ein Campus werden wird für die Studierenden, die dort vor Ort sind, dann braucht man auch Verweilmöglichkeiten ohne Konsumzwang, dann muss es möglich sein, sich auch einmal in der Sonne sitzend zu unterhalten und selbst ein Getränk mitzubringen.

Dass Sie das madig reden, indem Sie so ein Bild zeichnen, als würde sozusagen die Düne untergehen in Drogenbesteck, das ist einfach nur ein absolutes madig reden und Verweigerung, also gewissermaßen auch eine Realitätsverweigerung und eine Verweigerung demgegenüber, dass wir weitere Nutzer:innengruppen auch ohne Konsumzwang in der Innenstadt brauchen und solche Aufenthaltsmöglichkeiten auch schaffen müssen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Sie sagen, Herr Schäck, das sei eine Entscheidung des Senats gewesen und das sei ein erratischer Stil, dann spricht oder zeugt das von

einer gewissen Unkenntnis über die Verfahren der Preisjurs. Das war ein Juryverfahren, die Senatsbaudirektorin beispielsweise war Mitglied der Jury, es waren aber Landschaftsarchitekten Mitglieder der Jury, es waren Architekten Mitglieder der Jury, es waren Stadtplaner Mitglieder der Jury. Das war eine fachliche Entscheidung und keine Entscheidung des Senats,

(Zuruf Abgeordneter Michael Jonitz [CDU] – Abgeordneter Frank Imhoff [CDU]: Der Senat hat nie Schuld!)

diese fachliche Entscheidung ist den fachlichen Kriterien gefolgt.

(Zuruf – Abgeordneter Frank Imhoff [CDU]: Das wissen wir ja!)

Nein! Der Senat ist nicht verantwortlich für diese Entscheidung. Am Ende wird die Planung natürlich vom Senat geleitet,

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Ach!)

aber das Verfahren und die Entscheidung lagen in der Fachjury, und sie ist auch entsprechend gefallen.

Was Sie offensichtlich auch nicht wissen, ist, dass es auch Verhandlungen von solchen Fachjurs mit den entsprechenden Planungsbüros oder mit denjenigen gibt, die die Entwürfe vorlegen. Solche Nachverhandlungen werden jetzt auch stattfinden. SOWATORINI hat aber den Zuschlag bekommen, und damit ist durch die Jury auch eine verbindliche, eine rechtsverbindliche Entscheidung getroffen worden. Diese Entscheidung ist bindend, da kommen wir nicht einfach raus, und es gibt auch viele gute Bestandteile dieses Entwurfs, die bereits genannt wurden. Die Wasserrinnen für die Entwässerung und für das Sammeln des Wassers finde ich zum Beispiel einen sehr guten Bestandteil des Entwurfs, Bänke für den konsumzwangsfreien Aufenthalt finde ich sehr gute Bestandteile, und die Begrünung finde ich einen sehr guten Bestandteil.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weil das auch hier kritisiert wurde: Die Zusammenführung der Verkehre auf der Westseite ist absolut sinnvoll, damit wir die Ostseite nutzen können für den ungestörten Aufenthalt, für Sitzmöglichkeiten, dass der Platz nicht komplett umfahren wird von Verkehren, sondern die Verkehre – der Zulieferverkehr für den Markt, die Fahrradverkehre und auch der Fußverkehr, wenn gewünscht – eben auf der Westseite des Platzes zusammengeführt werden, insbesondere auch deshalb, weil im Gebäude der Bremer Landesbank ja bereits ein Parkhaus

ist, was eine Möglichkeit bietet, weiterentwickelt zu werden im Sinne des Fahrradparkens. Auch das wird jetzt geprüft werden.

Wichtig ist meiner Meinung nach, dass wir jetzt – das wurde bereits gesagt – vorangehen mit den Bestandteilen der Planung, die den Platz kurzfristig bis zu den Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit 2026, wo wir viele Gäste in unserer Stadt erwarten, bis dahin in der Art verbessern, dass er begrünt wird, dass die Marktnutzung neu sortiert wird, dass der Genusspavillon installiert wird, der sich schon in der temporären Art und Weise bewährt hat, dass er dauerhaft installiert wird – diesen Entwurf zum Genusspavillon finde ich übrigens auch sehr überzeugend – und dass dort im Genusspavillon nicht nur Gastronomie, sondern auch, sich dort konsumzwanglos aufhalten zu können, mitgedacht wird. Das finde ich sehr wichtig, dass wir diese Aspekte jetzt kurzfristig umsetzen, die kurzfristig umsetzbar sind.

(Beifall DIE LINKE)

Wir machen jetzt die Salomitaktik. Wir setzen kurzfristig genau diese Aspekte um: Wir führen die Verkehre an der Westseite zusammen, das ist wichtig. Gleichzeitig müssen wir die Verkehrsführung kommend von der Violenstraße her genau planen, und die Fragen, die noch zu klären sind – nämlich die Nutzung des Bunkers, die finale Lösung für das Fahrradparken und, wenn der Bunker genutzt wird und wenn geklärt wird, wie er genutzt werden soll, auch der barrierefreie Zugang dazu –, diese Aufgaben werden einer weiteren Prüfung zugeführt werden müssen. Hier brauchen wir, glaube ich, dann auch keine monatelange Debatte, sondern müssen irgendwann zu einer Entscheidung kommen.

Ich glaube, wir wären schlecht beraten, die Düne jetzt plattzumachen, und ich stimme zu, eine 70 Meter lange Rampe und eine Erhebung um über vier Meter sind schon eine massive Dimension. Wir wären aber schlecht beraten, die Düne jetzt plattzumachen und damit eine spätere barrierefreie Nutzung des Bunkers für immer zu beerdigen. Deswegen glaube ich, dass wir diese Frage der barrierefreien Nutzung des Bunkers vertieft prüfen müssen. Dafür ist nicht unbedingt so eine lange Rampe oder so eine hohe Erhebung nötig, aber der Bunker ist ein interessantes Bauwerk. Er ist gut intakt, er hat eine intakte Belüftung, und er wurde auch schon einmal genutzt als Parkhaus und auch schon einmal als Klub. Er hat eine gute Infrastruktur, die man durchaus nutzen könnte, auch im Sinne einer Belebung des Domshofs, und das sollten wir jedenfalls durch die

Verabschiedung von der Düne, die wir mittragen, weil die Düne einfach nicht umsetzbar gewesen wäre – –.

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Ach, jetzt doch?)

Na klar! Herr Schäck, ich habe nur gesagt, dass die Planerinnen und Planer Gründe hatten, genau diese zu planen, und das muss man ja auch allein aus dem Respekt den Planerinnen und Planern gegenüber und auch der Entscheidung der Jury gegenüber einmal benennen,

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Ich weiß gar nicht, was für ein erratisches Verhalten ich angesprochen habe!)

dass es auch gute Gründe dafür gibt.

Wir sollten die Nutzung des Bunkers jedenfalls durch die Verabschiedung von der Düne jetzt nicht für alle Ewigkeiten ausschließen, sondern schauen, wie der Bunker barrierefrei nutzbar bleiben kann. Ich glaube, die Aufgabe wird sein, den historischen Charakter des Domshofs zu bewahren, aber uns nicht zu verwehren gegen jegliche Modernisierung und auch gegen moderne Elemente auf dem Platz. Der Domshof soll eine der Hauptschlagadern der Innenstadt sein und vielleicht noch mehr werden. Er soll belebt werden. Wir brauchen Nutzungserweiterungen, wir brauchen eine Anpassung an den Klimawandel. Wir brauchen die Erschließung zusätzlicher Nutzer:innengruppen, und wir brauchen auch Aufenthaltsmöglichkeiten ohne Konsumzwang, und das muss man nicht madig reden, indem man da Schreckensbilder an die Wand malt, Herr Schäck. – Danke schön!

(Beifall DIE LINKE – Zuruf Abgeordneter Thore Schäck [FDP])

Vizepräsidentin Christine Schnittker: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Piet Leidreiter.

Abgeordneter Piet Leidreiter (Bündnis Deutschland): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was ich jetzt vernommen habe, ist: Die Düne kommt, die Düne kommt nicht. – Also ich gehe davon aus, wenn das heute im „Weser-Kurier“ steht, dass sie endgültig nicht kommt.

Konsumzwang gibt es in Bremen nicht. Sie können überall sitzen, wo Sie wollen, ohne zu konsumieren. Wir brauchen dazu eventuell nur Bänke oder Stühle, die wir aufstellen, oder jeder bringt seinen Stuhl selbst mit, aber

einen Platz kann man auch nutzen ohne Konsumzwang. In Ihrer sozialistischen Haltung ist der Konsum wahrscheinlich etwas Böses.

Also, wir haben gerade festgestellt, die Düne gibt es nicht mehr. Dann haben wir noch den Punkt des Fahrradwegs, der auf die Seite der Bremer Landesbank verlegt werden soll, darüber müssen wir nachdenken, und der nächste kritische Punkt ist der fest installierte Pavillon, den wir, wenn wir zu entscheiden hätten, als mobiles Gebäude installieren würden, damit man ihn auch zur Not wegschieben kann. Dann würde das Ganze passen zu unseren Vorschlägen Weinfest, Bierfest, Public Viewing, aufgewerteter Marktplatz. Der Hinweis, dass man an der Westseite des Platzes noch Potenzial hat, ist auch nicht falsch.

Sie hören von mir, dass die Fraktion Bündnis Deutschland sich der Kritik dieser elf Architekten, die vorhin genannt worden sind, anschließt, und die Bebauung des Domshofs ist im Übrigen historisch auch nicht neu: Bereits in den Jahren 1977 und 1978 gab es Pläne, den Domshof zu bebauen, aber auch damals wurde der Ansatz durch Proteste wieder einkassiert. Da stellt sich für mich natürlich die Frage: War es den Planern bekannt, dass es in den Jahren 1978/1979 solche Proteste gab, oder war es nicht bekannt? Wenn es bekannt war, finde ich es im Grunde schon ganz schön mutig, das Ganze dann erneut wieder in Angriff zu nehmen.

In gewisser Weise beruhigend ist, dass unter Ihrer Regierung zeitliche Vorgaben ohnehin nie eingehalten worden sind. Da sind wir ja nicht verwöhnt, und ich glaube, dass sowohl der Start für die Umbauarbeiten des Domshofs als auch die Fertigstellung kaum in den angekündigten Zeitrahmen passen werden. Aus unserer Sicht wären die vorgenannten Maßnahmen und die Beplanung der Bebauung mit der Düne aufzugeben, aber das haben Sie ja bereits getan.

Warum kompliziert, wenn es mit guten Ideen zur Aufwertung und einfachen Verbesserungen auch geht? Sparen Sie das Geld, investieren Sie lieber dort, wo es sinnvoller ist, also in Bildung oder in Sport! Das ist für Bremen eine bessere Entscheidung als der Umbau oder der bisher geplante Umbau des Domshofs. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis Deutschland)

Vizepräsidentin Christine Schnittker: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Volker Stahmann.

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es wird hier so getan, als seien alle gegen die Düne gewesen, und das von Anfang an. Das stimmt nicht, zumindest für mich nicht.

(Zuruf: Ach nein!)

Alles, was zitiert wird, war ja immer so, dass ich nie die Bevölkerung gehört habe, sondern immer nur Expertisen.

Vielleicht einmal zur Sachlage! Es gab für die Düne nach meiner Kenntnis drei Gründe. Erster Grund: Es schafft einen Zugang zu dem Bunker. Zweiter Grund: Es gibt eine Aufenthaltsqualität, weil die nach Süden ausgerichtet ist und es einfach schön ist, sich sozusagen die Sonne auf den Pelz scheinen zu lassen. Dritter Grund: Auf der Düne wachsen Bäume besser als auf der Betondecke des Bunkers, also das Begrünen fällt mit der Düne auch deutlich leichter. Mich hat das überzeugt. Ich will nicht darüber streiten, ob sie 70 Meter lang und vier Meter hoch sein muss, aber ich fand das von der Idee erst einmal nicht blöd.

Was mich gar nicht überzeugt, ist dieses blödsinnige Argument mit der Sichtachse von der Bischofsnadel. Ich gehe da jeden Tag durch. Zum Thema Angsträume könnte ich auch noch einmal etwas sagen über Radfahrer im Tunnel von der Bischofsnadel,

(Zuruf – Heiterkeit CDU)

denn zur Erinnerung will ich noch einmal sagen: Das ist ein Fußgängertunnel. Aber das ist wahrscheinlich nur mein Problem, und deswegen finde ich die Rücksichtnahme auf die Radfahrer auf dem Domshof auch – –. Ich hätte es jetzt jedenfalls nicht gesagt.

Zweiter Punkt ist die Sichtachse. Da muss man sich doch fragen, ob das Alex ein illegaler Bau ist. Der verhindert ja die Sichtachse auf den Domshof,

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Der ist aus Glas!)

auf das Rathaus und auf den Dom. Vielleicht können wir das noch einmal – –. Ich verstehe aber schon, dass man aus dieser Häuserschlucht, wenn man illegal mit dem Fahrrad aus der Bischofsnadel kommt, da hineinschauen will. Meine Erfahrung ist, weil ich da jeden Tag gehe: Da laufen die Touristen nicht lang, sondern die kommen von der anderen Seite, sie

kommen vom Rathaus. Zu Ihnen komme ich gleich, Frau Gröninger! Sie kommen vom Rathaus, und deswegen, diese Frage erschließt sich mir ehrlich gesagt nicht.

Wir Bremer sind wirklich gut. Seit den Sechzigerjahren, seit der Streitdebatte um dieses Haus haben wir nicht aufgehört, alles infrage zu stellen, alles und immer infrage zu stellen. Ich bin berufsmäßig ein großer Freund davon, alles infrage zu stellen, aber bitte im Vorhinein und nicht im Nachhinein! Alles wird hinterher diskutiert, und ich finde das eine unmögliche Diskussion und eine unmögliche Kultur, ich sage das auch ganz offen. Herr Schäck, diese Formulierung von Ihnen, irgendetwas Unfertiges rausgehauen oder etwas Unausgegrenztes, das ist einfach der Sache nicht angemessen, das ist sachlich falsch. Ich habe nur noch 21 Minuten Redezeit, insofern muss ich mich beeilen.

(Heiterkeit CDU)

Ich will noch einmal daran erinnern, die Ausschreibung ist am 7. November 2022 von der Architektenkammer registriert worden, und die Architektenkammer hat eine Ausschreibung gemacht, nicht irgendwer, und wenn Frau Gröninger hier sagt, wir brauchen mehr Expertise, dann sage ich: Entschuldigung, die Architektenkammer macht die Ausschreibung, die Architektenkammer ist einbezogen, wir haben eine 15-köpfige Jury, bestehend aus Menschen bundesweit, die davon Ahnung haben. Wir haben sieben Bewerbungen für das Projekt, und von den sieben Bewerbungen sind drei unter Beteiligung von Bremer Architektenbüros. Das finde ich eine ganze Menge Expertise. Was ist das Problem?

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Das Ergebnis!)

Das Problem ist nicht das Ergebnis. Darüber hat es einen Abstimmungsprozess gegeben, es hat eine Entscheidung gegeben.

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Die Sie jetzt aber nicht mehr wollen!)

Es hat noch einmal den Hinweis gegeben bei den letzten ausgewählten, in die engere Wahl gekommenen Vorschlägen, dass man da noch einmal nachbessert. Das ist passiert, und dann hat man sich für einen Entwurf entschieden in dieser Jury, die in ganz vielen anderen Fällen – im Kulturpreis und in anderen Fällen – immer akzeptiert wird. Hier wird jetzt gesagt: Nein, keine Beteiligung! – Oha!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage mich wirklich, wie es sein kann, dass der Denkmalpfleger in der ganzen Zeit dabei ist und hinterher ohne Rücksprache im eigenen Haus Paris anschreibt und fragt: Was ist denn hier mit dem Welterbe? Ist das eine Art und Weise, wie wir miteinander umgehen? Wenn er vorher seine Bedenken anmeldet, wie er ja gesagt hat,

(Zuruf)

sich aber nicht durchsetzt, dann muss man bestimmte Dinge zuspitzen oder das Ergebnis einer Jury akzeptieren.

(Zuruf Abgeordneter Frank Imhoff [CDU])

Wie kann es sein, dass der Vorsitzende der Baudeputation, Herr Saxe, im Nachhinein mit Kritik der Baudeputation kommt? Das zweite Mal, nach dem Busbahnhof jetzt hier auch! – Wieso kann man da nicht vorher sagen: Leute, ich habe Bedenken. Leute, was ist mit dem Fahrrad?

(Zuruf CDU: Hört, hört!)

Wieso kann man da nicht rechtzeitig einsteigen?

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Kann man das nicht koalitionsintern klären?)

Doch, das kann man!

(Zurufe)

Sie können sicher sein, dass wir das auch koalitionsintern klären, aber eines ist doch klar: Die Kultur, im Nachhinein zu sagen, das ist alles schlecht, das ist alles falsch, ist hier an einer Stelle ausgebreitet, die ich nicht mehr in Ordnung finde. Wie soll das denn in Zukunft werden?

(Beifall SPD, Bündnis Deutschland)

Was heißt das denn für Entscheidungsprozesse in dieser Stadt, die nicht vom Parlament oder vom Senat gefällt werden? Was heißt das denn für zukünftige Ausschreibungen und Jurys? Was heißt das denn nach außen? „In Bremen braucht man sich nicht mehr zu bewerben, es kommt sowieso alles anders“? Was heißt das denn nach innen? „Lass die da mal sabbeln in der Jury, hinterher mobilisieren wir die Bevölkerung, drei Architekten, einen

Denkmalpfleger oder irgendjemand anders“, um das dann wieder infrage zu stellen und in diesem Parlament dann Nein zu sagen?

Wenn es nach mir ginge – und ich wäre bei der Düne völlig leidenschaftslos –, würde ich diesen Entwurf durchziehen, weil das Präjudiz, dass man hier mit diesen Veranstaltungen machen kann, was man will, die zu nichts führen außer zu einem Zeitverzug, das Präjudiz, das Bremen da abgibt, ist wirklich nicht schön.

(Beifall SPD)

Das fällt uns auf die Füße, das wird uns zukünftig schwer belasten.

Was wollen wir mit dem Platz? Wir wollen eine höhere Attraktivität, da sind sich alle einig. Wir setzen jetzt diesen Entwurf in den Teilen ohne Düne um. Das machen wir. Dazu gehören aber ein paar Dinge: Fahrradbügel vor der Markthalle Acht mit geparkten Fahrrädern sind nicht attraktiv, deswegen müssen sie weg. Wenn sie wegmüssen, brauchen wir Alternativen für Fahrräder. Ob der Bunker das Richtige ist, ob er zu groß oder zu klein ist, wie der Zugang ist, das muss man sich ansehen, aber wir brauchen Alternativen zum Parken, denn, wenn wir die nicht schaffen, dann stehen die Fahrräder überall in der Gegend herum. Das wollen wir auch nicht, ist auch nicht attraktiv, also muss man das machen. Wichtig ist nur: Die vor der Markthalle Acht müssen weg, damit wir da zum Beispiel die Außengastronomie ausdehnen können.

Es ist übrigens falsch, Herr Leidreiter: Die Tische vor der Markthalle Acht sind Tische der Markthalle Acht, und da besteht Verzehrzwang. Da können Sie sich nicht mit Ihrem Picknickkorb hinsetzen.

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Dann müssten die gesamten Restaurants in Bremen schließen! – Zuruf Abgeordneter Piet Leidreiter [Bündnis Deutschland])

Sie haben gerade gesagt, das geht überall in Bremen. Genau da geht es eben nicht! Da gehört es der Markthalle Acht.

Was wir machen wollen und machen werden, ist, den Umbau so, wie er jetzt beschlossen wird, ohne Düne bis zum 3. Oktober 2026 zu machen, denn dann sind wir Mittelpunkt in Deutschland durch den Tag der Deutschen Einheit, und bis dahin wird er fertig sein. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Christine Schnittker: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

(Zurufe – Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Die Aktuelle Stunde hat sich schon gelohnt!)

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Man überlegt sich ja in so einer Aktuellen Stunde immer: Melde ich mich noch ein zweites Mal? Das hängt auch ganz maßgeblich von den anderen Redebeiträgen ab und inwiefern sich die Redebeiträge widersprechen, und zwar teilweise bei ein und demselben Redner, das ist ja das Absurde.

(Beifall FDP, CDU)

Ja, wir waren damals – -. Als FDP-Fraktion konnten wir daran nicht teilnehmen, das ist richtig. Manchmal überschneiden sich Veranstaltungen, so ist das in einer kleinen Fraktion. Was ich aber nicht gelten lasse, ist der Vorwurf, wir hätten keine eigenen Vorschläge gemacht. Daraus nehme ich eher mit, dass Sie offensichtlich, Herr Wagner, bei meiner ersten Rede nicht zugehört haben, und ich lese jetzt gern den Absatz noch einmal identisch so vor, wie ich ihn eben gesagt habe, vielleicht bekommen Sie es beim zweiten Mal mit. Ich habe gesagt: Schaffen Sie gern mehr Grün! – Erstens!

Zweitens: Schaffen Sie die Möglichkeit für mehr dauerhaftes gastronomisches Angebot. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder gefordert, eine Art Feierabendmarkt mit festen hochwertigen Pavillons zu schaffen, quasi als eine Markthalle Acht outdoor, und das hat ja mit dem Ratskellerpavillon auch wunderbar geklappt, das sieht gut aus, es bietet ein hochwertiges Angebot. – Gern mehr davon! Das war Punkt zwei.

Punkt drei: Wir haben Sitzmöglichkeiten gefordert, und natürlich gibt es dort die Möglichkeit, dass sich jeder Bürger, auch, wenn er nichts in der Gastronomie kauft, niederlässt und auch meinetwegen ein mitgebrachtes Getränk verkonsumiert.

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Wo denn?)

Dass aber natürlich die Außengastronomie – das ist bei jedem Restaurant in Bremen so – dort Hausrecht hat und sagt, hier verzehrt keiner die selbst

mitgebrachten Getränke, das ist selbstverständlich. Wenn wir diese Debatte hier aufmachen, dann müssen Sie alle Restaurants in Bremen vergesellschaften, und ich hoffe, so weit ist es noch nicht.

(Beifall FDP, Bündnis Deutschland)

Das Absurde ist ja sogar, dass die spätere Rednerin Frau Menzel anschließend sogar meine Aspekte wiederholt hat und all das angeführt hat, was sie sich wünscht für den Domshof, und Sie,

(Zuruf Abgeordneter Falk-Constantin Wagner [SPD])

Herr Wagner, haben das dann übrigens später auch noch heruntergerattert und gesagt, das wäre alles schön. Uns vorzuwerfen, dass diese Vorschläge schlecht sind, und sie dann noch einmal identisch vorzutragen, das zeugt schon von einem gewissen Maß an Selbstverständnis, das ich hier nicht teilen kann.

Was wir aber lernen als Opposition – und das haben wir ja übrigens auch bei der Stadtteil-Schule gerade so festgestellt –: Sobald wir eine Aktuelle Stunde einreichen, wird das offensichtlich noch einmal am Vorabend abkassiert und die Entscheidung noch einmal schnell umgeworfen.

(Zurufe SPD)

Das haben wir bei der Stadtteil-Schule – die Aktuelle Stunde hat die CDU eingereicht –, heute Morgen um 5:00 Uhr der Artikel im „Weser-Kurier“, die Entscheidung wurde jetzt doch noch anders getroffen, als es ursprünglich im Raum stand. Wir haben dasselbe jetzt beim Thema Domshof. Wenn es offenbar ausreicht, als Opposition eine Aktuelle Stunde einzureichen, um die Entscheidungen in die richtige Richtung zu lenken,

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach!)

dann werden wir in Zukunft häufiger davon Gebrauch machen.

(Beifall FDP)

Wo Sie sich allerdings auch widersprechen, und dann wird es irgendwann auch absurd: Sie werfen uns als Opposition vor, dass wir dieses Thema jetzt hier abräumen und irgendwie unmöglich machen. Die Möglichkeit haben wir hier im Parlament als Opposition gar nicht. Wir haben hier keine Mehrheit, das kann uns nicht gelingen. Sie haben aber auch gesagt, und das war ja

auch das Argument der Kollegin Frau Leonidakis, dass die Entscheidung zu dieser Düne woanders getroffen worden ist. Ich frage mich: Wofür wählen wir dann eigentlich hier Volksvertreterinnen und Volksvertreter? Muss ich demnächst irgendeinen CEO von irgendeinem Architektenbüro wählen, damit der für mich die richtige Entscheidung trifft?

(Beifall FDP, CDU, Bündnis Deutschland)

Natürlich treffen Sie hier in Bremen die Entscheidungen, und nur deswegen konnten Sie doch diese Entscheidung überhaupt auch wieder abkassieren, wie wir es heute Morgen gelesen haben. Drei Artikel – „buten un binnen“, „Kreiszeitung“ und „Weser-Kurier“ –, alle drei mit der Headline: „Das Thema Düne auf dem Domshof ist tot.“ Wenn Sie nicht die Möglichkeit haben, diese Entscheidungen zu treffen in der Vergangenheit, dann hätten Sie es doch auch gar nicht abräumen können. Sie widersprechen sich dort selbst, und ich nehme aus Ihrer Argumentation mit, Frau Leonidakis: Alle wollten die Betondüne, weil sie wirklich gut ist. Deswegen haben Sie es als Senat jetzt abgeräumt, weil Sie das eigentlich nicht können, dieses Ding abzuräumen und diese Entscheidung zu treffen, um es jetzt doch irgendwie gut zu finden, aber auch nicht alle.

Mit dieser Argumentation, die Sie hier vorn vorgetragen haben, werfen Sie mir vor und können nicht nachvollziehen, warum ich sage, Ihre Regierung neigt zu erratischem Verhalten und zu erratischen Entscheidungen. Es ist doch absurd: Sie haben alle Argumente, die ich vorhin gebracht habe, mit allen Reden, die danach gehalten worden sind, bestätigt, und Sie bestätigen uns in der Opposition in der Meinung: Diese Düne war eine falsche Entscheidung. Schön, dass Sie sie jetzt revidiert haben! Wenn es dafür eine Aktuelle Stunde benötigt hat – wir freuen uns, dass wir sie einreichen durften! – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Christine Schnittker: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will hier dabei einmal den Dampf ein bisschen herausnehmen! Ich bin jetzt ehrlich gesagt ein bisschen belustigt über diese Debatte und finde auch, dass so etwas – –.

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Ich finde das nicht lustig, was Sie da jetzt machen!)

Ja, das habe ich gerade einmal gemerkt, dass Sie das nicht lustig finden! Dafür haben Sie umso mehr Selbstbewusstsein an den Tag gelegt. Das ist auch in Ordnung so, aber, wenn man glaubt, ein so großes Selbstbewusstsein zu haben, dass man hier alles, was in der Stadt ist, nur durch Aktuelle Stunden steuert, wo man die Informationen immer aus dem „Weser-Kurier“ herausgezogen hat – anscheinend wird mehr nicht gelesen – ,

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Zweimal hat es funktioniert!)

dann ist das wirklich so überzogen, dass es mich wirklich zum Lachen bringt.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Ich bin wirklich belustigt.

Ich muss dann etwas zum Kollegen Stahmann sagen! Wir haben ja nun hier eine Gewaltenteilung, das muss ich ihm, glaube ich, nicht erklären, wie das organisiert ist. Wir haben als Parlamentarier eine andere Rolle als die gewählten Vertreterinnen des Senats. Wir haben auch die Aufgabe, zu kontrollieren. Das gehört zu unserem Anforderungsprofil mit dazu. Der Kollege hat zu Recht gesagt, dass ich der Sprecher der Baudeputation bin. Wenn diese dabei beteiligt worden wäre, dann hätte ich mich zu Wort melden können. Sie ist aber gar nicht beteiligt gewesen, also deswegen verstehe ich diesen Vorwurf nicht. Es gab keinerlei Beteiligung, und das ist für mich eine Kritik an diesem Verfahren. Das muss man doch mitnehmen!

Ich habe doch auch mit Leuten gesprochen, die in der Jury gesessen haben und das Verfahren organisiert haben, die gesagt haben: Wir haben daraus gelernt. Das ist doch vollkommen okay: Verfahren laufen schlief, ich hatte gestern auch eine Veranstaltung, wo das Verfahren nicht so gut gelaufen ist. Da lernt man daraus, dann schüttelt man sich, dann macht man das beim nächsten Mal besser. Das ist Demokratie, und diese Debatte, die wir heute hier haben mit unterschiedlichen Facetten, das ist Demokratie. Das gibt es in anderen, autoritären Staaten nicht, und darüber freue ich mich: Es darf verschiedene Meinungen geben. Man darf seine Meinung sogar einmal ändern. Das ist alles völlig normal, nur sollte man irgendwie dann einen

Gang herunterschalten und schauen, wo das gemeinsame Interesse Bremens ist, denn dafür sind wir auch gewählt.

Sie haben gesagt, Herr Schäck – das hat mich wirklich geärgert –: Das ist ein weiterer Nagel im Sarg der Innenstadt.

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Sie hören immerhin zu!)

Das haben Sie so gesagt. Danach haben sie dann gesagt: Aber das Geld, das wir dafür ausgeben wollen, das ist für die Innenstadt viel zu viel, das investieren wir doch lieber in Kitas. Also Sie sagen, der Innenstadt geht es nicht gut, aber dort hineininvestieren sollen wir nicht. Wenn Sie in dem Moment gesagt hätten, okay, die Millionen nehmen wir dafür, um auf dem Marktplatz Bäume zu pflanzen oder irgendetwas anderes, dann hätte ich gesagt, okay, Herr Schäck hat einen Plan, der nimmt das ernst.

Diese Zweiteilung, wo Sie sich selbst widersprechen in Ihrer Argumentation, haben Sie am Anfang Ihrer Rede selbst brillant betrieben. Was für ein Unsinn, wirklich, dass Sie sagen, wir müssen das Geld in die Kitas geben, und andererseits sagen Sie, es ist ein weiterer Sargnagel der Bremer Innenstadt. Die Bremer Innenstadt ist schön, das haben heute auch viele hier gesagt. Sie kann noch schöner werden, und deswegen bewegen wir uns in diesem Prozess, in dem wir gerade sind. Jetzt geht es darum, nach so einer Debatte geht es darum, auch die Stadtgesellschaft zu befrieden. Das ist auch unsere Aufgabe, dass man irgendwann gemeinsam an einem Tischtuch sitzen kann, ohne das immer durchzuschneiden, und das ist, glaube ich, jetzt die Aufgabe.

Dass Sie wirklich glauben, dass wir das dann morgens um 5:00 Uhr rausgeschleudert hätten, weil wir so eine Angst vor dieser Aktuellen Stunde haben: Nein, wir reden schon seit ein paar Wochen darüber! Es gibt natürlich auch längst eine Sprachregelung dafür, dafür brauchten wir diese Aktuelle Stunde nicht.

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Die habe ich aber heute nicht erkennen können! – Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Die ist aber offensichtlich nicht verteilt worden!)

Bitte?

(Zuruf Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU])

Na ja!

Ich habe etwas über Befriedung gesagt. Über die Düne kann man auch verschiedener Meinung sein. Ich finde es durchaus okay, zu sagen, so eine Düne dort auf dem Domshof kann nützlich sein. Ich kann auch verstehen, dass man einen Eingang zu einem Fahrradparkhaus irgendwie verstecken muss. Ich bin als Grüner dafür kritisiert worden, dass ich gesagt habe, eine Düne für ein Fahrradparkhaus möchte ich nicht haben. Da habe ich mich natürlich vorher mit dem ADFC auch ausgetauscht, und wir haben miteinander gesagt, natürlich wollen wir Abstellmöglichkeiten für den Fahrradverkehr. Es muss nur verträglich für diesen Platz sein, und wir fanden, als wir uns das angesehen haben – und da kann man verschiedener Meinung sein –, dass es nicht verträglich ist.

Es waren nicht so viele Leute aus diesem Hause bei der offiziellen Vorstellung in der Hochschule. Ich war da, meine Kollegin war auch da, und wir haben uns das angesehen. Ich habe am Anfang Striche gemacht. Es waren nicht nur die alten weißhaarigen Männer, die gesagt haben, wir wollen diese Düne nicht haben, da waren genauso junge Architektinnen mit dabei. Beim 29. Strich als Redebeitrag habe ich aufgehört. Dann kam nämlich einer, der gesagt hat: So schlimm ist das eigentlich gar nicht, aber – -. Das heißt, es gab 29 Redebeiträge, bei denen gesagt wurde, die Düne finden wir nicht gut. Das hat die Stadtgesellschaft gesagt.

Jetzt ist an der Zeit, glaube ich, zu akzeptieren, was die Stadtgesellschaft gesagt hat, was auch einige in der Politik denken, und dann eine gute Lösung hinzubekommen, und da ist diese Zweiteilung, die wir jetzt gemacht haben, vollkommen richtig: Es gibt einen planerischen Entwurf, den können wir jetzt auch nicht absagen. Das ist ja auch Teil des Verfahrens, dass wir nicht sagen können, wir machen einmal einen Restart und alles ganz neu. Nein, wir nehmen die guten Bestandteile aus diesem Entwurf, und das sind viel mehr als die schlechten Bestandteile, und das ist alles schon genannt worden.

Wir nehmen den Genusspavillon, wir nehmen die Begrünung, und wir beschäftigen uns auch damit, wie wir den Radverkehr führen. Da war ich zuerst auch skeptisch. Man muss sagen, wenn der Domshof sich entwickeln will, dann muss man sich vorstellen, dass er sich schon von den vorhandenen Funktionen, die da sind, von den vorhandenen Nutzungen vom Rand in den Domshof hineinbewegt, also ein Denken von den Funktionen, die wir an diesem Platz schon haben. Die Funktionen, die jetzt

funktionieren, das ist die Markthalle, das ist Manufactum, und ich kann mir sehr gut vorstellen, wie es schon angefangen ist, dass die Markthalle organisch in diesen Domshof hineinwächst, und dann werden irgendwann wahrscheinlich die krassesten Fahrradfahrer sagen, okay, durch die Tische durchzufahren, ist vielleicht doch keine so gute Idee,

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Ich glaube, das hält die nicht auf!)

weil sich dann nämlich die Nutzung verändert hat.

Ich finde es auch richtig, wirklich auch diesen Platz zu ordnen in Sachen des Radverkehrs, wir müssen das nur gut machen. Da gibt es einige Probleme dabei, das muss man ganz klar sagen. Ich fange einmal beim Bürgermeister an: Wenn der Radweg nämlich dann irgendwann von der Bischofsnadel bei ihm ist, dann steht da etwas im Weg, das nennt sich Rathaus, und damit der Bürgermeister nicht überfahren wird von den Radfahrerinnen, die dann da vorbeifahren, sollten wir uns gut überlegen, dass wir das sicher organisieren.

Wir haben dann eine Situation, die Haltestelle hinten am Schlüsselkorb soll verlegt werden. Das ist im Prinzip eine gute Idee. Da führt dann aber ein zweispuriger Radverkehr da entlang. Das muss man sich gut überlegen, damit es dort keine Nutzungskonflikte gibt. Dann gehen wir weiter auf die Seite der Bremer Landesbank: Was passiert da? Da gibt es jetzt Marktbeschickerinnen, die mit ihren Fahrzeugen da langfahren. Es gibt ein Parkhaus, und das heißt, wir haben da erst einmal Autoverkehr.

Ich finde das Ziel richtig, weil es logisch ist, den Radverkehr an einer Stelle zu bündeln, aber wir werden planerisch diese Sachen, die es an Problemen ganz offensichtlicher Art gibt, dort lösen müssen. Dann werden auch, glaube ich, wenn das attraktiv gestaltet wird, wenn es eine gute Führung gibt, wenn es ein Mehrwert für die Radfahrerinnen ist, sie das mitmachen, und die anderen werden spätestens dann aufhören, geradeaus zu fahren, wenn nämlich dann die Tische draußen stehen und diese Plätze dort belegt sind.

Ich wollte dann noch etwas zum Fahrradparken sagen: Ich habe überhaupt nichts dagegen, ein Fahrradparkhaus an der Stelle zu machen – überhaupt nichts! Ich finde, es sollte so viel Fahrradparken wie möglich geben, wir haben viel zu wenig Fahrradparken in dieser Stadt. Wenn Sie in die Niederlande schauen und sich fragen, wo organisieren die Niederländer das, die ja im Radverkehr nun zugegebenermaßen sehr vorbildlich sind: Wo

machen die das? Die machen das am Hauptbahnhof. Warum ist das so? Warum denken sie Fahrradparken vor allen Dingen vom Hauptbahnhof? Das sind die Umstiegspunkte der Mobilität. Das heißt, es kommt jemand mit der Bahn, der hat sein Fahrrad dort stehen und steigt um, oder es fährt jemand mit dem Fahrrad zur Bahn, stellt es dorthin und fährt mit der Bahn ganz woandershin. Aus diesem Grunde organisiert man vor allen Dingen zentral das Fahrradparken an solchen Punkten.

Wir brauchen aber trotzdem in der Innenstadt verschiedene Punkte, wo wir das Fahrradparken organisieren, dezentrale Punkte. Da ist natürlich der Domshof eine Möglichkeit, und aus dem Grund schließen wir auch nicht aus, dass wir das da organisieren können. 2 000 Plätze könnten für die Funktion an diesem Punkt eine Schwierigkeit sein. Das werden wir aber in dem zweiten Schritt miteinander klären.

Im ersten Schritt müssen wir klären: Was machen wir bis dahin mit dem Fahrradparken? Die Bremer Landesbank ist schon erwähnt worden, da wird es Fahrradparken für die Studentinnen geben. Vielleicht bekommt man das auch für andere Menschen hin. Wir haben Parkhäuser in der Nähe, Violenstraße und Katharina, das heißt, es gibt genügend Möglichkeiten, um diese dezentralen Orte zu finden, wie das Fahrradparken am Ende organisiert werden soll.

Was wir nun mit dem Bunker machen, da bin ich ganz bei Frau Leonidakis: Ich finde auch, es ist eine Chance, dass wir da einen Bunker haben. Damit kann man etwas Schönes machen, ob das ein Klub ist oder eine Zisterne, worüber ich mich freuen würde, also das heißt, dass wir das Wasser sammeln und nicht nur dafür sorgen, dass das Wasser ganz schnell von dem Platz wegkommt, das gehört auch irgendwie mit dazu, aber es ist vernünftig, darüber nachzudenken, auch von den Funktionen her zu denken. Aus dem Grund sind wir zwar vielleicht ein bisschen böse in der Koalition übereinander gewesen, das ist normal, aber wir haben jetzt, glaube ich, einen guten Weg gefunden. Wir haben eine Lösung gefunden, die wird eine Akzeptanz in der Stadtgesellschaft finden, das ist das Wichtigste jetzt, und die wird auch diesen Stadtraum schöner und besser machen.

Für den Radverkehr, das muss ich an dieser Stelle auch sagen, wird es am Ende eine Lösung geben, die nämlich tatsächlich eine Umfahrung ist, und das sind die beiden Fahrradbrücken. Natürlich, wenn der Wallring geschlossen ist, dann ist eine Möglichkeit geschaffen worden, eine Umfahrung der Innenstadt zu machen. Wir haben vorhin darüber diskutiert:

Was haben eigentlich diese beiden Fahrradbrücken für eine Funktion? Sie schließen den Wallring, sie entlasten die Wilhelm-Kaisen-Brücke, aber sie schaffen eine Umfahrung, die wir jetzt im Augenblick nicht haben, und aus dem Grund müssen wir diese Fahrradbrücken meiner Ansicht nach weiter vorantreiben und bis dahin das Fahrradparken anders organisieren.

Ich habe über das Verfahren schon ein bisschen gesprochen. Ich glaube, wir haben alle daraus gelernt, dass man vielleicht noch ein bisschen mehr hätte beteiligen können. Ich habe auch mit Leuten gesprochen, die solche Verfahren in anderen Städten gemacht haben. Ich habe ja gesagt, die Deputation ist nicht beteiligt worden. Es haben andere maßgebliche Leute gesagt, das hätten wir machen sollen. Es wäre richtig gewesen, die Deputationen zu beteiligen. Ich finde das auch, und zwar, weil es darum geht, die Stadt zu befrieden und die Stadt mitzunehmen, und ich glaube, wir haben die Chance, dass das jetzt möglich ist. Deswegen nehme ich die Schimpfe von Herrn Stahmann gern entgegen. Ich habe ihn trotzdem als einen lieben Kollegen sehr gern. Ich finde die Kritik nicht berechtigt,

(Zuruf Abgeordneter Volker Stahmann [SPD])

aber genauso, wie ich sage, dass ich sie nicht berechtigt finde, kann er sagen, dass sie berechtigt ist. Auch das ist Demokratie.

Von daher hat mir die Debatte Spaß gemacht. Für die Medien war es ein Spektakel, das habe ich noch nicht erlebt, dass wir zweieinhalb Wochen ein Thema immer nur im „Weser-Kurier“ hatten. Von daher hat es eine wirklich manchmal ausufernde Debatte in einer Demokratie gegeben, und ich freue mich, dass ich in einer Demokratie bin und dass solche Debatten möglich sind. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsidentin Christine Schnittker: Weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten liegen nicht vor.

Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Vogt.

Senatorin Kristina Vogt: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Abgeordnete und Gäste! Ich bin jetzt schon ein bisschen verwirrt über den einen oder anderen Redebeitrag, und ich möchte hier einmal etwas klarstellen: 48 Leute waren in einer Jury, es sind alle möglichen Leute beteiligt worden – übrigens auch die Legislative –, die

Einzigen, die nicht in Fachjurs sind, sind die Mitglieder des Senats, weil sie keinen politischen Einfluss auf das fachliche Verfahren nehmen sollen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das möchte ich hier einmal klarstellen!

Ich finde es auch überhaupt nicht witzig, wenn die Senatorin, die für dieses Verfahren fachlich verantwortlich ist, die Entwürfe in der Zeitung zum ersten Mal sieht, weil sie nämlich durchgestochen werden von Jurymitgliedern. Das, finde ich tatsächlich, ist einer der Gründe, warum wir über unsere Verfahren nachdenken müssen,

(Abgeordneter Piet Leidreiter [Bündnis Deutschland]: Das stimmt!)

denn das ist nicht richtig und auch für die Zukunft nicht richtig.

(Beifall DIE LINKE)

Ansonsten geht es mir so, wie es der Kollege Wagner gesagt hat, und zwar schon wesentlich früher – bevor es überhaupt ein erstes Jurytreffen gab, nämlich in dem Moment, wo wir den Auftrag hatten, den Wettbewerb auszuschreiben – habe ich versucht, in meinem Stab oder aus meiner Abteilung jemanden zu finden, der mir wettet beziehungsweise gegen mich wettet, dass aus dem zehnten Anlauf für den Domshof nichts wird, weil hinterher alles zerredet wird. Da kannte ich noch nicht einmal Entwürfe. Liebe Leute, ich habe niemanden gefunden, der gegen mich wetten wollte, weil sie alle gesagt haben: Ja, so wird es enden. Es wird irgendeinen Entwurf geben, und am Ende des Tages wird er zerredet werden.

Ich finde das wirklich bedenklich, und das hat vielleicht auch damit zu tun, warum bestimmte Büros sich an unseren Wettbewerben nicht mehr beteiligen: weil es nämlich leider in Bremen Standard ist, dass wir Verfahren haben und hinterher eine Riesenwelle und am Ende des Tages eigentlich nicht mehr viel passiert. Das kann man auch in jüngster Zeit wieder an anderen Beispielen sehen. Insofern, Herr Schäck: Ich habe hier keine Düne vehement verteidigt. Ich gebe ganz offen zu, ich finde die Düne nicht gut, habe ich auch nie gefunden. Ich habe aber verteidigt, dass dieser Domshof endlich einmal das bekommt, was er verdient, nämlich eine Modernisierung und einen Umbau, und dass nicht der zehnte Anlauf wieder zerredet wird und am Ende des Tages gar nichts passiert.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Das finde ich auch nach wie vor richtig, und im Endeffekt brauchte es nicht Ihre Aktuelle Stunde, es gibt nämlich neben der Legislative auch noch eine Exekutive. Wir haben uns ressortübergreifend in den letzten Wochen zusammengesetzt und gesagt, dass wir diese Düne nicht mehr weiterverfolgen, und ich werde auch gleich begründen, warum. Wenn wir aber eine Auseinandersetzung öffentlich führen in einer Vehemenz, wie sie in den letzten Wochen geführt worden ist – -. Nebenbei: Ich bekomme ungefähr 30, 40, 50, 60, 70, 80, 90 Briefe oder E-Mails am Tag. Alle, die sich jetzt hier öffentlich eingemischt haben – alle! -: Keiner von denen hat mich einmal persönlich angeschrieben oder angesprochen, auch nicht im letzten Jahr. Aber dazu komme ich auch gleich. Ich beiße nicht, möchte ich an dieser Stelle sagen, man hätte diese Diskussion wirklich anders führen können als öffentlich.

(Beifall DIE LINKE)

Es ist schon gesagt worden, Der städtebauliche Wettbewerb zum Domshof wurde breit mit allen Stakeholdern abgestimmt, auch übrigens mit der Denkmalpflege und auch mit der Architektenkammer. Die Wettbewerbsvorschriften der Richtlinie für die Planungswettbewerbe wurden selbstverständlich eingehalten, und wir hatten eine hochkarätig besetzte Jury, und wir müssen uns an dieser Stelle wirklich fragen, was für eine Planungskultur wir haben, wenn beinahe einstimmig gefasste Beschlüsse – und die Gegenstimme kam nicht vom Landesdenkmalpfleger – hinterher im Nachgang öffentlich derart zerredet werden und nicht im Verfahren.

Die planerischen Kriterien für die Weiterentwicklung des Domshofs, also auch die Vorgaben, die den Planungsbüros für ihre Entwürfe gemacht wurden, wurden ebenfalls – in dem Fall einmal wirklich vorher – umfangreich und ressortübergreifend abgestimmt, Frau Gröninger. Da gab es nämlich Vorgaben, und die Vorgaben beinhalteten unter anderem diese Fahrradtiefgarage unter dem Domshof mit der Begründung, dass sie im November 2019 im Verkehrsentwicklungsplan 2025 beschlossen worden sei.

Damit gab es auch eine Notwendigkeit für eine Umhausung, also einen oberirdischen Zugangsbau. Das Einzige war, nachdem ich gesagt habe, okay, ich kann diesen Fahrradbunker nicht mehr verhindern, weil wir eine

Beschlusslage haben, ich möchte da nicht auf dem Domshof einen solitären Aufzug stehen haben oder irgendeine Rampe, die die 75 Meter hineingeht, über die nachher noch Leute stolpern, also muss sie umhaust werden. Darüber haben wir uns im Senat auch geeinigt,

(Zuruf Abgeordneter Thore Schäck [FDP])

also auch da gab es eine Vorgabe.

(Vizepräsidentin Sahhanim Görgü-Philipp übernimmt den Vorsitz.)

Es gab übrigens auch die Vorgabe für einen Genusspavillon. Herr Schäck, Sie können mir gern einmal zuhören! Es gab nämlich auch die Vorgabe für einen Genusspavillon, der übrigens in Ihrer Diktion auch der „Genusspavillon von Frau Vogt“ heißen müsste, weil wir den „Mist“, wie Sie es nennen, nämlich irgendwie mit dem ganzen Open Space seit Jahren zu verantworten haben; und was Sie vorhin zitiert haben zu diesem Stahlgerüst: Das war ein Experiment mit der Frage, ist das Kunst, oder kann das schon weg,

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Kann weg!)

um in einer Zeit der Pandemie, wo die Leute die Innenstadt gemieden haben, sie die Leute in die Stadt zu holen, damit sie sich darüber den Mund zerreden, in die Stadt gehen, die Stadt nutzen, Veranstaltungen nutzen und wieder den Einzelhandel annehmen, und es war erfolgreich.

(Beifall DIE LINKE)

Es war aber nie eine Dauernutzung. Das war ein Experiment, um die Leute auf die Innenstadt neugierig zu machen und von ihrer Angst abzubringen, etwas anderes war 2021 nie angedacht, und ab 2022 hatten wir den Open Space in der jetzigen Form.

Das, was Sie uns eben erzählt haben, was Sie da wollen mit Feierabendnutzung und Feierabendmarkt, das haben wir doch die ganze Zeit gemacht! Den ganzen letzten Sommer war da Feierabendmarkt. Wir haben jeden Tag Veranstaltungen, drei Monate lang, und wir haben da einen Marktpavillon, der offensichtlich in dieser Stadtgesellschaft supergut ankommt. Wo Ihre Erfindungskraft und Ihre Vorschläge liegen, wenn Sie hier etwas erzählen, was wir eigentlich schon seit zwei Jahren machen,

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Ja, das haben wir vor drei Jahren vorgeschlagen, und das haben wir auch umgesetzt!)

dann müssten Sie sich doch auch einmal an die eigene Nase fassen, wie Sie hier auftreten.

(Beifall DIE LINKE – Zuruf Abgeordneter Thore Schäck [FDP])

Weitere Vorgaben waren die Verbreiterung des gastronomischen Angebots, also für die bestehende Gastronomie, eine bessere Lösung für die Radwegeführung über den Platz sowie neue Nutzungen und eine bessere Aufenthalts- und Verweilqualität. Das waren die planerischen Kriterien, die die Planungsbüros aufgegeben bekommen haben.

Jetzt komme ich zu einem Punkt, den ich wirklich schwierig finde, und ich mache jetzt aus meinem Herzen auch keine Mördergrube mehr, nachdem ich mir hier alle möglichen Sachen anhören musste: Schwierig war für mich in den letzten Tagen besonders die Diskussion über den möglichen Verlust des Weltkulturerbestatus, weil ich nämlich eine sehr geschichtsbewusste Person bin, und ich sage es jetzt einmal vorsichtig: Vielleicht war dem Landesdenkmalpfleger nicht ganz klar, dass es eben einen Unterschied macht in einer Abstimmung, ob man zustimmt oder ob man dagegenstimmt, wenn man so grundsätzliche Bedenken hat, denn hätte er nicht zugestimmt, dann hätte ich ganz persönlich veranlasst – und das können Sie mir glauben! –, und zwar schon im letzten Sommer, mit dem zuständigen Gremium in Paris Kontakt aufzunehmen, um das entsprechend zu klären.

(Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Pragmatisch!)

Das meine ich übrigens sehr, sehr ernst – und deswegen habe ich übrigens auch eben gesagt, ich bekomme zwischen 80 und 120 oder 150 E-Mails am Tag oder Schreiben –: Ich beiße nicht, man kann auch mit mir reden, und ich bin wirklich sachlichen Argumenten zugänglich und übrigens dafür bekannt. Aber so ist dieser Prozess wirklich nicht optimal gelaufen, und wenn hinterher alles öffentlich ausgetragen wird, dann sage ich, dass wir das an so einer zentralen Stelle in der Innenstadt bei einem so wichtigen Platz nicht noch einmal haben dürfen, und ich weiß jetzt nicht, ob wir wirklich hier das alles umsetzen, was wir uns jetzt so vorgenommen haben. Ich habe jetzt eben gehört, da gibt es auch wieder Bedenken. Ich hoffe trotzdem, dass unser Beschluss dann auch bis 2026 umgesetzt wird. Sollte

das nicht der Fall sein, dann kann ich allen, die sich jemals wieder an den Domshof wagen, nur raten, gut mit dieser Debatte umzugehen, sie sich anzusehen, denn das Verfahren war wirklich sehr schräg.

Übrigens haben wir auch mit den Geschäftsleuten im Austausch gestanden, die übrigens berechtigterweise Bedenken gegen diese Düne haben. Interessanterweise haben aber die gleichen Leute bei der einzig offiziellen Vorstellung – das war ja nicht der Bremer Stadtdialog, Herr Saxe, sondern die offizielle Vorstellung war Anfang Januar – gesagt, dass sie das eigentlich sogar ganz spannend finden, weil sie sagen, jetzt bekomme wir ja auch einmal mehr Leute in die Innenstadt, die diesen Platz dann nutzen, und eben nicht nur zum Konsum. Aber ich sage ja: Wir haben ja in Bremen so eine Kultur, einer macht „buh“, der nächste macht „buah“, und hinterher will niemand mehr etwas gewusst haben, und alle sind dagegen, und diejenigen, die einem gesagt haben, sie sind eigentlich ganz einverstanden damit, sind jetzt auch alle die Speerspitze der Gegenbewegung. Auch das erlebt man leider in Bremen sehr häufig. Deswegen bin ich auch gerade so ein bisschen emotional, weil das wirklich kein neuer Prozess ist.

Ich glaube trotzdem, dass wir einen guten gemeinsamen Weg finden werden. Die Attraktivierung des Domshofs und die Interessen der Geschäftsleute gehören für mich nämlich zusammen. Wir brauchen einen guten und attraktiven Einzelhandel und gute Gastronomie am Domshof und auf dem Domshof und gleichzeitig eine erhöhte Aufenthaltsqualität und somit übrigens auch eine höhere Frequenz von Kundinnen und Kunden für die Geschäfte.

Jetzt habe ich mich ein bisschen aufgeregt, das hat aber wirklich etwas mit dieser Debatte zu tun,

(Abgeordneter Frank Imhoff [CDU]: Emotional aufgewühlt vielleicht!)

sonst wäre ich da nicht so hineingegangen, denn das war mir jetzt hier auch alles ein bisschen zu schräg, denn letztlich gilt es ja, nach vorn zu schauen. Für mich, und ich hoffe, auch für weite Teile dieses Hauses, gilt weiterhin, dass wir den Domshof weiterentwickeln wollen und öffnen wollen, und das möglichst schnell. Wir haben verstanden, und das übrigens auch schon vor Wochen – deswegen gibt es ja die Verständigung, und deswegen sitzen meine Kollegin Frau Ünsal und der Bürgermeister übrigens auch hier –, dass das unterirdische Fahrradparkhaus und die damit verbundene Düne,

die auch als Zugang für das Fahrradparkhaus dienen soll, schwer umsetzbar sind.

Um das an dieser Stelle noch einmal deutlich zu sagen, damit es alle verstehen: Mit den Anforderungen an Barrierefreiheit ist es völlig unerheblich, ob unter dem Bunker zehn oder 100 oder 1 000 Fahrräder stehen. Man hat immer diesen Aufzug, und man hat immer diese 75 Meter lange Rampe, die meines Erachtens auf dem Domshof stören,

(Zuruf Abgeordnete Dr. Maike Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen])

und ich habe das übrigens auch schon immer gesagt. Sei's drum! Wir werden den Teil mit allen Beteiligten noch einmal erörtern.

Wir wollen aber trotzdem, weil das mit dem Parkhaus nämlich nicht so schnell zu klären ist und wir keine Düne wollen, mit der Um- und Neugestaltung des Domshofs beginnen und dabei auch die Aufenthaltsqualität erhöhen, und ja, es ist uns auch wichtig, dass weiterhin damit auch die Bedarfe derjenigen abgedeckt werden, die einen eher kleinen Geldbeutel haben. Wir brauchen deswegen auch attraktive konsumfreie Zonen, die waren nämlich ursprünglich auf der Düne angedacht, und dafür müssen wir jetzt auf jeden Fall Lösungen finden.

(Beifall DIE LINKE – Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Ein bisschen schwach! Selbst in den Reihen der LINKEN!)

Um das klarzumachen: Wir brauchen jetzt eine Alternative dafür, denn natürlich kann Konsumfreiheit nicht vor einer Gastronomie stattfinden, die davon ihren Lebensunterhalt oder ihren Umsatz bestreitet, und wenn wir die Düne nicht machen, brauchen wir dafür Lösungen.

Es ist auch wichtig, dass wir bis zum Tag der Deutschen Einheit 2026, der in Bremen stattfinden wird, die Veränderungen sichtbar haben, und dazu gehört für mich, unter Verzicht auf die Düne die anderen Bestandteile umzusetzen, und zwar sehr schnell, und zwar alles, was nichts mit dem Fahrradparkhaus zu tun hat. Für mich steht dabei der Genusspavillon im Fokus. In den letzten Jahren haben wir mit der Gastronomie wie auf dem Domshof und auf dem Open Space gezeigt, welche Potenziale dieser Platz mitten im Herzen unserer Stadt haben kann, und das gilt sowohl für den gemütlichen Wein, den man da trinken kann, aber eben auch für die

kostenfreien Veranstaltungen, die wir gemacht haben, bis hin zu großen Partys mit elektronischer Musik.

(Abgeordneter Frank Imhoff [CDU]: Das war übrigens gar nicht schlecht! Ich war auch da!)

Das war super! Da war der Domshof voll, und zwar auch ohne Public Viewing.

Ich glaube, dass diese Mischung unserer Innenstadt gut zu Gesicht steht, übrigens auch für die bestehenden Einzelhändler und den Rest der gastronomischen Betriebe, die wir hier noch haben, und der Genusspavillon ist für mich deswegen ein sehr zentraler Baustein, um mehr Belebung und Aufenthaltsqualität auf den Domshof zu bringen. Und – jetzt kommt mein „und“ – damit das gelingen kann, ist es wichtig, dass der Genusspavillon eine Dimension hat, die einen dauerhaften und vor allen Dingen auch wirtschaftlichen Betrieb auch im Winter ermöglicht oder eben ein anderes Konzept hat, denn wir möchten, dass der zukünftige Pächter, das kann ja nicht auf Dauer die Stadt machen, und im Moment macht es ja mein Ressort beziehungsweise die M3B und der Ratskeller im Auftrag unseres Ressorts, hier einen echten Business Case hat, der keine dauerhafte Subventionierung durch den Staat notwendig macht. Das ist uns als Wirtschaftsressort ganz wichtig, und ich glaube auch, dass dieses Ziel im Sinne aller ist. Das widerspricht übrigens nicht der Tatsache, dass wir da auch konsumfreie Aufenthaltsmöglichkeiten brauchen.

Für die Fahrradstellplätze werden wir in der Zwischenzeit ergebnisoffen prüfen, welcher Platz da am besten geeignet ist. Klar ist, dass wir mehr Stellplätze in der Innenstadt brauchen, auch am Domshof. Ich bin da ehrlich gesagt offen, ich glaube nämlich, es gibt auch um den Domshof herum Immobilien, die grundsätzlich in der Lage wären, Fahrradstellplätze zu beherbergen, und wir sollten hier in einen Prüfprozess einsteigen, um zu sehen, welche Möglichkeiten wir haben, aber das ist dann eher die längerfristige Geschichte.

Ich finde es übrigens auch wichtig, dass wir den Bunker nutzen und die Potenziale erkennen. Ich habe vor einiger Zeit einmal vorgeschlagen, unter dem Domshof einen Klub anzusiedeln. Eine Zeitung hat daraus in der Schlagzeile gemacht: „Vogt will Disco unterm Domshof.“ Ehrlich gesagt auch keine neue Idee, denn es gab da schon einmal eine Disco,

(Abgeordneter Frank Imhoff [CDU]: Da war ich übrigens auch schon! –
Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Sie sind ja ein richtiges Partytier! –
Zurufe)

die Älteren von uns erinnern sich, und ich glaube – -. Nein, das ist wichtig!

(Zurufe Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU] und Abgeordneter Mustafa
Güngör [SPD])

Herr Güngör, das ist tatsächlich wichtig, denn im Zusammenhang mit der
Ansiedlung der Uni im Nord-LB-Gebäude hat das einen gewissen Charme,
wenn wir über eine solche Nutzung des Domshofs nachdenken, denn wir
wollen ja auch, dass Studierende in der Innenstadt bleiben und nicht direkt
nach Hause gehen.

(Beifall DIE LINKE)

Grundsätzlich ist es für mich aber zentral, dass wir endlich loslegen, dass
wir nicht weiter in der Öffentlichkeit reden, dass wir über unsere Verfahren
nachdenken. Ich möchte so etwas ehrlich gesagt nicht noch einmal erleben,
weder für mich noch für irgendwelche Leute, die das in zehn Jahren
machen, und ich möchte, dass wir bestimmte Sachen auch ernst nehmen.
Ernst nehmen heißt auch eine Verantwortung für die Weiterentwicklung der
Innenstadt unter Wahrung des Weltkulturerbes, und da kann es nicht
angehen, dass wir ein einjähriges Verfahren haben und erst nach
Veröffentlichung der ersten Pläne, wo übrigens ganz viele der hier
Anwesenden nicht einmal anwesend waren, hinterher über die Medien
anfangen, darüber zu reden. Das ist die Innenstadt nicht wert, und da sind
wir, wenn wir das in Bremen weitermachen, auch irgendwann einmal selbst
daran schuld, wenn wir hier keinen Fleck weiterkommen. – Danke schön!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sahhanim Görgü-Philipp: Als nächste Rednerin hat das
Wort die Abgeordnete Theresa Gröninger.

Abgeordnete Theresa Gröninger (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Lang und spannend, das ist
der heutige Nachmittag. Ich glaube, wir müssen uns eines bewusst machen,
und das zeigt die Debatte, die wir heute führen: Der Domshof liegt nicht nur
in der Mitte der Innenstadt, er ist Teil der bremischen Seele, und deswegen

ist es gut und richtig, dass wir schlechte Ideen nicht stillschweigend akzeptieren.

(Beifall CDU)

Ich habe nicht das Verfahren kritisiert, ich habe auch nicht kritisiert, dass sich da eingemischt wurde. Was ich kritisiert habe, waren die Annahmen, die hineingegossen wurden in das Verfahren, die nicht dazu geführt haben, dass wir am Ende ein gutes Ergebnis erzielt haben. Das meinte ich mit der Qualität von Ausschreibung. Dass das Verfahren richtig gelaufen ist, das setze ich voraus, und was ich auch sagen muss, ist: Natürlich gibt es führende senatorische Stellen, Ressorts, die sich mit der Frage beschäftigen, aber wofür haben wir denn das Projektbüro Innenstadt, das mittlerweile wieder dem Rathaus angehörig ist, das die Innenstadt zur Chefsache gemacht hat? Ich glaube, dann müssen wir doch einfach auch einmal akzeptieren, dass die Führung in den Innenstadtfragen abgegeben wurde, und dazu habe ich heute noch gar nichts gehört.

(Beifall CDU)

Ich werde auch wirklich, wirklich müde, wenn man uns als CDU immer als die Gestrigen, die Verhinderer von Fortschritt darstellen möchte, denn das sind wir nicht. Ich habe gerade deutlich gesagt, wir können die einzelnen Fragen durchgehen: Wir sind uns bei dem Thema, wir müssen den Domshof modernisieren, absolut einig. Der Genusspavillon ist erprobt, den finden wir eine richtig gute Sache. Dass der Markt neu geordnet werden muss: auf jeden Fall! Gern möchten wir teilmobile Bauten. Wir möchten mehr Gastronomie, und wir möchten die Gastronomie, damit vor Ort Konsum stattfinden kann, aber auch, dass kein Konsum stattfinden kann. Jetzt müssen wir uns aber ja nichts vormachen: Wenn ich in der Innenstadt nicht konsumieren möchte, sondern meine eigenen Getränke dabei habe, dafür fahre ich nicht in die Innenstadt, dafür fahre ich zum Osterdeich.

(Beifall CDU – Zuruf SPD)

Wenn wir weitermachen: Beim Radweg habe ich gesagt, wir sind gespannt, bei der Düne sind wir raus. Bei der Disco unter dem Domshof – ich weiß gar nicht, ob ich es öffentlich machen kann –: Der Kollege Jonitz wäre heute nicht hier, wenn es das „Delight“ nicht gegeben hätte.

(Heiterkeit CDU – Zuruf)

Seine Eltern haben sich da kennengelernt und geheiratet.

(Heiterkeit CDU – Zuruf)

Ich glaube, dass wir da auch gern darüber reden, denn – und das ist auch ein Problem – wir haben eben keine Discos mehr. Wir haben eine gut laufende funktionierende Disco, das ist aber zu wenig, und das ist kein junges attraktives Angebot, um mehr Studenten in die Stadt zu locken.

(Beifall CDU)

Frau Leonidakis, Sie haben es gesagt: Der Domshof ist die Aorta für Bremens gute Stube, also wird es doch Zeit, dass wir den Defibrillator ansetzen, dass wir jetzt gemeinschaftlich zusehen, dass wir die Pläne, die wir haben, die Ideen, die hier im Raum stehen – –. Wir sprechen am Ende alle über das Gleiche, nur die Düne fanden wir alle irgendwie nicht so gelungen. Das heißt, das müssen wir jetzt umsetzen, und dann können wir sehen am Tag der Deutschen Einheit, ob es so klappt, ob die Leute hierherkommen und ob es den Bürgerinnen und Bürgern, den Touristen von Bremen und umzu gefällt.

Ich werde wirklich müde, wenn man uns immer vorwirft, dass wir etwas verhindern wollen. Dass wir bessere Ideen haben – und das hätte ich gern eigentlich morgen in der Debatte über die Websites gesagt –: Wenn man heutzutage www.Senatbovenschulte.de in seine Browserleiste eingibt, dann landet man auf der Seite der CDU-Fraktion, weil wir eben die besseren Ideen haben. – Vielen Dank!

(Beifall CDU – Zuruf Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen])

Vizepräsidentin Sahhanim Görgü-Philipp: Weitere Wortmeldungen zu diesem Thema liegen nicht vor.

Damit ist das erste Thema der Aktuellen Stunde beendet.

Bevor ich zum zweiten Thema der Aktuellen Stunde komme, gebe ich Ihnen noch einmal die Restredezeiten bekannt: Die CDU hat noch 19 Minuten und 23 Sekunden, die SPD 15 Minuten und 45 Sekunden, Bündnis 90/Die Grünen 12 Minuten und 40 Sekunden, DIE LINKE 13 Minuten und 8 Sekunden, Bündnis Deutschland 16 Minuten und 57 Sekunden, die FDP 15 Minuten und 39 Sekunden.

Wir kommen jetzt zum zweiten Thema der Aktuellen Stunde:

Welchen Plan hat Senatorin Aulepp für den Verein Stadtteil-Schule?

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Yvonne Averwesser.

Abgeordnete Yvonne Averwesser (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Nach dieser lebhaften Debatte ist es natürlich ein bisschen schwer, anzuschließen, aber ich gebe mir allergrößte Mühe, dass wir da auch hinkommen im Stimmungspegel.

Die CDU-Fraktion hat am Freitag diese Aktuelle Stunde mit dem Titel – in dem Sinne schließen wir quasi an das an, was eben diskutiert wurde – „Welchen Plan hat Senatorin Aulepp für den Verein Stadtteil-Schule?“ eingebracht. Auslöser hierfür war die Mail des Betriebsratsvorsitzenden der Stadtteil-Schule e. V. an alle Bildungsdeputierten der Stadtgemeinde Bremen vom 29. Februar 2024, in der stand, dass die Geschäftsleitung des Vereins den Betriebsrat darüber informierte, dass die senatorische Behörde den Kooperationsvertrag mit der Stadtteil-Schule zum 31. Juli 2024 kündigen wolle.

Um die Tragweite diese Aussage nachvollziehen zu können, müssen Sie wissen, dass diese Kooperation vor 20 Jahren zwischen dem Verein und der senatorischen Behörde abgeschlossen wurde, um damals schon als ergänzende Maßnahme zur Unterrichtsvertretung und mit ergänzenden Fördermaßnahmen bei Kindern mit nichtdeutscher Herkunftssprache sowie im Bereich der Lese- und Rechtschreibschwäche zu fungieren. Seitdem entwickelte sich jedoch die wichtigste Aufgabe des Vereins dahin gehend, Vertretungskräfte sowohl für allgemein- als auch berufsbildende Schulen zur Verfügung zu stellen.

Im September 2021 waren es rund 211 Vollzeitstellen und 5 600 Lehrerwochenstunden, die allein durch Personal der Stadtteil-Schule abgedeckt wurden. Der Betriebsratsvorsitzende spricht in seiner Mail aktuell von 6 500 Lehrerwochenstunden, was ungefähr 245 Vollzeitstellen entspricht, und schon seit 2011 beziehungsweise 2012 befindet sich

Bremen zunehmend in der Situation, die den Schulbetrieb ohne den Einsatz der Leiharbeiter der Stadtteil-Schule nicht mehr aufrechterhalten lässt.

Meine Damen und Herren, schon damals hätten die Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um zusätzliche Lehrkräfte auszubilden. Stattdessen wurde dieses fragwürdige Konstrukt der Leiharbeit unter SPD-Führung immer größer, und nicht nur die Zahl der Leiharbeiterverhältnisse stieg ständig: Parallel stieg selbstverständlich auch die Höhe der benötigten Finanzmittel, die bis heute immer noch in Form von Zuwendungen in Millionenhöhe von der senatorischen Behörde an den Verein fließen. So wuchs laut Rechnungshof das Volumen der Zuwendungen des Bildungsressorts an die Stadtteilschule von 2015 mit 6,8 Euro Millionen Euro auf rund 15 Millionen Euro im Jahr 2020, also auf knapp das Doppelte, und das Volumen ist sicherlich nicht weniger geworden: Durch das Aufdecken der schwarzen Kassen in Höhe von neun Millionen Euro im Sommer 2021 offenbarte sich eher das jahrelange behördliche Versagen, gepaart mit persönlichen Verfehlungen bei der Kontrolle der Finanzen des Vereins.

(Beifall CDU)

Spätestens dieser Skandal machte deutlich, dass die bisherigen Strukturen in diesem Verein eigentlich nicht mehr tragen. Doch entgegen allen Hinweisen und Bedenken des Rechnungshofs und uns, der CDU-Fraktion, blieben die Behörde, der Senat Bovenschulte und die Koalition trotz aller offensichtlichen Schwächen beharrlich bei der herkömmlichen Struktur und Finanzierung.

Was wir heute im „Weser-Kurier“ lesen können, bestätigt die Vermutung, die wir bei der CDU schon lange haben: dass das Haushaltsreferat der Bildungsbehörde auch nach Auffliegen der schwarzen Kassen vor drei Jahren bei Weitem noch nicht so gut aufgestellt ist, dass sich weitere Fehler bei der Gewährung der finanziellen Mittel durch Zuwendungen ausschließen ließen.

(Beifall CDU)

Das erst einmal zur Einordnung!

Doch wie ist die aktuelle Lage? Wir haben es mit einem Verein zu tun, der unerlässlich ist für eine wenigstens einigermaßen auskömmliche Unterrichtsversorgung eines zunehmend destabilisierten Schulbetriebs.

(Beifall CDU)

Dieser Verein befindet sich seit Jahrzehnten im Bereich der ständig ansteigenden Leiharbeit sowie einer Behörde, die bei der Wahrnehmung ihrer originären Aufgabe, nämlich einen verlässlichen Schulbetrieb aufrechtzuerhalten, um ihrem Bildungsauftrag nachkommen zu können, von diesem Verein abhängig ist und ihn gleichzeitig in der bisherigen Struktur jedoch nur mangelhaft kontrollieren kann. Vor diesem Hintergrund ist es aus Sicht der CDU ein längst überfälliger Schritt, das Thema Bereitstellung von Vertretungskräften durch die Stadtteilschule von Grund auf neu zu strukturieren.

Ein rechtlich einwandfreies transparentes Verfahren mit hohem Aufwand und ordnungsgemäßer Abwicklung für die Anträge der Stadtteil-Schule muss erstellt werden. Das bedeutet aus unserer Sicht auch, dass alle zugehörigen Beschäftigten in die Dienst- und Fachaufsicht der Senatorin für Kinder und Bildung zu überführen sind, es ist seit 2022 kein Geheimnis, dass wir uns dies in Form eines Eigenbetriebs oder einer GmbH, vergleichbar mit KiTa Bremen, vorstellen können. Doch das Überführen solcher Strukturen und Aufgaben braucht ausreichend Zeit, um den laufenden Schulbetrieb nicht zu gefährden. Es muss deswegen gut vorbereitet und professionell durchgeführt und noch besser kommuniziert werden.

Doch wie verfahren die zuständige SPD-Senatorin und ihre Behörde in diesem Fall? Die Behörde kündigt nun plötzlich ohne Vorwarnung im Februar 2024 zum 31. Juli 2024 – das ist quasi der letzte Ferientag – die über 20 Jahre alte Kooperation.

(Abgeordnete Miriam Strunge [DIE LINKE]: Das ist doch Quatsch!)

Von Souveränität und inhaltlicher Überzeugungskraft und Professionalität weit entfernt rudert sie nur einen Tag, nachdem der Betriebsrat diese Veränderung durch die Kündigung öffentlich macht, zurück. Im „Weser-Kurier“ wird nun von einem Dementi gesprochen und gleichzeitig Gesprächsbedarf angekündigt. Ja, was denn nun? Kündigung oder

Dementi? Alte Strukturen oder neue Strukturen? Nichts von all dem ist beim Vorgehen klar.

(Beifall CDU)

Mit Blick auf die Situation: Wie unsensibel, um nicht zu sagen amateurhaft, kann man in Zeiten dramatischen Lehrkräftemangels, ständig steigenden Unterrichtsausfalls und schwindender Attraktivität des Lehrerberufs mit den Themen Erhalt von Unterrichtsversorgung, Erhalt von hier 40 Arbeitsplätzen, verlässlichem Umgang mit rund 600 Leiharbeitsverhältnissen, Entlastung von Lehrerkolleginnen, verlässlicher Unterrichtsplanung sowie verlässlicher Planung ergänzender Sprachförderung sowie Lese- und Rechtschreibförderung umgehen, Frau Senatorin Aulepp?

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, es geht hier nicht allein um die zukünftigen Strukturen der Stadtteil-Schule: Von diesem Verein hängt derzeit in erheblichem Maße die Unterrichtsversorgung und Planungssicherheit von rund 150 Schulen in Bremen ab. Es geht um zuverlässige Zusammenarbeit und belastbare Aussagen, um Planungssicherheit im gesamten Schulbetrieb der Stadt Bremen, und es geht um Wertschätzung.

(Beifall CDU)

Vor diesem Hintergrund frage ich Sie, Frau Senatorin Aulepp: Was ist Ihr Plan für die Zukunft der Stadtteil-Schule und die damit verbundenen Aufgaben? – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sahhanim Görgü-Philipp: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Falko Bries.

Abgeordneter Falko Bries (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste! Warum eine Aktuelle Stunde, wenn die CDU zum Thema bereits eine Frage in der Fragestunde gestellt hat und ein gemeinsamer Gesprächstermin mit dem Betriebsrat der Stadtteil-Schule und den bildungspolitischen Sprechern – übrigens auch der CDU! – längst für den 10. April vereinbart ist?

(Beifall SPD – Zuruf)

Cool, nicht?

(Abgeordneter Frank Imhoff [CDU]: Unsere Rechte nehmen Sie uns nicht!)

Aus der Beantwortung auf die Frage in der Fragestunde geht klar hervor, dass die Arbeit der Stadtteil-Schule für die Sicherung der Unterrichtsversorgung aus Sicht der Senatorin unerlässlich ist. Die Senatorin hat unmissverständlich erklärt, dass der Kooperationsvertrag mit der Stadtteil-Schule nicht gekündigt wurde und auch keine diesbezüglichen Pläne bestehen. Diese klare Positionierung ist von großer Bedeutung, da sie zeigt, dass die Stadtteilschulen in Bremen weiterhin einen wichtigen Platz im Bildungssystem einnehmen. Dieser Auffassung stimmen wir natürlich vollkommen zu.

So hat das Ressort keineswegs vor, die Zusammenarbeit mit der Stadtteil-Schule zu beenden oder aber die Mittel zu kürzen. Bisher allerdings erfolgt die Kooperation auf der Basis von Zuwendungsbescheiden und Verwendungsnachweisen. Da der bisherige Vertrag bereits 20 Jahre alt ist und sich die Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit inzwischen verändert haben, gilt es nun, die Kooperation mit der Stadtteil-Schule weiterzuentwickeln und darum, die Finanzierung auf anderer Grundlage rechtssicher aufzustellen.

Abschließend möchte ich betonen, wie wichtig es ist, dass wir die Stadtteil-Schule in Bremen weiterhin unterstützen, denn sie leistet einen wertvollen Beitrag für unsere Schulen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! Mehr muss man dazu nicht sagen!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sahhanim Görgü-Philipp: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Holger Fricke.

Abgeordneter Holger Fricke (Bündnis Deutschland): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Gäste! Der Verein Stadtteil-Schule war einst der hilfreiche Einstieg für junge Pädagogen. Sie hatten ihr Studium abgeschlossen, warteten auf ein Referendariat oder auf eine feste Anstellung an einer Bremer Schule. Die jungen Lehrerinnen und Lehrer sind bis heute die Feuerwehr für Schulen, die kurzfristig auf Personal angewiesen sind. Laut Bildungsbehörde decken rund 600 Beschäftigte der Stadtteil-Schule 4,7 Prozent der Bremer Unterrichtsversorgung ab.

Traurige Berühmtheit erlangte der Verein Stadtteil-Schule, als herauskam, dass das Bildungsressort dort Millionenbeträge geparkt hatte. In der Bremer Presse berichteten die Kollegen bereits von schwarzen Kassen. Heute sind die Stadtteilschulen wichtig, um Pädagogen mit Flüchtlingsvita an die geflüchteten Schülerinnen und Schüler zu bringen. Bisher gibt es in Bremen drei Willkommenschulen für Kinder von Geflüchteten und Zuwandererfamilien. Sie werden zum Teil von den Stadtteilschulen mit Mitarbeitern unterstützt. Die Kinder sollen an den Spezialschulen zunächst die Sprache lernen und später zu regulären Schulen wechseln.

Eine vierte Willkommenschule ist in Bremen-Nord geplant. Sie ist als Schule für Kinder aus verschiedenen Ländern konzipiert. Die neuen Schüler kommen teils aus der Ukraine, aber auch aus Syrien, der Türkei, Russland und Afghanistan. Die Kinder und Jugendlichen sollen Deutsch als gemeinsame Sprache lernen. Die Sprachanfängerklassen, die man künftig hier aufmacht, würden also als Klassen für Kinder gemischter Herkunft gegründet.

Doch die Wahrheit sieht im Moment leider anders aus: Rund 500 Kinder und Jugendliche in den Bremer Flüchtlingsunterkünften haben zurzeit keine Möglichkeit, unterrichtet zu werden. Es fehlen Pädagogen, es fehlen Unterrichtsräume. Schulpflicht steht für die Betroffenen häufig nur auf dem Papier.

Uwe Eisenhut vom Fachbereich Asyl bei der AWO Bremen sagte gegenüber dem „Weser-Kurier“ dass es enorm wichtig wäre, die deutsche Sprache so früh wie möglich an die Kinder heranzubringen. Er spricht von vergeudeter Zeit, denn viele Eltern in den Erstaufnahmeeinrichtungen drängen vehement auf Unterricht für ihre Kinder. Mit der Situation ist inzwischen auch der Verein Stadtteil-Schule komplett überfordert. Es gibt zu wenig Pädagogen, die diese Misere auffangen. Ausgebildete Lehrer werden nach ihrem Studium umgehend von den Schulen abgeworben, oder noch schlimmer: Sie wandern ab ins niedersächsische Umland, weil dort die Arbeitsbedingungen besser sind.

Die Schulsituation hat sich seit der Gründung der Stadtteil-Schule extrem geändert. Als Auffangstation für angehende Pädagogen hat der Verein seinen Zweck quasi verloren, ebenso als Feuerwehr für Schulen, die kurzfristig Personal benötigen. Dieses Personal gibt es inzwischen nicht mehr. Das holen sich die Schulen direkt vom Arbeitsmarkt ab, und auch dort ist es inzwischen total knapp.

Es ist kein Geheimnis, dass wir an den Schulen einen immer größeren Fachkräftemangel haben. Wir als Bündnis Deutschland sind eine bürgerlich-konservative Partei, doch Verbesserungen gegenüber sind wir durchaus aufgeschlossen. Der Verein Stadtteil-Schule muss auch aufgrund eines immer bedrohlicheren Fachkräftemangels neu überdacht und gegebenenfalls reformiert werden für eine sinnvolle Zukunft der betroffenen Mitarbeiter und ihrer Schülerinnen und Schüler. – Meine Damen und Herren, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis Deutschland)

Vizepräsidentin Sahhanim Görgü-Philipp: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Miriam Strunge.

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir debattieren heute in der Aktuelle Stunde das Thema „Welchen Plan hat Senatorin Aulepp für den Verein Stadtteil-Schule?“. Ich finde ja, die Überschrift „viel Lärm um nichts“ wäre eigentlich deutlich passender. Die Abwicklung der Stadtteil-Schule ist nicht geplant, das zeigt die Antwort des Senats zur Anfrage der CDU in der Fragestunde eindeutig, wie das auch mein Kollege Herr Bries hier eben schon dargestellt hat. Das hat die CDU anscheinend auch mitbekommen und fragt deswegen auch offener: Welchen Plan hat denn die Senatorin für die Stadtteil-Schule?

Ich finde, das ist eigentlich eine ziemlich gute Überschrift für eine Berichtsbitte in der Deputation für Kinder und Bildung, und da könnte man dieses Thema auch sehr gut diskutieren. Warum das aber an dieser Stelle hier so heiß gekocht wird, dass wir in einer Aktuellen Stunde darüber beraten, das kann ich wirklich nicht nachvollziehen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich kann Ihnen auch jetzt schon sagen, dass ich meine 13 Minuten Redezeit nicht werde ausfüllen können, weil ich gar nicht so viel sagen kann.

Worüber reden wir denn hier eigentlich genau? Es gab anscheinend ein Gespräch zwischen der Senatorin für Kinder und Bildung und der Stadtteil-Schule, und in diesem Gespräch hat es offensichtlich Kommunikationsprobleme gegeben. Ich weiß nicht, ob man das jetzt

erklären will mit dem Modell „vier Seiten einer Nachricht“ von Schulz von Thun, oder ob man auf andere Modelle zurückgreift. Es gab auf jeden Fall ein Kommunikationsproblem auf der Sachebene, denn die einen haben wohl verstanden, dass die Stadtteil-Schule geschlossen wird, und die anderen sagen, das hätten sie weder gesagt, noch wäre das intendiert, noch wäre das politisch gewollt. Wo das Kommunikationsproblem jetzt genau lag, das kann ich nicht ergründen. Ich kann mich nur mit den Fakten auseinandersetzen, und die besagen, die Senatorin will die Stadtteil-Schule nicht auflösen.

Es gibt keinen aktuellen Plan, an dem Modell der Stadtteil-Schule etwas Grundsätzliches zu verändern. Die Stadtteil-Schule ist derzeit notwendig, um die Unterrichtsversorgung zu gewährleisten. Die Kooperation zwischen der Stadtteil-Schule und der Behörde ist 20 Jahre alt, und der Vertrag soll überarbeitet werden. Außerdem höre ich, dass bei der Mittelverwendung genau hingeschaut wurde. Angesichts der enormen Versäumnisse bei der Mittelzuwendung in der Vergangenheit erwarten wir doch alle gerade von der Senatorin für Kinder und Bildung, bei der Stadtteil-Schule ganz besonders genau hinzuschauen und hier eine richtige Abrechnung und Dokumentation für den Mitteleinsatz zu verlangen. Wäre das nicht der Fall, dann würde doch die Opposition auf die Barrikaden gehen, und da sage ich Ihnen auch, natürlich zu Recht. Aber deshalb finde ich es eben gerade richtig, dass die Behörde jetzt eine aktivere Rolle hier gegenüber der Stadtteil-Schule einnimmt,

(Beifall DIE LINKE, SPD)

und ich finde es auch wichtig und richtig, dass man das Vertragswerk mit der Stadtteil-Schule nach über 20 Jahren auch einmal überarbeitet.

Wenn wir jetzt ganz grundsätzlich über die Stadtteil-Schule sprechen – denn ich habe ja noch zehn Minuten Redezeit –, dann kann ich Ihnen sagen, dass auch wir, DIE LINKE, die Arbeit der Stadtteil-Schule aktuell für unverzichtbar halten. Etwa 180 Vollzeitstellen sind es gerade in der Stadt Bremen, das sind zumindest meine aktuellen Zahlen, und der Unterricht an den Bremer Schulen wird eben auch über diese Vertretung durch die Stadtteil-Schule abgesichert. Das wird auch noch in den kommenden Schuljahren nötig sein, und es wird sich an diesem Plan, glaube ich, in naher Zukunft erst einmal nichts ändern.

Allerdings sehen wir es aus linker Perspektive generell kritisch, dass im öffentlichen Dienst mit Leiharbeit gearbeitet wird,

(Abgeordnete Yvonne Averwesser [CDU]: Na, herzlichen Glückwunsch!)

und unser Anspruch, generell ohne sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Dienst auszukommen, wird natürlich durch die Stadtteil-Schule torpediert. Deswegen haben wir selbstverständlich die Erwartung, dass wir mittelfristig gesehen so viel Personal ausbilden, dass der Einsatz von Studierenden gar nicht mehr notwendig ist. Das ist natürlich Zukunftsmusik, und an dieser Stelle stehen wir gerade nicht. Ich glaube aber, dass eine Bestandsgarantie für die Stadtteil-Schule bis in alle Ewigkeit hier auch nicht das richtige Mittel der Wahl ist. Ich kann mir auch durchaus vorstellen, dass die Studierenden, wenn sie denn benötigt werden, auch direkt bei der Senatorin für Kinder und Bildung angestellt werden.

Für die Zukunft fände ich es wirklich sinnvoll, wenn die CDU sich erst einmal besser informiert. Dass Sie hier sagen, es wurde gekündigt und dann zurückgezogen, halte ich jetzt erst einmal für eine mutige Unterstellung, mir ist das ganz anders zugetragen worden. Nicht jedes Gerücht, das man hört, ist dann eben auch so die Wahrheit, und ich glaube, dass es wichtig ist, immer mehrere Quellen zu prüfen, bevor man eine Aktuelle Stunde einberuft zu einem Thema, das eigentlich nicht viel mehr ist als heiße Luft. – Danke schön!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sahhanim Görgü-Philipp: Als nächste Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich sehe, die Zahl der angebrochenen Gläser hier oben häuft sich, ich stelle meins auch noch gleich oben dazu. Wir reden über den Verein Stadtteil-Schule, der seit 30 Jahren als Personaldienstleister quasi der Bildungsbehörde dient und die Funktion hat, dass Studenten, die einen Bachelorabschluss vorweisen können, schon an Bremer Schulen unterrichten dürfen. Das hat zwei Vorteile: Der erste Vorteil ist, den Studenten wird die Möglichkeit geboten, erste Berufserfahrungen in der Praxis zu sammeln. Sie können das, was sie im Studium theoretisch gelernt haben, direkt in der Praxis anwenden und werden sogar noch dafür vergütet, verdienen ihr eigenes Geld.

Die zweite Funktion ist die Entlastung des Schulsystems. Zu Beginn des aktuellen Schuljahres 2023/2024 fehlten laut Bildungsbehörde ganze 86 Lehrkräfte hier bei uns in Bremen an allgemeinbildenden Schulen, und was wie eine abstrakte Zahl klingt, bedeutet in der Realität oft zu große Klassen, es bedeutet Unterrichtsausfall, und es bedeutet vor allem auch, dass Schüler, die einen individuellen Betreuungsaufwand haben, die eine individuellere Betreuung brauchen, diese eben nicht erhalten können.

Es ist kein Geheimnis, dass unsere Lehrkräfte in Bremen überfordert und überlastet sind, und ich kann das verstehen, denn unsere Schulen sind personell schlichtweg unterversorgt, nach wie vor. Das darf so nicht bleiben, weder für die Lehrer noch für die Schüler. Das muss besser werden, und da brauchen wir dringend Entlastung.

(Beifall FDP – Präsidentin Antje Grotheer übernimmt wieder den Vorsitz.)

Ein möglicher Baustein – natürlich keine allgemeingültige Lösung, aber ein möglicher Baustein – ist dafür der Verein Stadtteil-Schule. Mehr als 6 500 Unterrichtsstunden werden durch das Personal der Stadtteil-Schule übernommen, und zwar pro Woche. Das sind 26 000 Schulstunden im Monat. Das sind also 26 000 Schulstunden, die ohne den Verein Stadtteil-Schule irgendwie anders von unserem Schulsystem aufgefangen werden müssten, und anstatt dieser wichtigen Institution die Sicherheit zu verschaffen, wie es weitergeht, wurde dieser Institution der Eindruck vermittelt, dass der Vertrag gekündigt und die Zusammenarbeit beendet werden soll.

Wir können natürlich jetzt breit darüber diskutieren, wo da in der Kommunikation etwas schiefgelaufen ist, wer etwas falsch verstanden hat oder etwas falsch kommuniziert hat. Aber dass das dort so angekommen ist – und das heißt, der Vertrag würde in wenigen Monaten auslaufen –, das ist verheerend, und das geht ja so weit, dass der Betriebsrat dann einen Brief geschrieben hat mit dem Appell, dass die Stadtteil-Schule unbedingt erhalten bleiben soll, dass endlich auch einmal klar wird, wie es eigentlich weitergeht, und er fordert ja in diesem Brief auch selbst strukturelle Reformen ein.

Wer sich jetzt wiederum den Haushaltsentwurf anschaut und sich aufmerksam durchliest, der bemerkt, dass für dieses und für nächstes Jahr jeweils rund eine halbe Million Euro im Haushalt für die Stadtteil-Schule angesetzt sind und Sie ja offenbar doch weiterhin mit der Stadtteil-Schule

planen, aber das irgendwie anders kommuniziert haben, und das zeigt uns noch einmal: In der Bildungsbehörde geht es wieder drunter und drüber. Das ist kein guter Politikstil, und das ist genau der Politikstil, den wir eben in der Aktuellen Stunde schon kritisiert haben: Es ist ein Hin und Her, keiner weiß, woran er ist, und das sorgt für Unsicherheit, und genau diese Unsicherheit können wir insbesondere im Bremer Bildungssystem gerade wirklich nicht gebrauchen.

(Beifall FDP)

Gerade durch die Überlastung der Lehrkräfte einerseits, aber auch durch die unnötigerweise verursachte permanente Unsicherheit gewinnen wir eben keine neuen Lehrkräfte, sondern wir verlieren im Zweifelsfall auch noch dringend benötigtes Personal aus dem System Schule, und jede Lehrkraft, die das System Schule verlässt, ist eine Lehrkraft zu viel. Alles, was Sie jetzt tun und allein, dass es die Notwendigkeit einer Aktuellen Stunde gibt, dass die CDU-Fraktion die Notwendigkeit sieht, eine Aktuelle Stunde einzureichen zu eben der Frage, wie konnte es eigentlich passieren, dass der Verein Stadtteil-Schule dachte, er wird in ein paar Monaten zugemacht, während Sie Geld einplanen, das zeugt doch noch einmal davon, dass alles, was Sie im Moment tun, dem Ziel, Planbarkeit und Sicherheit ins Schulsystem zu bringen, komplett widerspricht.

Egal, wie diese Zusammenarbeit am Ende aussieht, ob es sinnvoll ist, wie es aktuell der Fall ist, einen ausgegliederten Verein zu haben, der mit vielen Millionen Euro Zuwendungen läuft, die teilweise – und das hat ja die Vergangenheit leider gezeigt – auch sehr unkontrolliert geflossen sind, wo nicht mehr so genau klar war, wo landet das Geld eigentlich, und wird es überhaupt ausgegeben und gebraucht, oder ob diese Funktion, die der Verein Stadtteil-Schule erfüllt, irgendwo anders aufgehängt wird in einer Behörde, darüber kann man sprechen. Das ist immer eine Frage: Was sorgt für ein effizienteres Arbeiten?

Aber eines ist doch klar: Wir brauchen ganz dringend mehr Personal im Bildungssystem, und wir brauchen insbesondere mehr Sicherheit und Planbarkeit im Schulsystem, und dafür brauchen Sie natürlich diese Funktion, die der Verein Stadtteil-Schule erfüllt, definitiv auch in Zukunft. Wir brauchen eine Situation, in der so etwas nicht vorkommt, dass ein Verein, der eine wichtige Arbeit leistet, ernsthaft davon ausgeht, dass er in ein paar Monaten zugemacht wird mit all den Funktionen, die er erfüllt, während Sie weiterhin Geld einplanen. Da scheint es ein großes Problem in

der Kommunikation zu geben, und es ist ein weiterer Beweis dafür, dass Sie ganz dringend mehr Stringenz brauchen in Ihrer Kommunikation und in Ihrem Entscheidungsverhalten. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Dr. Franziska Tell.

Abgeordnete Dr. Franziska Tell (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleg:innen! Ich habe das Gefühl, in dieser Debatte wurde jetzt schon einiges Wichtiges gesagt. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass die Arbeit der Menschen, die über die Stadtteil-Schule angestellt sind, aktuell extrem wichtig ist und einen großen Beitrag dazu leistet, dass in den Schulen der Unterricht größtenteils stattfinden kann, dass die Vertretungslehrkräfte, die dort angestellt sind, immens wichtig sind, weil wir eben in der Gewinnung von Personal für Schulen noch nicht so weit sind, wie wir es gern wären. Darum ist es wichtig, dass es diese Stadtteil-Schule und die Beschäftigten dort gibt, und es eben auch wichtig, dass das erst einmal weiterlaufen kann.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt hat mich Ihr Beitrag, Frau Awerwieser, doch ein bisschen irritiert, weil ich immer nicht so ganz sicher war, worauf genau Sie jetzt hinauswollen – ob Sie wollen, dass wir ein Bekenntnis für die Stadtteil-Schule haben, oder ob Sie das Konstrukt eigentlich kritisieren oder vielleicht auch beides ein bisschen. Am Ende habe ich herausinterpretiert, wahrscheinlich beides ein bisschen. Sie haben gesagt, dass man sich ja das Gesamtkonstrukt noch einmal genau ansehen muss, dass es in der Vergangenheit eben auch die Schwierigkeiten gab – die wurden benannt – und dass man darum sehen muss, wie das eigentlich auch vom Vertrag her funktioniert. Da gebe ich Ihnen durchaus recht, es ist sinnvoll, da noch einmal über das System nachzudenken.

Genau dieses Ansinnen war ja im Prinzip das, was uns jetzt diese Debatte heute hier beschert hat. Es gibt eben das Ansinnen auch von der Senatorin, was auch in dem besagten Artikel im „Weser-Kurier“ jetzt noch einmal genannt wurde, dass es Überlegungen gab, wie kann man den Kooperationsvertrag weiterbringen. Genau das ist jetzt angelaufen, also genau das, wo Sie auch sagen, das sehen Sie durchaus als notwendig an.

Deswegen, da jetzt Kritik zu äußern, finde ich ein bisschen irritierend. Sicherlich müssen wir begleiten, wie das weitergeht, und schauen, was der weitere Weg ist, aber ich glaube, es ist wichtig, auch zu schauen: Wie kann man den Vertrag entsprechend weiterentwickeln, dass er für alle Seiten gut funktioniert und durchsichtig und für uns auch transparent ist, was eigentlich mit den finanziellen Mitteln passiert und was die Arbeitsbedingungen sind und so weiter.

Jetzt habe ich hier noch 10 Minuten und 44 Sekunden Redezeit, die werde ich auf keinen Fall nutzen. Ich nutze aber trotzdem die Gelegenheit, dass wir jetzt noch einmal kurz über das Thema debattieren, um auch ein bisschen in die Richtung von dessen, was meine Kollegin Frau Strunge schon gesagt hat, noch einmal anzusprechen, dass wir natürlich auch längerfristig über das Gesamtkonstrukt Stadtteil-Schule sprechen müssen und ob das eigentlich der langfristige Weg ist, den wir haben wollen, denn natürlich muss der langfristige Weg und unser Ziel erst einmal sein, erstens ausreichend fest angestelltes Personal in den Schulen zu haben. Das muss das Ziel sein. Das erreichen wir momentan nicht, das ist vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels auch eher utopisch, das kurzfristig zu erreichen, aber darauf müssen wir hinarbeiten.

Ich finde, gerade in Bezug auf die vielen Studierenden, die über die Stadtteil-Schule angestellt sind und die, obwohl sie noch nicht fertig ausgebildet sind, schon als unterstützende Lehrkräfte in den Schulen tätig sind, müssen wir uns sehr genau ansehen, welche Möglichkeiten es eigentlich gibt, diese Personen besser einzubinden. Auch das Thema Verzahnung von Studium und Praxis, wie kann man da noch einmal anders herangehen, müssen wir uns, glaube ich, noch einmal genauer anschauen und überlegen: Welche Rolle spielt da eigentlich die Stadtteil-Schule? Wie kann man da auch noch mehr herausholen?

Aber das ist im Prinzip ja noch einmal eine ganz andere Debatte als die Frage, um die es heute geht, ob eigentlich die Stadtteil-Schule erst einmal so bestehen bleibt, und da ist, finde ich, die gute Neuigkeit: Ja, sie wird bestehen bleiben. Wir brauchen die Kräfte, die dort arbeiten. Wir müssen uns aber trotzdem auch anschauen – und es ist gut, wenn sich angeschaut wird, wie das Ganze finanziert wird –, wie es systematisch abläuft. Von daher bin ich froh, dass es erst einmal das klare Bekenntnis gibt, dass es weitergeht, und ich bin gespannt darauf, wie wir uns vielleicht auch im

Rahmen der Deputation oder wie auch immer mit dieser Thematik noch einmal weiter auseinandersetzen. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Präsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten liegen nicht vor.

Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete! Schade – ich wollte eigentlich loslegen und mich bei allen Rednerinnen und Rednern dieser Debatte dafür bedanken, dass sie die hervorragende Arbeit der Stadtteil-Schule und ihren unverzichtbaren Beitrag zur Unterrichtsversorgung in Bremen hervorgehoben und gelobt haben. Schade, dass ich das nicht so umfassend kann, aber immerhin kann ich mich bei fast allen Rednerinnen und Rednern dafür bedanken!

Schade ist, dass diese Aktuelle Stunde wieder einfach die Gelegenheit war, noch einmal alle möglichen Vorwürfe zu wiederholen und zu erheben. Das finde ich nicht nur schade, weil die Frage ist, warum gibt es eigentlich diese Aktuelle Stunde – da hat natürlich das Parlament, und wer würde das bezweifeln, jedes Recht, jedes Thema zur Aktuellen Stunde zu machen –, sondern das wird der Arbeit der Stadtteil-Schule nicht gerecht, und schön wäre auch, wenn die Debatte in allen Bereichen von der entsprechenden umfassenden Kenntnis des Sachverhalts geprägt wäre.

Ich bin dem Herrn Abgeordneten Schäck sehr dankbar, dass er noch einmal deutlich gemacht hat: Wir haben in den Haushalt Geld dafür eingestellt, und es ist ziemlich wahrscheinlich, dass das bedeutet, dass wir die Zusammenarbeit fortsetzen wollen. Die Wertschätzung, die hier eingefordert worden ist von der antragstellenden Fraktion, die ist, wenn man einsteigt in eine Debatte und sagt, die Stadtteil-Schule sei ein fragwürdiges Konstrukt – –.

(Zuruf)

Ich finde, das wird der Stadtteil-Schule und ihrer Arbeit nicht gerecht.

Die Kolleginnen und Kollegen leisten eine großartige Arbeit, und zwar sowohl diejenigen, die in den Schulen mit den Kindern, Jugendlichen und

jungen Erwachsenen arbeiten – das sind Lernbegleiter, Vorbilder, das sind diejenigen, die ihnen viel beibringen, nicht nur den Unterrichtsstoff, bei Weitem nicht nur, sondern das, was Lehrkräfte eben alles ihren Schülerinnen und Schülern beibringen –, als auch die Kolleginnen und Kollegen in der Stadtteil-Schule, die dafür sorgen, dass die Lehrkräfte in den Schulen ankommen, die diesen Einsatz erst möglich machen, ihn koordinieren und sich um alles drumherum kümmern. Deswegen möchte ich gern die Gelegenheit nutzen, an dieser Stelle noch einmal ein ganz, ganz herzliches Dankeschön an alle Kolleginnen und Kollegen der Stadtteilschule zu schicken!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Natürlich werden wir die Stadtteil-Schule weiter in Anspruch nehmen, wir werden sie auch natürlich in ihrer Arbeit entsprechend unterstützen. Dass ich das so sehe, dass mein Haus entsprechend handelt, das ist ja in dieser Debatte auch deutlich geworden, das wissen Sie eigentlich am Ende, und zwar auch alle.

Es ist ja schön, dass es hier jetzt auch noch einmal die Gelegenheit gibt, dass ich mich – genau wie alle anderen – klar zur Stadtteil-Schule bekenne, denn das ist ja auch das Ergebnis dieser Debatte. Ich will nur noch einmal sagen: Natürlich habe ich den Betriebsratsvorsitzenden direkt angerufen und habe gesagt: Ihr macht euch unnötig Sorgen, kein Mensch will die Zusammenarbeit beenden. Für mich ist es total selbstverständlich, dass man direkt den Kontakt sucht, wenn man den Eindruck hat, dass es da ein Missverständnis gibt und dass da die Zusammenarbeit natürlich nicht beendet wird, und ich finde auch, das ist kein Hin und Her, sondern das ist eine klare Klärung in der Kommunikation. Vielleicht ist das ja auch für die eine oder andere weitere Person eine sinnvolle Angelegenheit, einfach einmal den Hörer in die Hand zu nehmen und sich zu erkundigen.

Aber – und das habe ich ja gerade auch schon gesagt – dass jetzt auch das gesamte Parlament noch einmal ein klares politisches Bekenntnis abgibt, das freut mich, denn das hat natürlich noch einmal ein ganz anderes politisches Gewicht, als wenn ich den Hörer in die Hand nehme.

Wir brauchen die Stadtteil-Schule, und das, obwohl wir in den letzten zwei Jahren so viel mehr Köpfe in die Klassen geholt haben, so viel mehr grundständig pädagogisch qualifiziertes Personal hereingeholt haben. „Back to school“ hat dazu geführt, dass wir über 100 neue Kolleginnen und

Kollegen gewinnen konnten, und weitere werden folgen, wir bekommen tagtäglich Bewerbungen. Von daher, glaube ich, ist es richtig und gut, dass wir da dieses Erfolgsprojekt auch fortsetzen. Sie alle wissen, wir haben 237 Referendarinnen und Referendare eingestellt – gut ein Drittel mehr als sonst –, und ich bin durchaus stolz darauf, dass uns diese Schuhe nicht zu groß sind, sondern dass wir in ihnen laufen können, um einmal im Bild der GEW zu bleiben. Die Kritik daran, dass wir zu viele Referendarinnen und Referendare einstellen, diese Kritik lasse ich mir gern gefallen.

(Beifall SPD)

Wir haben auch wieder mehr Lehrkräfte eingestellt, mehr grundständig und vollständig qualifizierte Lehrkräfte. Die Zahl der offenen Stellen, das ist hier auch schon gesagt worden, liegt bei rund 1,5 Prozent, und ich kann Ihnen sagen, davon können andere Kolleginnen und Kollegen anderer Bundesländer nur träumen.

Aber ja, die Unterrichtsversorgung in allen Bremer Schulen konnten wir nur deshalb signifikant erhöhen – und das haben wir getan –, weil wir die Kolleginnen und Kollegen der Stadtteil-Schule haben, und zwar nicht nur diejenigen, die Vertretung im Unterricht machen, sondern auch diejenigen, die als Sprachförderkräfte in Willkommenschulen und Vorkursen die Schülerinnen und Schüler unterstützen.

Übrigens ist es, um Vertretungen auch kurzfristig zu ermöglichen, durchaus auch ein Pfund der Stadtteil-Schule, dass sie so flexibel agieren kann. Ich habe mir, wie vielleicht etliche von Ihnen, die Mühe gemacht, die Debatte, die wir vor knapp zwei Jahren hier auch schon einmal geführt haben –. Da war ich nicht in Person da, ich glaube, da war ich erkrankt, da hat Herr Klieme die Debatte bestritten, aber auch da ist schon deutlich geworden: Das, was die Stadtteil-Schule kann, kann nur die Stadtteil-Schule, und das ist eben die Flexibilität, das ist die Kurzfristigkeit, das ist die Frage, wie wir Studierende einsetzen. Von daher, glaube ich, ist es immer schön, wenn wir noch einmal dieselbe Debatte führen mit einem ähnlichen Ergebnis – jedenfalls habe ich bislang noch nichts anderes gehört, als dass das dasselbe Ergebnis ist, aber neue Argumente habe ich bis jetzt noch nicht gehört.

Übrigens, das ist auch schon betont worden, das möchte ich an der Stelle auch noch einmal in den Vordergrund rücken: Das hat ja auch Vorteile für die Kolleginnen und Kollegen selbst, die während ihrer Lehramtsausbildung

wertvolle Praxiserfahrung sammeln können, die die Schulen von innen kennenlernen und schätzen lernen. Ich sage ganz offen, mir ist es lieber, die Studierenden machen ihren notwendigen und zur Lebensunterhaltssicherung erforderlichen Job in der Schule und nicht in der Kneipe, weil das für die Schule gut ist, für die Kinder und für die Studierenden, und für die Schulen ist es auch gut, weil der Klebeeffekt, der ist ja schon vielen Stellen betont worden – -. Da geht es eben auch darum, zu sagen, die Studierenden, die während ihres Studiums schon an Schulen arbeiten konnten, bleiben oft auch als Referendarinnen und Referendare an den Schulen oder dann als Lehrkräfte, wenn sie sich da entsprechend bewerben.

Wenn die Stadtteil-Schule in ihrer Flexibilität nicht mehr notwendig sein sollte, weil wir ausreichend Fachkräfte haben – das wird noch eine Weile dauern, das ist hier ja auch schon deutlich gesagt worden –, dann würde ich trotzdem nicht ausschließen, dass sie nicht vielleicht trotzdem Schulen gewinnbringend unterstützen kann, um Studierenden entsprechende Erfahrungen zu ermöglichen. Es geht also überhaupt nicht darum, Zusammenarbeit mit der Stadtteil-Schule zu beenden, sondern es geht um die Frage: Wie entwickeln wir das weiter?

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, ja, das Bessere ist bekanntlich der Feind des Guten, und dass wir da noch besser werden wollen, dass wir uns die Kooperationsbeziehungen und den Vertrag ansehen, den aktuellen Gegebenheiten anpassen, auch das ist hier schon gesagt worden. Die Stadtteil-Schule ist gewachsen, die Aufgabe hat sich gewandelt von „wir müssen die Kolleginnen und Kollegen unterbringen, die keine Festanstellung finden, weil es einen Lehrerüberhang gibt“ – so war das am Anfang der Stadtteil-Schule –, hin zu der Situation jetzt, dass wir das gemeinsam mit der Stadtteil-Schule entwickeln, und auch das hat ja der Betriebsratsvorsitzende der Stadtteil-Schule völlig deutlich und klar kommuniziert: Es ist wichtig und notwendig, gemeinsam die langfristige Perspektive der Stadtteil-Schule abzusichern. Ich finde, dagegen kann man wirklich nichts sagen. Dass der Betriebsratsvorsitzende Lobbyarbeit für die Stadtteil-Schule und vor allen Dingen für die Kolleginnen und Kollegen macht, finde ich übrigens auch gut und richtig, es hat immerhin jetzt auch zu diesem klaren Bekenntnis hier in der Bremischen Bürgerschaft geführt.

Was mich aber tatsächlich ein bisschen überrascht, ist, zumindest bei der CDU – bei der FDP habe ich es jetzt nicht so deutlich gehört – das klare

Bekenntnis dazu, dass öffentliche Daseinsvorsorge auch aus öffentlicher Hand gemacht werden soll, also wir sollen alles in die Bildungsbehörde zurückholen, es soll nicht ein Verein machen. Das klingt ja fast so, als könne der Staat etwas besser als Private. Das hatten wir ja heute Morgen schon, da haben Sie schon gesagt, das wäre eine mutige Interpretation. Mutig bin ich ja immer gern, aber jetzt scheint es tatsächlich noch einmal wieder so zu sein, dass die Aufforderung, hole doch bitte alles zurück in die Behörde, heißen soll, das, was die da machen in der Stadtteil-Schule, wissen wir nicht so genau, das können wir auch nicht so genau kontrollieren.

Ich würde an dieser Stelle gern noch einmal einen Punkt sagen: In dem anderen Politikbereich, den ich verantworten darf, im Bereich der Kindertagesbetreuung, arbeiten wir natürlich bei der Bereitstellung von Kitaplätzen bei den Angeboten der frühkindlichen Bildung gut und vertrauensvoll mit vertrauenswürdigen freien Trägern zusammen – mit gemeinnützigen Organisationen, mit privaten, mit gGmbHs, und natürlich arbeiten wir auch mit Vereinen zusammen, und das halte ich auch für gut und richtig. Da habe ich jetzt nicht ein schlimmes Misstrauen, dass das vielleicht zu undurchsichtigen Strukturen führt, das klang ja hier gerade ein bisschen so an.

(Zuruf Abgeordnete Yvonne Averwerser [CDU])

Bitte?

(Abgeordnete Yvonne Averwerser [CDU]: Das haben wir ja hinter uns, vermute ich!)

Ja, Sie haben auch gesagt, man weiß nicht so genau, wo das Geld geblieben ist. Natürlich, wir wussten sehr genau, wo das Geld der Stadtteil-Schule geblieben ist! Es ist überhaupt nichts weggekommen. Es ist alles – und das ist auch ein Verdienst dieses Parlaments – bei den Kindern und Jugendlichen angekommen. Dass diese Struktur so nicht fortgesetzt wurde und dass das aufgeklärt wurde, genau mit diesem Ergebnis, und dass wir das anders aufgesetzt haben und anders aufsetzen müssen, daran bestand hier auch niemals ein Zweifel, aber dass man das jetzt noch einmal wieder in dieser Debatte aufwärmt, ich weiß nicht, wie notwendig und erforderlich das ist.

Aber natürlich auch im Kitabereich, wenn es um große Summen geht – und das ist so bei der Kindertagesbetreuung –, geht man ins Gespräch mit den

Trägern und lässt sich Dinge erklären und überlegt, was man möglicherweise anders und besser aufsetzen sollte und müsste, und genau das tun wir bei der Stadtteil-Schule auch. Da geht es überhaupt nicht darum, irgendeine Zusammenarbeit beenden zu wollen.

Ich würde jetzt einmal sagen, ich nehme diese Debatte und die Frage, ist das eigentlich alles richtig bei der Stadtteil-Schule verortet, nicht als Misstrauen gegenüber privaten Kooperationspartnern insgesamt, und ich hoffe, auch nicht als Misstrauen gegenüber der Stadtteil-Schule, sondern insgesamt, glaube ich, ist sehr deutlich geworden: Wir brauchen die Stadtteil-Schule, wir werden auch weiter mit ihr zusammenarbeiten. Wir werden wie bei allen anderen Zuwendungsempfängern und -empfängerinnen auch darauf achten, dass diese Strukturen so sind, dass öffentliche Mittel gewinnbringend für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Bildungssystem eingesetzt werden.

Wenn diese Aktuelle Stunde dazu beigetragen haben sollte, dass wir uns das alle noch einmal bewusst gemacht haben und vielleicht auch nicht mehr darüber sprechen, ob die Stadtteil-Schule ein fragwürdiges Konstrukt ist, sondern deutlich machen, es ist ein eingetragener Verein, der in einer Zuwendungsbeziehung zur öffentlichen Hand steht wie ganz viele andere eingetragene Vereine auch, wenn Zuwendungsbeziehungen zur öffentlichen Hand stehen, dann hat es vielleicht doch ein bisschen etwas gebracht. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Yvonne Awerwiler.

Abgeordnete Yvonne Awerwiler (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Senatorin! Sie haben es hinbekommen, dass wir immer noch nicht wissen, wohin Sie mit der Stadtteil-Schule wollen. Sie wollen sie erhalten, das wollen wir alle. Wir wissen – das habe ich auch sehr deutlich gesagt –, wir alle wissen, dass wir ohne die Stadtteil-Schule überhaupt keine verlässliche Unterrichtsversorgung in der Stadt Bremen gewährleisten könnten. Das ist unstrittig, und dass dies auch noch sehr lange so sein wird, ist auch unstrittig. Von daher macht es überhaupt keinen Sinn, jetzt darüber nachzudenken, was in 20 Jahren vielleicht mit der Stadtteil-Schule ist. Ob sie dann noch Stadtteil-Schule oder Verein ist, sei dann auch dahingestellt.

Was wir kritisieren, ist die Art der Kommunikation, die aus Ihrer Behörde in eine so wichtige Institution hineingegangen ist und welche Reaktion da herauskam, und Sie dürfen doch nicht glauben, dass diese Reaktion allein nur hier! Das sind nicht nur Wellen, die hier entstehen, sondern es sind auch Wellen, die in den Schulen entstehen. Das sind Schulleiter, die wirklich mit Entsetzen gelesen haben, dass am 31. Juli vermutlich diese Kooperation aufbricht. Das sind Schulleiter, die Mitte Juni in die Schulferien gehen sollen/wollen/können, hoffentlich, dann aber den Schulplan heute noch nicht mit Mitarbeitern der Stadtteil-Schule – wenn sie denn bleiben, und das haben Sie ja zugesagt – verlässlich aufstellen können.

Die Stundenpläne werden derzeit im laufenden Verfahren im ersten Viertel des Schuljahres immer wieder neu angepasst, weil es keine verlässlichen personellen Zusagen von irgendwoher gibt, die planbar sind, und wenn Sie dann das Zeichen setzen, aus der Behörde heraus in einen Verein, der es dann öffentlich macht, dass es zum 31. Juli, keine fünf Monate später, diese Unterstützung an Schulen vielleicht nicht mehr geben könnte, dann ist das eine Katastrophe.

(Beifall CDU)

Sie können mir doch nicht erzählen, dass Sie das Gespräch im Februar mit dem Verein gesucht haben ohne eine Intention! Von Ihrer Intention darüber habe ich hier nichts gehört. Von daher glaube ich, Sie haben keinen Plan.

(Beifall CDU)

Sie haben keinen Plan, Sie wissen aber, dass Sie an dem Konstrukt Verein Stadtteil-Schule etwas ändern müssen, und da sind wir ja an Ihrer Seite. Wir sind an Ihrer Seite: Wir haben Vorschläge gemacht. In dem Antrag, den wir 2022 gemacht haben, haben wir sehr genau und detailliert festgelegt, wie wir uns vorstellen können, dass wir diesen Verein rechtssicher in eine Fachaufsicht in Ihrem Haus überführen können, sodass Sie auch den Durchgriff haben, dass Sie keine Zuwendungen mehr machen müssen, sondern dass es ganz anders finanziell aufgestellt wird und das Durchgriffsrecht an der Stelle auch gesichert ist. Das war das, was uns wichtig war.

Was mir auch jetzt hier wichtig ist, ist tatsächlich, dass wir feststellen, die Stadtteil-Schule wird bleiben. Sie wird – das hoffe ich jetzt, also das nehme

ich jetzt einmal so mit! – anders aufgestellt werden, und ich warne davor, dass sie so aufgestellt wird, dass es den Verein vielleicht in dieser Form nicht mehr geben kann.

(Beifall CDU)

Es muss transparent stattfinden, und ich hätte mir gewünscht, Sie hätten heute hier gesagt: In der nächsten Deputationssitzung lege ich Ihnen einen Bericht vor – das ist noch nach dem Gespräch, das der Staatsrat scheinbar in dieser Woche führt und das wir noch mit dem Betriebsrat führen werden, der Termin steht ja –, dass Sie uns dann einen Bericht vorlegen, wie Sie die Stadtteil-Schule neu aufstellen wollen oder wohin Sie mit der Stadtteil-Schule wollen, denn dieses Gespräch haben Sie ja nicht zufälligerweise im Februar geführt, und dieses Gespräch hatte nicht zufälligerweise ein Missverständnis, das wirklich wieder auf dramatische Weise im Hin und Her aufgeräumt werden musste!

Ich bin mir nicht sicher, ob nicht doch auch aus der Stadtteil-Schule heraus die Geschäftsführung beziehungsweise der Betriebsrat vorher Kontakt zu Ihrem Haus aufgenommen und gefragt hat, ob er das nicht doch missverstanden hat, bevor er dieses Schreiben an uns, an die Bildungsdeputierten, versendet hat. Von daher habe ich das als Hilferuf aus der Stadtteil-Schule empfunden, als Hilferuf vieler Schulleiter, das muss ich an dieser Stelle auch sagen,

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Genau!)

die verunsichert waren, und ich bin dankbar dafür, dass wir uns hier zumindest darauf committet haben, dass es keine Kündigung zum 31. Juli 2024 geben wird, dass wir aber sehr nah dabei sein werden, ein transparentes und kommunikativ professionell geführtes Verfahren einzufordern, die tatsächliche Reform der Stadtteil-Schule, des Vereins, mit dem Erhalt der Flexibilität voranzutreiben, sodass wir tatsächlich auch Ihr Haushaltsreferat an der Stelle entlasten, das ja, ohne dass wir lange darum herumreden müssen, immer noch nicht optimal aufgestellt ist.

Da würden Sie Ihr Personal auch tatsächlich entlasten. Sie würden insgesamt die Behörde auf einen guten Weg bringen, auf einen modernen Weg bringen, und Sie würden auch diese desolaten 600 Leiharbeitsverhältnisse, wo ich sehr erschüttert bin, dass gerade Sie diese gutheißen,

(Beifall CDU)

in ein geordnetes Verfahren überführen. Da gibt es Mittel und Wege. Wir haben welche genannt, nennen Sie uns Ihre! Wir haben hier die Chance gehabt, es zu machen, Sie haben es nicht getan.

Von daher muss ich leider sagen: Schön, dass wir uns committed haben, dass es die Stadtteil-Schule weiter geben soll, schade, dass Sie uns hier nicht einen Plan vorlegen können. Ich muss sagen, Sie haben keinen Plan, das ist schade, planlos. Ich muss sagen, der Prozess ist an der Stelle auch gescheitert, genau wie vorhin bei der Düne, aber wir werden Sie vorantreiben, und wir werden an dem Thema dranbleiben, und ich bin sehr sicher, dass der Kontakt zur Stadtteil-Schule, zum Betriebsrat, aber auch zur Geschäftsführung und anderen Teilen der Stadtteil-Schule sehr eng sein wird, sodass so ein kommunikatives Desaster nicht mehr stattfindet. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist damit geschlossen.

Konsequente und zeitnahe Baumnachpflanzungen jetzt sicherstellen – für mehr Klimaschutz, bessere Aufenthaltsqualität und ein gesundes Stadtklima in Bremen!

**Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. November 2023
(Drucksache [21/77 S](#))**

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Kathrin Moosdorf.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hartmut Bodeit.

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Besucher! Es geht um unseren Antrag „Konsequente und zeitnahe Baumnachpflanzungen jetzt

sicherstellen – für mehr Klimaschutz, bessere Aufenthaltsqualität und ein gesundes Stadtklima in Bremen“. Bereits im letzten Jahr informierte der Umweltbetrieb Bremen, UBB, darüber, in dieser Fällsaison 2023/2024 weit mehr als 2 000 Bäume zu fällen. Überwiegend handelt es sich um Bäume in Park- und in Grünanlagen sowie Straßenbäume.

Gegen diese Maßnahme ist dem Grunde nach nichts einzuwenden, da es sich vor allem um standunsichere sowie abgestorbene Bäume handelt. In diesen Fällen stehen die Verkehrssicherheit beziehungsweise der Personenschutz selbstverständlich an erster Stelle. Doch was den Ersatz nach diesen massiven Baumfällungen angeht, haben wir als CDU-Fraktion eine ganz andere Auffassung, denn der Senat Bovenschulte und diese Koalition stellen derzeit keine wirkliche Kompensation in Aussicht. Wie viele Bäume wann und wo konkret nachgepflanzt werden, steht noch völlig in den Sternen. Die bisherige und geplante finanzielle Ausstattung des UBB ist noch nicht ausreichend, damit dieser seinen Aufgaben und Verpflichtungen gerade im Segment der Straßenbäume nachkommen kann.

(Beifall CDU)

Gerade Straßenbäume sind neben Park- und Grünanlagen in einer Großstadt besonders wichtig. Wir wissen, dass die Bäume in unseren Städten wichtige Funktionen erfüllen. Ein einzelner Baum produziert pro Stunde bis zu 1 200 Liter Sauerstoff, oder anders gerechnet: Während der Wachstumsperiode im Sommer produziert jeder Baum die Atemluft für zehn Menschen – durchschnittlich 1,7 Tonnen Sauerstoff im Jahr –, filtert sieben Tonnen Staub aus der Luft und verhindert den Abfluss von etwa 7 000 Litern Wasser.

Bei der Fotosynthese binden Bäume Kohlendioxid aus der Luft. Auf diese Weise entziehen alle deutschen Bäume zusammen der Atmosphäre pro Jahr bis zu zwölf Millionen Tonnen des schädlichen Treibhausgases. Auf der Seite des Umweltbetriebs Bremen heißt es hierzu: „Bäume leisten Tag für Tag einen wertvollen Beitrag für unser Wohlbefinden. Gerade in Zeiten des Klimawandels verbessern sie das Stadtklima nachhaltig durch Sauerstoffproduktion, durch Staubbildung und Schattenbildung.“

Für uns als CDU-Fraktion ist es daher völlig unverständlich, warum der Bereich Straßenbäume so eklatant vernachlässigt wurde.

(Beifall CDU, Bündnis Deutschland)

So wurden zum Beispiel von 2012 bis zum Jahr 2016 ganze 7 189 Fällungen von Straßenbäumen gegenüber 3 217 Nachpflanzungen vorgenommen. Dies ergab einen Fehlbestand von 3 972, also fast 4 000 Straßenbäumen. Von 2019 bis einschließlich 2022 ergab sich erneut ein Defizit von circa 2 400 Straßenbäumen. Zwar argumentiert das Umweltressort, dass die Zahlen für die Baumfällungen und Nachpflanzungen nicht miteinander vergleichbar sind, da die Statistik auch Fällungen zur Bestandsreinigung enthält – obwohl dieser Anteil gering ist – und die Statistik der Nachpflanzungen die Entwicklung neuer Bäume durch Sämlinge, Naturverjüngung enthalte, aber trotz dieser statistischen Besonderheiten auf eine Differenz von circa 2 400 Straßenbäumen zu kommen, das kann mir keiner erzählen! In diesem Bereich tut die Koalition einfach definitiv zu wenig.

(Beifall CDU)

Aktuell mussten in 2023/2024 circa 2 200 Straßenbäume gefällt werden. Wie viele Ersatzpflanzungen kommen, ist völlig unklar. Bäume stellen für diese Koalition anscheinend keine politische Priorität dar, denn sonst wäre der UBB längst auskömmlich für seine Aufgaben ausfinanziert.

(Beifall CDU)

Als CDU-Fraktion fordern wir, die kürzlich erfolgten Baumfällungen schnellstmöglich komplett auszugleichen, also pro Baumfällung Ersatzbäume am gleichen Standort anzupflanzen, um dem Defizit im Bereich der Stadtbäume zukünftig entgegenzuwirken. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Holger Fricke.

Abgeordneter Holger Fricke (Bündnis Deutschland): „Mein Freund, der Baum, ist tot.“ – Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren, viele von Ihnen kennen dieses alte traurige Chanson der Sängerin Alexandra. Alexandra starb am 31. Juli 1969 bei einem schweren Autounfall.

(Abgeordneter Olaf Zimmer [DIE LINKE]: Bei einem Autounfall!)

Doch mit ihrem Lied wurde sie unsterblich. Das Thema Baum ist hochemotional besetzt. Wir alle lieben Bäume. Sie spenden Schatten, sie

sorgen für Abkühlung an heißen Tagen, sie reinigen die Luft. Sie binden vermeintlich schädliche CO₂-Emissionen, mit ihren grünen Laubkronen sind sie oft eine Augenweide. Der türkische Dichter Nâzım Hikmet begleitet unser Leben mit seinem Gedicht „Die Einladung“. Er sagt uns: „Leben wie ein Baum, einzeln und frei, doch brüderlich wie ein Wald, das ist unsere Sehnsucht.“

In unseren Straßen sorgen Bäume für ein besseres Stadtklima. Bei dem drohenden Klimawandel wird die Bedeutung unserer Stadtbäume immer wichtiger: Sie sind unser Sauerstoffspender, sie sind unsere grüne Lunge. Doch viele Stadtbäume leiden. Sie sind gestresst durch den starken Verkehr, durch die zunehmende Bodenverdichtung im Bereich der Autoparkplätze. Eine Mitarbeiterin vom Umweltbetrieb Bremen sagte mir dazu: Bäume wachsen, doch ihre Schuhe wachsen häufig nicht mit. Die Schuhe sind viel zu eng. Sie drücken, sie können die Wurzel sehr quetschen. Das bedeutet den sicheren Tod eines Stadtbaumes. Viele Bäume sind betroffen.

In der gesamten Stadtgemeinde sind für 2023/2024 2 199 Baumfällungen geplant. Wir erfahren aus dem CDU-Antrag, dass in der letzten Saison 1 894 Bäume der Kettensäge zum Opfer fielen, doch nur 527 Bäume wurden nachgepflanzt. Meine Damen und Herren, das ist eine beschämende Bilanz. Es geht wohl wieder um das liebe Geld. Es fehlen die Haushaltsmittel, es fehlt das Personal, es fehlen Ideen für eine Finanzierung.

Okay, Baumpflanzungen in der Stadt sind keine billige Angelegenheit. Stadtbäume sollen ihre klimaschützende Funktion schnell erfüllen. Die Bäume kosten zwischen 250 und 1 300 Euro. Maschinen- und Personaleinsatz liegen bei rund 650 bis 800 Euro je Baum. Dazu kommen Pflegemaßnahmen. Ein Experte schätzt, dass ein Stadtbaum in den ersten zwei Jahren rund 3 000 bis 4 400 Euro kostet. Doch jeder Cent ist gut eingesetztes Geld, meine verehrten Damen und Herren. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Bäume in Bremen leben, dass mehr Bäume in unserer Stadt leben! Das ist gut für unsere Stadt, das gut für unser Leben. Wir von Bündnis Deutschland werden ohne Wenn und Aber dem Antrag der CDU zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis Deutschland)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bremen zählt immer noch zu den grünsten Städten in Deutschland, das soll so bleiben, da sind wir, glaube ich, einer Meinung. Es gibt ein Ranking über die grünsten Städte in Deutschland, also die größten Städte, da ist Bremen auf Platz eins bei dem Ranking. Also so besorgniserregend, wie Sie es da formuliert haben in Ihrem Antrag, ist die Situation nicht. Trotzdem sage ich, dass die Situation schwierig ist. Wir haben fünf Hitzesommer fast hintereinander gehabt, fünf von sechs waren Hitzesommer, und überall haben die Bäume in unserer Stadt darunter gelitten.

Ich saß gestern neben Herrn Großmann, den kennen wahrscheinlich einige von Ihnen, das ist der Direktor des Bremer Bürgerparks, und er hat gesagt, ja, das ist ausgesprochen schwierig, diese Bäume haben Hitzestress. Sie haben ja noch mehr Stress, wenn sie in der Stadt sind, deswegen werden sie in der Stadt auch nur durchschnittlich 60 Jahre alt. Ein Baum draußen in der freien Natur kann sehr viel älter werden, und das hängt mit diesen Situationen zusammen, dass Sie Baumaßnahmen in der Stadt haben, wo Wurzeln stark gekappt werden; wir haben in der Deputation ja gerade über Glasfaserausbau gesprochen, was das so alles bewirken kann.

Dann rechnen Sie uns immer wieder vor, dass wir ein Minus haben von gepflanzten Bäumen zu gefälltten Bäumen. Das ist ja auch richtig. Das ist übrigens in jeder Stadt so. Sie werden kaum eine Stadt in Deutschland finden, wo das anders ist, denn das ist nur eine Mathematik, die nur mit Plus und Minus arbeitet, aber die Mathematik ist bei Bäumen etwas komplizierter, das habe ich schon einmal versucht, Ihnen zu erklären.

Es gibt Leute, die pflanzen einen Baum bei sich vor die Tür, und wenn er dann zehn Zentimeter groß wird, dann kommt er in die Statistik mit hinein. Manche samen eben auch aus, und wenn sie dann diese zehn Zentimeter erreicht haben, dann sind sie plötzlich in der Statistik mit drin. Das gibt es überall. Das ist vollkommen normal, und aus dem Grund ist der Bestand an Straßenbäumen, das wissen Sie auch, in acht Jahren – das ist nicht besonders doll, das finde ich auch – von 69 000 auf 74 400 hochgegangen. Da können wir besser werden. Dafür muss man auch versuchen, Standorte zu finden. Das ist auch wichtig, da sind wir uns ja auch von der Situationsbeschreibung einig.

Wenn Sie in einem Hitzesommer in einem Stadtteil wohnen, wo es keine Bäume gibt, und Sie gehen dann in den Bürgerpark, dann werden Sie

feststellen, im Bürgerpark ist es acht bis zehn Grad kühler. Das heißt, es ist für uns in dem, was auf uns zukommt, und wir wissen das ja, was auf uns zukommt – -. Es wird Hitzesommer geben, es wird Starkregenereignisse geben, aber vor allen Dingen wird es diese Hitzeereignisse geben, wofür die Bäume notwendig sind. Aus dem Grund ist es notwendig, dass wir heute Bäume pflanzen, damit morgen Leute nicht frühzeitig sterben. Das ist das, was gesundheitlich nämlich tatsächlich passiert: Wenn es so heiß wird, dann werden gerade ältere Leute sterben.

(Abgeordnete Dr. Wiebke Winter [CDU]: Einfach einmal machen!)

Bitte? Einfach einmal machen – ganz so einfach ist die Situation nicht, weil wir im Haushalt nun auch Konkurrenzen haben und eine schwierige Konkurrenzsituation haben!

Sie sagen jetzt, es muss jeder Baum an dem Standort nachgepflanzt werden, so ungefähr, oder zumindest in der Nähe. Von mir aus gern! Wenn ich das Geld dafür zur Verfügung hätte, würde ich am liebsten das Zehnfache pflanzen, denn es ist auch klar, wenn Sie einen Altbaum fällen, dann können Sie zehn oder zwölf junge Bäume nachpflanzen, damit sie ungefähr diese Funktion haben, die alte Bäume erfüllen. Bloß das ist für eine Opposition klar: Sie können sagen, alle Bäume müssen nachgepflanzt werden und noch einmal zehnmal so viel. Das ist okay.

(Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Nein, es wäre okay!

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Das haben wir gar nicht gesagt!)

Ich weiß, dass Sie es nicht gesagt haben! Ich habe Ihren Antrag schon gelesen! Sie könnten es sagen, und das hängt damit zusammen, dass Sie Dinge fordern können, ohne in der Realität des Regierungshandelns zu sein.

Wir haben diese Zwänge, die es im Umweltbetrieb Bremen gibt, und der Umweltbetrieb Bremen braucht Geld. Das Erste, was wir lösen werden in diesem Haushaltsvollzug, ist, dass der Umweltbetrieb Bremen auskömmlich ausgestattet wird und dass erst einmal alle Bäume, die gefällt werden, auch eins zu eins nachgepflanzt werden.

(Zuruf CDU: Hört, hört!)

Genau! Das ist das eine, was wir machen müssen, der Umweltbetrieb Bremen muss auskömmlich ausgestattet sein.

Herr Bodeit, Sie haben nicht über Altbaumschutz gesprochen. Sie wissen, dass wir da sehr viel machen. Wir haben in der Deputation über das Handlungskonzept Stadtbäume miteinander gesprochen, und noch viel wichtiger, als Bäume nachzupflanzen, ist, dass wir diese alten wertvollen Bäume erhalten, und das Handlungskonzept Stadtbäume sorgt zum Beispiel dafür, dass die Pflanzgruben sehr viel größer sind, als wir es vorher gemacht haben.

Man sucht auch nach neuen Standorten, wo ein Baum am Ende tatsächlich überleben kann. Wir haben über den Schutz von Bäumen bei Baumaßnahmen gesprochen, das wissen Sie auch. Wir haben drei Baustellen, die durch alle Gehwege der Stadt – außer vielleicht da, wo Herr Imhoff wohnt, weil es da nicht profitabel ist – durchgehen,

(Glocke)

und darüber werde ich Ihnen erzählen, was das auslöst und was das auch in unserem Baumbestand macht. Darüber müssen wir miteinander reden, und darum müssen wir uns kümmern. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Frank Imhoff für eine Kurzintervention.

Abgeordneter Frank Imhoff (CDU): Frau Präsidentin, lieber Herr Kollege Saxe, ich muss Ihnen wirklich sagen, ich hätte mir hier schon etwas mehr Demut gewünscht.

(Beifall CDU, Bündnis Deutschland)

Sie sind seit 16 Jahren oder schon länger an der Regierung. Ihre Bilanz bei den Baumnachpflanzungen ist immer negativ, und Sie kommen mir hier mit Entschuldigungen – ich habe mir das eben noch einmal aufgeschrieben –: Das ist alles schwierig, jetzt haben wir auf einmal Hitzestress, der Glasfaserausbau ist schuld, und übrigens ist das in jeder Stadt so, und der Haushalt steht in Konkurrenz. Ich meine, Sie haben doch den Haushalt hier immer beschlossen, und Sie sitzen hier doch gerade als Grüne, um

dementsprechend auch für das Klima etwas zu tun! Warum tun Sie es dann nicht? Das ist doch Ihre Aufgabe!

(Beifall CDU, Bündnis Deutschland)

Wenn Sie sagen, wir haben kein Geld dafür, dann sage ich Ihnen, dass Sie in der letzten Legislaturperiode so viel Geld ausgegeben haben, wie Sie schon in den letzten Jahrzehnten nicht mehr ausgegeben haben, und wenn Sie da kein Geld für die Bäume übriggehabt haben, dann muss ich Ihnen sagen, dann haben Sie eben keine Priorität auf diese Bäume gesetzt. Sie haben andere Prioritäten, aber tun Sie nicht so, als wären Sie eine grüne Partei! – Danke schön!

(Beifall CDU, Bündnis Deutschland – Abgeordneter Piet Leidreiter [Bündnis Deutschland]: Da ist etwas dran!)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Derik Eicke.

Abgeordneter Derik Eicke (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist unbestreitbar, dass die Aufforstung eine entscheidende Maßnahme ist, um den Verlust von Bäumen gerade im Klimawandel und in Hitzesommern auszugleichen, und daher geht ja der Antrag auch in die richtige Richtung, Punkt! Das möchte ich erst einmal so stehen lassen.

Allerdings möchte ich für ein differenzierteres und ganzheitliches Vorgehen plädieren, denn im Antrag steht ja eine Eins-zu-eins-Aufforstung vor Ort, und das halte ich aus meiner Sicht nicht für zielführend, denn der Ort der Nachpflanzungen wird in Zukunft in der Zeit des Klimawandels immer wichtiger werden.

Der Ort aus sozialpolitischer Sicht ist ganz eindeutig: Wir haben Stadtteile und Quartiere, die besonders eng bebaut sind, wir haben Bereiche, da ist wenig öffentliches Grün, und besonders hier muss unser Fokus liegen. Das heißt, diese Eins-zu-eins-Bepflanzung vor Ort: Wenn in einem anderen Stadtteil ein Baum gefällt wird oder eingeht, muss er nicht dort wieder in diesem Stadtteil gepflanzt werden, sondern wir würden ihn aus sozialpolitischer Sicht dann gern in anderen Stadtteilen pflanzen.

Der Ort aus umweltpolitischer Sicht: Ging es früher problemlos, neue Bäume einfach zu pflanzen, beobachten wir heute, dass zahlreiche

Neupflanzungen trotz Pflege und auch Wässerung wieder eingehen. Warum? Weil durch den Klimawandel und die starke Versiegelung der Stadt die Bedingungen für die Stadtbäume und die Bäume allgemein immer schwieriger werden. Neupflanzungen brauchen heute eine Pflanzgrube – das hatten wir gerade letztens in der Deputation – von 24 bis mittlerweile bis zu 36 Kubikmetern Erde. – Das haben wir an ganz vielen Stellen unserer Stadt für unsere Altbäume gar nicht. Das heißt, wenn wir dort eins zu eins nachpflanzen würden, würde dieser Baum auch kaum eine Überlebenschance haben.

Der Ort der Pflanzung aus klimapolitischer Sicht – weil das in dem Antrag ja auch vorkommt –: Abgesehen davon, dass natürlich jede Pflanzung/jeder Baum gut für das Klima ist, wissen wir, dass natürliche Wälder viel mehr CO₂ speichern als vom Menschen gesetzte Bäume. Das heißt, Bremen hat ja bereits fünf sogenannte Klimawälder mit ungefähr sieben Hektar, und ich glaube, dass diese CO₂-Bindung, um diesen klimapolitischen Aspekt einmal zu nehmen, ein sehr erfolgreicher Weg ist, und wir sollten das auf jeden Fall verfolgen. Wir hatten dies in der Deputation ja auch schon einmal andiskutiert und hatten da ja auch schon eine Fläche im Blick.

Darüber hinaus gibt es aber weitere Überlegungen, die wir bei Pflanzungen beachten müssen, es wurde jetzt auch schon viel angesprochen. Die Entsiegelung von Flächen: Es ist ja nicht nur die Versickerung des Regenwassers, sondern einfach auch die Bodenqualität für die Bäume würde sich bei einer Entsiegelung verbessern. Ein Wassermanagement, Stichpunkt Schwammstadt: Die Baumschutzverordnung, die jetzt gerade angesprochen worden ist, ist besonders wichtig für die älteren Bäume, die besonders viel CO₂ speichern, und es gehört aber auch, der Kollege Saxe hat es gerade angesprochen, ein besseres Baustellenmanagement dazu, um das Wurzelwerk besser zu schützen, und natürlich, das wissen wir auch, das haben wir auch schon ganz häufig diskutiert, eine klimaangepasste Vegetation.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insgesamt bekennen wir uns hier, glaube ich, alle – und das hat sich ja auch gerade gezeigt – zur Notwendigkeit von Baumpflanzungen, und es ist uns auch allen wichtig, dass unsere Stadt so grün bleibt, wie sie jetzt schon ist. Wir müssen bloß sicherstellen, dass wir eben nicht nur kurzfristige Reaktionen machen – und so habe ich jetzt den Antrag nicht an sich verstanden, aber mit dem ersten Punkt, mit der Eins-

zu-eins-Bepflanzung vor Ort –, sondern dass wir umfassende nachhaltige Strategien betrachten.

Wir lehnen daher diesen Antrag als SPD ab, nehmen die Intuition aber mit, und ich kündige schon einmal an, dass wir das Thema im zweiten Halbjahr 2024 inklusive der Baumschutzverordnung und Klimawäldern, die wir uns ja ansehen wollten, aber auch noch einmal der Zahlen, die wir ja auch schon in der Deputation diskutiert haben, in der Deputation für Umwelt, Klima und Landwirtschaft auf die Tagesordnung setzen, sodass wir gemeinsam an unserem gemeinsamen Ziel arbeiten können. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Marcel Schröder.

Abgeordneter Dr. Marcel Schröder (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland hat im Jahr 2023 ungefähr 673 Millionen Tonnen CO₂ ausgestoßen, und die deutschen Wälder nehmen davon jedes Jahr ungefähr 60 Millionen Tonnen auf, also ungefähr neun Prozent. Aber Bäume speichern eben nicht nur CO₂, sie sind auch Lebensraum, sie spenden Schatten, sie sorgen für ein gutes Stadtklima, das wurde alles schon genannt. Bäume sind wirklich eine effiziente Maßnahme für viele umwelt- und klimapolitische Maßnahmen. Wenn ich verschiedene Optionen hätte in dem Bereich – und Bäume sind eine dieser Optionen –, dann sind in diesen meisten Fällen Bäume wahrscheinlich die effizienteste Maßnahme.

Aber die Herausforderungen für Bäume nehmen zu, auch das wurde schon gesagt: Baustellen, die ja auch mehr werden müssen, um auch die Transformation zu gestalten, das ist ein Dilemma. Klimawandel, mehr Hitze und auch extreme Wetterereignisse, mehr Stürme – wir kennen es, wenn nach den Stürmen die Feuerwehr ausrücken muss und immer wieder Bäume umknicken –, das wird mehr werden. Die Stadt hat eine Verantwortung für ihre Bäume, und wenn die Herausforderungen für die Bäume mehr werden, muss man natürlich auch mehr Verantwortung übernehmen, das ist logisch.

Eine Sache will ich noch einmal klarstellen: Dass Bäume auch gefällt werden müssen, das steht dabei gar nicht zur Debatte. Es sorgt ja häufig für Aufruhr, wenn einmal wieder ein alter Baum gefällt werden muss oder ein

schöner Baum gefällt werden muss. Das ist emotional auch nachvollziehbar, aber das ist eben teilweise unvermeidlich, weil Bäume, die nicht mehr stabil sind, auch eine Gefahr darstellen durch Äste, die herabstürzen, oder es kann ja auch der ganze Baum abknicken. Das kann lebensgefährlich sein, und die Stadt hat eine Verkehrssicherungspflicht, eine zivilrechtliche Verkehrssicherungspflicht, und deswegen ist es auch wichtig, dass Bäume teilweise auch gefällt werden müssen. Das ist an der Stelle auch noch einmal wichtig zu betonen.

Am nachhaltigsten ist es aber natürlich – das hat Herr Saxe schon richtig gesagt –, die Bäume erst einmal instand zu halten, damit sie gar nicht gefällt werden müssen, und da fängt das Problem aber schon an: Wir haben ja nicht nur einen Sanierungsstau bei Brücken, wir haben auch einen Sanierungsstau bei Bäumen. Die Pflege der Bäume, das wissen wir alle, die im Umweltbetrieb dabei sind, ist immer wieder eine große Herausforderung. Der Umweltbetrieb schafft es im Moment, die bestehenden Bäume instand zu halten, aber an ausreichenden Nachpflanzungen oder sogar an zusätzlichen Bäumen, also an ein Wachstum des Baumbestands, ist eben bei der finanziellen Ausstattung des Umweltbetriebs aktuell nicht zu denken, und wenn man mehr Nachpflanzungen möchte, dann muss man sich eben auch diese finanzielle Ausstattung des Umweltbetriebs anschauen.

Herr Saxe, ich finde Ihre flammenden Appelle bei Bäumen ja immer klasse, aber es wäre super, wenn sich das auch einmal in den Prioritäten des Haushalts widerspiegelt,

(Beifall FDP, CDU, Bündnis Deutschland)

denn für neue Bäume ist kein Geld da. Das sieht man auch im Handlungskonzept Stadtbäume, für das aktuell keine Mittel im Haushalt veranschlagt sind. Das ist die falsche Prioritätensetzung. Bäume sind eine effiziente konkrete Maßnahme, die wir auch hier selbst in der Hand haben. Da gibt es viele andere Konzepte im Bereich Umwelt- und Klimapolitik, die sich nicht so klar beziffern lassen und keinen so konkreten Nutzen haben, darauf werden wir in den Haushaltsverhandlungen sicherlich noch einmal zu sprechen kommen.

Nun zum Antrag der CDU! Das Ziel des Antrags, mehr Bäume und Bäume ausreichend nachzupflanzen, ist natürlich richtig, ich bin aber bei einem Punkt dann auch bei Herrn Eicke: Ich finde es teilweise auch sehr

kleinteilig, zu sagen, jeder gefällt Baum soll an Ort und Stelle nachgepflanzt werden. Da muss man sich klarmachen, was das bedeutet: Ist es wirklich sinnvoll, wirklich jeden Baum an Ort und Stelle oder zumindest in Ortsnähe nachzupflanzen? Es wird ja in der Praxis auch kaum möglich sein, wirklich jeden Baum, also auch Kleinstbäume, die gefällt werden, zu registrieren. Es gibt ja manchmal vielleicht auch Feuerwehreinsätze, wo das vielleicht so schnell nicht möglich ist, und auch das digitale Baumkataster des Umweltbetriebs beginnt ja erst ab zehn Zentimetern Durchmesser, und wenn man jetzt jeden einzelnen Baum – also auch wirklich kleinere – erfassen würde, dann wird es schon kleinteilig. Da muss man schauen, wie man das effizient und unbürokratisch hinbekommt.

Dann fordern Sie auch noch in dem Antrag, dass wir als Stadt für jeden gefällten Baum einen CO₂-Ausgleich zahlen sollen. Das ist an sich auch eine gute Idee, aber wenn man darüber auch einmal länger nachdenkt, dann merkt man auch da, dass auch das kompliziert wird, denn die Höhe des CO₂-Ausgleichs hängt dann ja erst einmal davon ab, was für eine Baumart das ist – die CO₂-Speicherung ist ja je nach Baumart unterschiedlich, das können zwischen 15 und 45 Kilogramm CO₂ pro Jahr sein –, dann ist das Alter des Baumes entscheidend, die Größe des Baumes, und da ist dann schon die Frage, wie man das am Ende jetzt genau regeln und berechnen will. Das muss ja auch bestimmt sein, denn das sind ja auch Steuergelder, die wir dafür am Ende ausgeben.

Das sind schon alles Fragen, wo ich mir die Frage stelle: Ist vielleicht eine Gesamtbetrachtung nicht vielleicht doch effizienter, beispielsweise Aufforstung auf Vorrat an geeigneten Flächen? Da würde ich mich freuen, wenn Sie in der zweiten Runde noch einmal auf diese Fragen eingehen können, denn wir würden dem Antrag eigentlich gern zustimmen, aber uns als FDP ist schon wichtig, dass wir das auch möglichst effizient und unbürokratisch hinbekommen. Da würde ich mich freuen, wenn Sie darauf vielleicht noch einmal in Ihrem zweiten Teil eingehen könnten, Herr Bodeit.
– Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Klaus-Rainer Rupp.

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE): Frau Präsidentin, verehrte Anwesende! Wir diskutieren über einen Antrag der CDU, dass für jeden in

Bremen gefälltten Baum ein neuer an derselben Stelle nachgepflanzt werden soll. Wir haben in Bremen 74 000 Straßenbäume, habe ich Unterlagen entnommen, und 152 000 erfasste Bäume in Parkanlagen und Grünanlagen. Das ist eine ganze Menge, und ich finde es nicht unerheblich, wenn nach acht Jahren die Bilanz an Straßenbäumen positiv ausfällt. Der Kollege Saxe hat es gesagt, es waren vor acht Jahren irgendwie 69 000, und jetzt sind es 74 000. Es ist also nicht so, dass wir durch notwendige Baumfällungen einen permanenten Schwund an Straßenbäumen haben, sondern tatsächlich sind es, zumindest erfasst, sogar mehr Straßenbäume.

Nichtsdestotrotz ist das Ziel, zu sagen, für jeden Baum in Bremen, der gefällt werden muss – -. Das haben wir schon gesagt, manchmal ist es einfach notwendig. Sie werden ja nicht gefällt, um Kaminholz zu machen, sondern sie werden gefällt, weil sie verkehrsgefährdend sind, weil sie nach Stürmen oder durch Austrocknung umstürzen können oder große Äste abbrechen können. Also diese Fällungen sind notwendig, und natürlich ist es ein gutes Ziel, zu sagen, zumindest nominell brauchen wir für jeden gefälltten Baum einen neuen. Ob das immer am selben Ort sein muss, bezweifle ich auch. Das ist manchmal gar nicht sinnvoll, denn da, wo die Bäume krank geworden sind, einen neuen Baum zu pflanzen, finde ich schwierig, weil sie da dann möglicherweise wieder schneller krank werden.

Wir haben es aber mit einem Problem zu tun, das ein bisschen tiefer geht: Die Entwicklung oder die Gefährdung von Bäumen und deren Beschädigung durch Stürme/durch Witterungsereignisse passiert in den letzten zwei, drei Jahren schneller, als wir bisher hinterherarbeiten konnten. Deswegen ist es dringend notwendig, dass wir den Umweltbetrieb Bremen, der dafür qualifiziert und auch zuständig ist, in vielfältiger Hinsicht ausstatten, sowohl fachlich ausstatten – er braucht die entsprechend qualifizierten Menschen – als auch materiell und auch von den Werkzeugen her, die er dafür braucht. Das ist alles notwendig.

Es gibt Vorlagen für den kommenden Haushalt, wo der UBB Mehrbedarfe in Höhe von insgesamt etwas über vier Millionen Euro angemeldet hat, und meiner Meinung nach müssen wir diese Bedarfe auch in irgendeiner Weise erfüllen, denn sonst wird er dieser strategischen Aufgabe, die Bäume in Bremen zu schützen, nicht gerecht, und deswegen finde ich diesen Antrag auch einfach zu kurz: Da steht erstens nur nachpflanzen. Die Frage von Baumpflege, die Frage von Pflegedefiziten wird in diesem Antrag überhaupt nicht beleuchtet,

(Abgeordneter Hartmut Bodeit [CDU]: Stellen Sie doch einen Zusatzantrag!)

aber wenn man das nicht strategisch zusammen denkt, dann findet man keine vernünftige Lösung, und man muss es meines Erachtens zusammen denken.

Erstens, wir müssen dafür sorgen, dass Pflegedefizite abgebaut werden, dass in diesem Jahr notwendige Pflegebedarfe auch – –.

(Zuruf Abgeordneter Hartmut Bodeit [CDU])

Wenn Sie eine Zwischenfrage stellen möchten, bin ich gern bereit, sie zu beantworten, aber ich kann leider nicht auf Ihre Zwischenrufe eingehen, weil ich sie akustisch auch nicht verstehe! Wenn Sie mir das verzeihen?

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Sie sollen lauter schreien! – Oder auch nicht, das war doch die Übersetzung! – Heiterkeit)

Ich weiß ja, dass in der CDU ein Teil der Oppositionsarbeit in Form von Zwischenrufen durchgeführt wird, ich halte davon nicht so besonders viel. Sei es so, es ist Ihnen aber erlaubt!

(Beifall DIE LINKE – Zuruf Bündnis Deutschland)

Ich mache das selten, wenn Sie darauf achten! Nur, wenn ich mich richtig ärgere!

Wir haben aber eine strategische Herausforderung, und wir müssen Baumpflege, Pflegedefizite und die anstehenden Baumpflegearbeiten in diesem Jahr plus Neupflanzungen zusammen denken. Das ist die strategische Aufgabe, und dafür müssen wir den UBB, wie gesagt, materiell, finanziell und auch von den Fachleuten her ausrüsten oder zumindest finanziell so ausstatten, dass externe Dienstleistungen eingekauft werden können. Das ist die Aufgabe, und die lösen wir nicht, indem wir sagen, pflanzt einfach für jeden Baum einen neuen. Das finde ich zu kurz gedacht.

Im Übrigen empfehle ich: Wenn Sie der Meinung sind, dass der UBB nicht auskömmlich ausgestattet ist, erwarte ich in den nächsten Haushaltsverhandlungen gern ausnahmsweise einmal Änderungsanträge der CDU, die sagen, ihr müsst dem UBB noch eine Million Euro mehr geben
–

(Glocke – Zuruf CDU)

ich bin auch gleich fertig! –, gebt denen eine Million mehr, und auch gleichzeitig sagen, wo es weggehen soll. Das ist konkrete politische Arbeit, nicht einfach nur einfache Forderungen zu stellen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Holger Fricke.

Abgeordneter Holger Fricke (Bündnis Deutschland): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geehrte Damen und Herren! Ein Park mitten in der Innenstadt – welche andere Stadt hat das schon? Um die Wallanlagen beneiden uns viele andere Metropolen. Wo früher die mächtigen Stadtmauern standen, wachsen heute prachtvolle Bäume.

Ein gutes Beispiel für bürgerliches Engagement ist unser Bürgerpark: eine 200 Hektar große grüne Oase zwischen Bürgerweide, Findorff und Schwachhausen! Das liebe Geld: Die Parkanlage wird ausschließlich durch Spenden finanziert. Warum soll das nicht auch mit unseren Stadtbäumen möglich sein? Einzelne Bürger, Firmen, Vereine und Verbände können Patenschaften für Bäume und Baumgruppen übernehmen. Mit den Spenden können wir die wackelige Finanzierung der Nachpflanzung auf breitere Füße stellen.

Es gibt bereits die Möglichkeit, über den Umweltbetrieb Bremen zu spenden, doch das wissen leider viel zu wenig Bremer. Lassen Sie uns in diesem Hohen Haus für die Patenschaft von Stadtbäumen werben! Eine Kampagne dafür wäre gut angelegtes Geld: für unser Klima, für unsere Bäume, für die Entlastung unserer Staatskasse, für alle Menschen unserer Stadt! – Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis Deutschland)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, einmal zu versuchen, auszurechnen, was denn in unserer Stadt monetär diese Bäume so wert wären, wenn man sie neu pflanzen müsste. Das ist eine

ziemlich enorme Summe, die dabei herauskommt: Wenn Sie die 74 000 Straßenbäume nehmen, und wir müssen beim Nachpflanzen 5 600 Euro bezahlen, dann sind es 414 Millionen Euro, die da an Werten vorhanden sind. Wenn Sie dann diese 152 000 Bäume, die Herr Rupp gerade eben erwähnt hat, mal 2 800 Euro nehmen – das ist nämlich die Summe, die wir da veranschlagen –, dann sind wir, glaube ich, bei 480 Millionen Euro. Das sind 900 Millionen Euro. Dann sind da noch die vielen Bäume, die in den privaten Gärten sind. Das heißt, nur, wenn man es nachpflanzen würde, haben wir einen reinen monetären Wert, der in die Milliarden geht. Wenn man dann noch nach der Methode Koch gehen würde, dann wäre er noch sehr viel höher.

Ich will Sie gar nicht damit langweilen. Ich will damit nur sagen, diese Bäume haben einen Wert in unserer Stadt, einen Wert, der eben gerade bei dem – das habe ich versucht, zu erklären –, was auf uns zukommt, was die Klimaanpassung bedeutet, unschätzbar ist.

Herr Imhoff, da können Sie natürlich so populistisch herumreden, wie Sie wollen, es gibt nun einmal mehr Straßenbäume in dieser Stadt, und ich habe ganz klar gesagt, wir müssen versuchen, mehr Straßenbäume in dieser Stadt hinzubekommen, und da finde ich die Bilanz nicht glänzend, aber die Bilanz ist auch nicht, wie Sie es gesagt haben – was haben Sie gesagt? –, besorgniserregend. Sie ist nicht besorgniserregend.

(Zuruf Abgeordneter Frank Imhoff [CDU])

Wir müssen gemeinsam miteinander sehen, als Baumbewegte sehen, wie wir mehr Bäume in die Stadt bekommen, und da sind natürlich Baumpatenschaften ein Stichwort, wo man es machen kann, den UBB vernünftig auszustatten ist das andere. Es gibt einige Bundesprogramme, die jetzt herausgegeben werden, weil auch der Bund erkannt hat, dass wir für die Klimaanpassung, die jetzt notwendig ist, sehr viel mehr Bäume in dieser Stadt haben müssen.

Nun muss man aber sagen, wir stehen da in Bremen jetzt nicht so schlecht da. Mit diesen 74 000 Bäumen sieht das ganz gut aus. Ich will jetzt nicht nach Bremerhaven schauen, da sieht es sehr viel schlechter aus, und es gibt auch Stadtteile in Bremen, die sehr schlecht mit Bäumen ausgestattet sind. Da kenne ich zwar Kollegen, die denken, das ist dann Gröpelingen oder vielleicht Osterholz. Das stimmt aber nicht, sondern die beiden Stadtteile, die am schlechtesten mit Bäumen in dieser Stadt ausgestattet sind, sind

Walle und Mitte, da ist es dann fast nur die Hälfte der Anzahl der Bäume. Das kann man bei BREsilient für jeden Stadtteil genau nachlesen, wo die Bäume stehen und wo sie nicht stehen. Das heißt, es ist nicht richtig, wenn man sich überlegt, wo pflanzt man die Bäume hin, zu sagen, die pflanzen wir immer dahin, wo sie umgefallen sind, sondern ich glaube, da muss man am Ende schon die Gesamtstadt in den Blick nehmen. Das ist die Kritik daran, das ist so zu einseitig.

Sie haben natürlich in Ihrem Antrag nicht gesagt, jeder Baum muss dahin gepflanzt werden, wo er umgefallen ist, das habe ich auch gelesen, sondern Sie haben gesagt, wenn das nicht geht, dann am besten in der Nähe. Das Anliegen eint uns doch, dass wir versuchen wollen – das tun wir in der Deputation, das tun wir auch im Betriebsausschuss Umweltbetrieb Bremen, da mehr hinzubekommen.

Ich finde, dass in diesem Ressort von den vielen Mitarbeiterinnen, die sich damit beschäftigen, die dieses Handlungskonzept auf die Beine gestellt haben, sehr viel gemacht wird. Wir haben ja die Bilder gesehen, was wir an größeren Pflanzgruben miteinander machen. Da zu sagen, das ist alles schlecht, was da läuft, finde ich ungerecht. Was ich richtig finde, ist, wir müssen da besser werden, und wir werden ja sehen am Ende der Haushaltsberatungen, was dann für die Bäume am Ende herausgekommen ist. Ich bin da optimistisch, dass da mehr drinstehen wird und dass wir am Ende dieser Legislaturperiode wieder mehr als 74 000 Bäume haben werden; aber das werden wir dann am Ende sehen und am Ende durchzählen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hartmut Bodeit.

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will einmal ganz am Anfang ganz kurz auf meinen Kollegen Herrn Rupp eingehen. Er hat sich gerade beklagt, unser Antrag sei zu kurz gesprungen. Ja, da muss man innerlich schon so ein bisschen lachen, denn Sie hätten ja einen Ergänzungsantrag schreiben können.

(Beifall CDU)

Das zeigt ja nur Ihr Desinteresse und dass Sie für Bäume und für das Fortkommen in dieser Stadt und auch für die Ausstattung des Umweltbetriebs an sich gar nichts übrighaben. Ich habe auch aus Ihren Worten oder aus Ihrer Debatte da auch nichts entnehmen können.

Was ich hier aber entnehme, ist, dass die anderen Fraktionen an sich alle das Problem erkannt haben und auf jeden Fall auch mitgehen wollen und natürlich mehr für Straßen-und Stadtbäume tun wollen. Allerdings – und das müsste ich auch noch einmal ganz kurz an Herrn Eicke geben, weil er ja sagt, ihr wollt das jetzt alles nur an bestimmten Standorten wieder pflanzen –: Dem muss ich etwas entgegenhalten.

Es geht uns darum, wenn irgendwo große Bäume gefällt werden, zum Beispiel in der Stresemannstraße oder wo auch immer, dann wollen wir natürlich eine Standortnähe erhalten, damit die Bürger dort, wo diese Bäume gefällt wurden, ihre Bäume zurückbekommen und auch dieses Stadtklima, weil da, gerade in der Bismarckstraße, heizt sich das auf. In Walle heizt es sich auf. Das haben Sie ja selbst gerade auch gesagt, und das wollen wir doch gemeinsam erreichen.

Dann: Ich bin doch nicht gegen Klimawälder. Ich finde das gut, das ist eine tolle Ergänzung, aber es nützt mir ja nichts, wenn in Huchting meinerwegen im Park Links der Weser dann drei neue Bäume gepflanzt werden, weil an der Bismarckstraße große Bäume entnommen wurden. Das ist doch der falsche Weg!

Damit möchte ich natürlich auch die Frage von Herrn Dr. Schröder beantworten. Das eine ist natürlich überhaupt, dass Bäume CO₂ speichern und dass wir hier natürlich immer auch von der Koalition gehört haben, wie groß der Klimanotstand ist. Wir haben uns überlegt, wenn jemand einen großen Baum wie zum Beispiel eine Eiche wegsägt, dann ist es doch gut, wenn wir einen entsprechenden Baum nachpflanzen, der diese CO₂-Kompensation dann auch auffangen kann, und nicht eine Fichte oder einen kleinen Baum oder sonst irgendetwas, sondern wir wollen, dass das in irgendeiner Art und Weise kompensiert wird.

Dann wollen wir natürlich – das auch zu Ihrem Standort eben –, dass in den Stadtteilen, die besonders leiden, da, wo die Menschen auch betroffen sind, weil dort Bäume weggesägt wurden, dass die Menschen eine Chance haben, sie wiederzubekommen, wenn es geht, und natürlich steht da eine Prüfung dahinter.

Noch einmal eine Sache, und die möchte ich einmal vorlesen: Um eine Tonne CO₂ aufnehmen zu können, muss eine Buche etwa 80 Jahre wachsen. – Herr Saxe, hören Sie gut zu! Das heißt, pro Jahr bindet die Buche 12,5 Kilogramm CO₂. Sie müssen also 80 Bäume pflanzen, um jährlich eine Tonne CO₂ zu kompensieren. Das heißt also, wir sind Ihnen eigentlich mit unserem Antrag, das eins zu eins auszugleichen, an sich doch schon sehr entgegengekommen. Wir wollen einfach, dass es nicht noch schlechter wird, weil es in den vergangenen Jahren doch wirklich, ich sage einmal, mit Beteiligung unter einer grünen Fraktion im Umweltbetrieb schlecht gelaufen ist. Es ist ein so großes Defizit an Stadt- und Straßenbäumen über die Jahre hinweg, die habe ich ja alle in meinem ersten Redebeitrag aufgezählt.

(Zuruf Abgeordneter Ralph Saxe [Bündnis 90/Die Grünen])

Das ist doch unglaublich, und das können wir doch nicht so weiterführen.

(Beifall CDU)

Deswegen nehme ich Sie auch beim Wort, wenn Sie sagen, eins zu eins ist in Ordnung, ich nehme Sie beim Wort, aber dann möchte ich auch Taten sehen. Da bin ich auch an Ihrer Seite, aber dann lassen Sie uns auch für Bäume kämpfen, und dann setzen Sie sich aber auch in den Haushaltsberatungen dafür ein, dass wir den Umweltbetrieb wirklich besser ausstatten.

(Abgeordneter Ralph Saxe [Bündnis 90/Die Grünen]: Oder Sie machen Änderungsanträge!)

Das sehen wir dann mal! – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten liegen nicht vor.

Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Kathrin Moosdorf.

Senatorin Kathrin Moosdorf: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben es eben schon gehört, Bremen ist eine Stadt mit vielen Grünflächen, und das soll sie natürlich auch bleiben. Die Zahl der Straßenbäume ist in den letzten Jahren

kontinuierlich angewachsen auf über 74 000 Ende des letzten Jahres. Der Pfad, denke ich, zeigt damit auch in die richtige Richtung. Bremen ist insgesamt eine grüne Großstadt, auch wenn die Situation, das haben wir auch gehört, in den Stadtteilen sehr unterschiedlich ist und wir da natürlich ganz genau hinschauen müssen, wo wir sehr konsequent am Thema Begrünung und Baumpflanzungen weiterarbeiten müssen.

Bäume, egal, ob sie am Straßenrand stehen, in Parks oder Kleingärten, binden CO₂, und sie sind wichtig für den Erhalt der Biodiversität, und sie sind natürlich auch wichtig für uns Menschen, für unser Wohlbefinden und für unsere Gesundheit, aber verschiedene Standortgegebenheiten und auch der Klimawandel machen unseren Bäumen stark zu schaffen. Stadtbäume haben beispielsweise mit hohen Temperaturen und Dürreperioden zu kämpfen, und teilweise gibt es aufgrund dieser Beanspruchungen keine andere Möglichkeit, als eben auch Bäume zu fällen zugunsten der Verkehrssicherung und damit natürlich dann auch zugunsten des Schutzes von Menschen und deren Hab und Gut.

Eine weitere Herausforderung ist, dass der Umweltbetrieb Bremen Flächen ja häufig auch erstmalig übernimmt und dort nachholt, was jahrelang versäumt wurde. Hierunter fällt zum Beispiel, dass die Verkehrssicherheit auch dann auf diesen Flächen wiederhergestellt wird. Hinzu kommt auch leider immer wieder, dass die Beschädigungen von Bäumen im Rahmen von Baumaßnahmen verschiedenster Couleur stattfinden.

Bei all diesen Problemen, die wir haben, ist es natürlich schon jetzt auch das politische Ziel, jeden Straßenbaum, wenn möglich, an Ort und Stelle nachzupflanzen, und dort, wo es nicht möglich ist, schauen wir natürlich, ob es Möglichkeiten gibt, möglichst in der direkten Umgebung nachzupflanzen, aber das funktioniert nicht immer. Wir haben schon verschiedentliche Gründe gehört, warum es eben auch nicht funktioniert, zum Beispiel, wenn es Leitungen in der Erde gibt oder andere technische Voraussetzungen nicht gegeben sind.

Ich denke, in einer eng bebauten Stadt gibt es eine Reihe von Zielkonflikten, die wir auch kennen: Straßenbäume konkurrieren mit geparkten Autos und Verkehrswegen, aber auch dem Wunsch der baulichen Nachverdichtung. Ein zunehmendes Problem, dem wir uns gegenübersehen ist ja, dass Neupflanzungen immer mehr Pflege brauchen, damit sie langfristig auch Überlebenschancen haben. Hintergrund ist natürlich auch hierfür maßgeblich die Klimakrise mit der entsprechenden Hitze und Dürre

im Sommer und dann eben auch im Winter mit dem vielen Wasser, das wir haben, und nicht zuletzt – das hat dann nichts mit der Klimakrise zu tun – setzt aber auch das Salz den Straßenbäumen zu, das wir ja immer noch an der einen oder anderen Stelle auch in diesem Winter gesehen haben.

Der Fakt ist, wir können die Bäume aber, wenn wir nachpflanzen, nicht einfach so in die Erde stecken, und dann wachsen sie von allein. Sie brauchen heute, wenn es Straßenbäume sind, mindestens fünf Jahre lang eine intensive Pflege und Unterstützung bei der Entwicklung. Das ist sehr arbeitsaufwendig und damit auch kostspielig. Wir haben es eben schon gehört, der UBB kalkuliert mit über 5 000 Euro pro Straßenbaum, die wir brauchen. In den Grünanlagen ist es etwas weniger, aber so lange brauchen die Bäume, und das sind eben auch entsprechende Summen, die wir aufbringen müssen.

Somit steht der UBB vor einer Herausforderung: Die Baumpflege und die Neupflanzung binden personelle Kapazitäten, führen zu höheren laufenden Kosten, und das ist ja etwas, was wir an vielen Stellen im Moment merken, dass die steigenden Kosten in einer angespannten Haushaltslage aufeinandertreffen. Baumpflanzung und Pflege kosten viel Geld, und von diesem Geld haben wir im Moment noch nicht genug für die Herausforderungen, denen wir uns gegenübersehen, obwohl wir schon mehr Geld in die Hand genommen haben, obwohl wir auch schon die sogenannten Priormittel einsetzen wollen, um den UBB entsprechend auszustatten.

Doch natürlich übernimmt mein Ressort nicht nur mit dem gerade Dargestellten, sondern auch noch weitere Anstrengungen, um die Nachpflanzungen entsprechend voranzutreiben. Wir wollen auch mit Blick auf Gelder, die es von der Bundesebene gibt, die Bemühungen weiter vorantreiben. Vor zwei Wochen haben wir einen Antrag für das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz auf den Weg gebracht. Hier geht es um ein Projektvolumen in Höhe von drei Millionen Euro, wo es um die Nachpflanzung von 500 Straßenbäumen aus Bundesmitteln geht, und jeder Euro, den wir da auch von der Bundesebene noch einmal bekommen können, ist natürlich ein sehr gut eingesetzter Euro, weil er die Anstrengungen, die wir aus dem Landeshaushalt tätigen, ergänzt und wirklich ganz konkret zur Nachpflanzung von Straßenbäumen führt.

Darüber hinaus sind auch weitere Anträge gestellt, um die Pflege von Altbäumen zu verbessern, Baumstandorte zu verbessern und auch den

Erhalt der Baumbestände damit entsprechend auszustatten und zu dem Erhalt beizutragen, denn natürlich ist unser Ziel, dass wir möglichst wenig Bäume überhaupt fällen müssen.

Wir haben es gerade schon gehört: Wir kommen natürlich im Moment nicht um eine Priorisierung herum. Wir haben das Thema Verkehrssicherungspflicht, wir haben Baumpflegemaßnahmen, denn wir wollen natürlich auch den Altbaumbestand sichern, den wir in Bremen haben, und wir wollen die Entwicklungspflege von jungen Bäumen, die schon da sind, auch entsprechend ausstatten und sicherstellen. Dann geht es im dritten Punkt um die Ersatzpflanzung gefälltter Bäume, wo die gerade dargestellten Bemühungen dann greifen. Diese Priorisierung ist notwendig im Sinne der Sicherheit der Bremerinnen und Bremer und auch im Sinne der Nachhaltigkeit von Baumpflanzungen, die ja bei den Jungbäumen entsprechend gepflegt werden müssen.

Ich finde es wichtig, dass wir auch über die Qualität und über die Langlebigkeit der bereits getroffenen Maßnahmen sprechen und nicht nur über reine Zahlen und die Anzahl von Neupflanzungen. Deshalb will ich auch abschließend noch einmal kurz auf den Baumschutz hinweisen: Es gilt, so viele Bäume wie möglich in Bremen zu erhalten und ihren Bestand zu schützen, denn auch die älteren Bäume sind natürlich, was wirtschaftliche Aspekte angeht, etwas günstiger in der Pflege als Jungbäume, und natürlich erfüllen sie außerdem ganz viele Funktionen für Menschen, für die Natur und für das Klima. Ich denke, deshalb ist es wichtig, auch auf diese ebenso unser Augenmerk zu legen wie auf die vorhandenen vielfältigen Bemühungen für die Neupflanzungen, die wir selbstverständlich auch brauchen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür: CDU, Bündnis Deutschland, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen: SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

**Viertes Ortsgesetz zur Änderung des
Entwässerungsgebührenortsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 20. Februar 2024
(Drucksache [21/125 S](#))**

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Kathrin Moosdorf.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Cord Degenhard.

Abgeordneter Cord Degenhard (Bündnis Deutschland): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Beim hier vorliegenden Entwurf zur Änderung des Entwässerungsgebührenortsgesetzes geht es im Wesentlichen um drei Ziele: Erstens, die Abwassergebühr als Einheitsgebühr soll abgeschafft werden, um die Schmutzwassergebühr und die Niederschlagswassergebühr getrennt voneinander erheben zu können. Zweitens, die bisherigen Gebührensätze sollen der Höhe nach angepasst werden, und drittens, die beabsichtigten Änderungen werden vom Senat zum Anlass genommen, zwei bisherige Gebührenbefreiungstatbestände zu beseitigen. Für all das lässt sich leicht eine Überschrift finden: Der Senat will mehr Geld, der Bürger soll es beibringen.

Schauen wir etwas genauer hin! Durch den Wegfall der Abwassergebühr und eine getrennte Ausweisung und Abrechnung der Schmutzwasser- und Niederschlagswassergebühr wird ein neuer, gesondert abzurechnender Gebührentatbestand geschaffen. Eine nachvollziehbare Begründung für dieses Wechselspiel liefert der Senat nicht, doch die dahinterstehende Absicht ist leicht zu erkennen: Es geht schlicht und einfach um Mehreinnahmen. Bisher wurde bei einer versiegelten Fläche von weniger als 1 000 Quadratmetern im Sinne von § 6 Absatz 1 eine nach Schmutzwasser und Niederschlagswasser getrennte Gebühr nur auf Antrag erhoben. Durch diese Änderung verlieren alle bisher von dieser Regelung begünstigten

Bürger ihren bisherigen Befreiungsstatus und werden zukünftig ebenfalls zu Gebührenzahlern. Hinzu kommt, dass nunmehr gleichzeitig sowohl die Annahme von Abwasser aus Schmutzwassersammelgruben als auch die Leerung von Schmutzwassersammelgruben gebührenpflichtig werden soll. Dies war nach der bisherigen Regelung nicht der Fall.

Fassen wir zusammen: Die vermeintliche Aufhebung der sogenannten Abwassergebühr hat keine grundsätzliche formelle und finanzielle Entlastung des Bürgers zur Folge, sondern schafft für den Senat lediglich den benötigten rechtlichen Rahmen, um stattdessen dem Bürger die Schmutzwasser- und Niederschlagswassergebühr gesondert in Rechnung zu stellen. Es kommt somit nicht zu einem Bürokratieabbau, sondern diese beabsichtigten Änderungen sind eher mit einer bürokratischen Aufrüstung verbunden.

Zudem legt der Senat keine plausible Erklärung für die Notwendigkeit dieser beabsichtigten Neustrukturierung der Entwässerungsgebühren vor. Die Bürger Bremens werden somit wieder einmal vom Bremer Senat doppelt abkassiert – zum einen durch eine Ausweitung, also eine Erhöhung der Gebührentatbestände, und zum anderen durch die Erhöhung der Gebühren selbst, Herr Rupp. Das ist mit Bündnis Deutschland nicht zu machen. Wir lehnen die geplanten Änderungen vollumfänglich ab. – Herzlichen Dank!

(Beifall Bündnis Deutschland)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Klaus-Rainer Rupp.

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE): Frau Präsidentin, verehrte Anwesende! Wir diskutieren das Vierte Ortsgesetz zur Änderung des Entwässerungsgebührenortsgesetzes, und ich habe selten so viel Unsinn in einer Rede gehört wie von meinem Vorgänger, der jetzt gerade gesprochen hat.

(Abgeordneter Sven Schellenberg [Bündnis Deutschland]: Das können Sie doch gar nicht beurteilen!)

Im Gegensatz zu Ihnen beherrsche ich erstens die vier Grundrechenarten, zweitens kann ich Prozentrechnung, und drittens kann ich lesen!

Erstens, ja, wir müssen jetzt alle Abwässer trennen in Schmutzwasser und Niederschlagswasser.

(Abgeordneter Piet Leidreiter [Bündnis Deutschland]: Das hat er gesagt!)

Die Ursache dafür ist jetzt ein Gerichtsverfahren, was ein Bürger oder eine Bürgerin angestrebt hat und das demnächst entschieden wird, und mit hoher Wahrscheinlichkeit bekommt die Bürgerin oder der Bürger recht, und dann entfällt die Möglichkeit, das sozusagen zusammenzufassen, also Abwassergebühren zu erheben, wie es jetzt ist, auch für Grundstücke unter 1 000 Quadratmeter. Das ist ein bisschen Schilda, das ist mir auch klar, aber dagegen kann man nichts machen. Wenn ein Gericht urteilt, dass das nicht mehr rechtlich zulässig ist, dann muss man als Senat oder als Landesregierung entsprechend handeln. Ich wüsste jetzt nicht, wie man ein solches Urteil umgehen kann.

Die Folge ist, dass Bremen jetzt überflogen werden muss. Es müssen Fotos von allen Grundstücken und auch von denen unter 1 000 Quadratmetern gemacht werden, um einschätzen zu können, Wie viel Niederschlagswasser geht eigentlich ins Abwasser, und wie viel geht ins Grundwasser, plus das normale Schmutzwasser, also das, was man an Trinkwasser reinholt und dann durch den Ausguss wieder rausschickt. Dieser Umstand ist mir vollständig schleierhaft. Ich bin da konsterniert, weil es für die Bürgerinnen und Bürger überhaupt keine Vorteile bietet, diese Regelung so zu ändern, ich weiß nicht, was diesen Menschen geritten hat, ein solches Urteil anzustreben!

Der zweite Grundirrtum ist, dass das, was der UBB an Gebühren erhebt, in irgendeiner Weise beim Land oder bei der Stadt Bremen landet. Das, was da an Gebühren erhoben wird, dient erstens zu einem kleinen Teil der Finanzierung der Arbeit des UBB – also die Rechnungen müssen ja gestellt werden und so weiter, da ist ein Verwaltungsaufwand dahinter –, und der überwiegende Löwenanteil geht an die hanseWasser GmbH, und die diktieren im Moment aufgrund von Leistungsverträgen das, was wir an sie für ihre Arbeit in der Abwasserentsorgung bezahlen müssen. Es gibt nämlich Verträge mit dieser hanseWasser GmbH, worin steht, dass Erzeugerpreisindex, Energiepreisindex und ähnliche Indexe, die in den letzten zwei Jahren ziemlich durch die Decke gegangen sind, in Form von Preiserhöhungen eins zu eins an die Freie Hansestadt Bremen weitergegeben werden können. Das generiert für diese GmbH bei einem

Jahresumsatz von ungefähr 100 Millionen Euro regelmäßig Umsatzrenditen von bis zu 20 Prozent.

Die Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler bezahlen also nicht den Senat oder den Landeshaushalt, sondern sie bezahlen die Gewinne der Gesellschafter von hanseWasser, und das sind die EWE und die swb. Die Freie Hansestadt Bremen hat auch noch 25 Prozent Anteile, hat aber ihre Gewinnanteile früher in Verträgen verkauft, sodass sie von den bis zu 17, 18 Millionen Euro vor Steuern in der Regel nur 300 000 Euro sieht. Dieser Vertrag ist der Grund für diese Preiserhöhungen. Wir kommen nicht darüber hinweg.

Wir können diese Fehlbeträge auch nicht aus dem Haushalt ausgleichen, weil das Geld im Haushalt nicht da ist, also sind wir gezwungen, dieses Geld schweren Herzens weiterzugeben – erstens, weil es dieses Urteil gibt, das uns zwingt, diese Abwässer getrennt abzurechnen, und zweitens, weil hanseWasser indexierte Leistungsverträge hat, und die Kostenerhöhungen, die daraus entstehen, sind meiner Meinung nach, und ich habe noch nichts anderes gehört und gefunden, nicht verbunden mit realen Kostensteigerungen bei hanseWasser. Das werden wir ja sehen. Es gibt entsprechende Anfragen, aber am Ende des Tages wird sich herausstellen, dass indexierte Leistungsverträge nicht die tatsächlichen Kosten abbilden und deswegen meiner Meinung nach auch nicht gerechtfertigterweise auf Gebühren umgelegt gehören, nur dieses Mal haben wir keine andere Wahl. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Derik Eicke.

Abgeordneter Derik Eicke (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um die notwendige Änderung am Entwässerungsgebührenortsgesetz. Das ist ein formelles Thema, mit dem wir uns auch schon zweimal in der Deputation für Klima, Umwelt und Landwirtschaft beschäftigt haben. Deswegen wundert es mich jetzt ein bisschen, dass die Informationen in Ihrer Fraktion vielleicht nicht so weitergegeben worden sind, wie sie denn sind, denn mein Vorredner hatte es eben schon einmal gesagt: Es gibt ein Gerichtsverfahren und eine Rechtsprechung, die uns zwingen, das zu machen. Das ist also keine Sache

dessen, dass der Senat irgendwie etwas möchte, sondern das ist eine Notwendigkeit, die wir jetzt machen.

(Vizepräsidentin Sahhanim Görgü-Philipp übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben jetzt die Änderungen vorliegen, und da geht es um zwei Aspekte: Einerseits, der erste Aspekt betrifft die Anpassung der Gebührensätze. Es wurde eben auch schon gesagt, der Hauptfaktor bei der Bestimmung der Gebührensätze ist das Entgelt, das wir an die hanseWasser Bremen GmbH bezahlen müssen, und diese Berechnung basiert auf verschiedenen Indexentwicklungen, seien es gesamtwirtschaftliche Einflüsse, globale Ereignisse der letzten Jahre wie die Coronapandemie und so weiter, und das hat erhebliche Steigerungsraten in der Preisentwicklung gebracht, und das führt eben zu einer Anpassung der Gebühren.

Des Weiteren ist es gemäß § 12 Absatz 2 des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes erforderlich, dass Gebühren nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ermittelt werden. Abweichungen zwischen den kalkulierten und den tatsächlichen Kosten müssen ausgeglichen werden. Auch da können wir gar nichts machen. Also das ist schon einmal das mit den Gebühren.

(Präsidentin Antje Grotheer übernimmt wieder den Vorsitz.)

Der zweite Aspekt betrifft die Änderung des geltenden Gebührenmodells, was gerade angesprochen worden ist, und aufgrund der Rechtsprechung, was ich schon sagte, und der laufenden Rechtsstreitigkeiten ist es eine Tatsache, dass wir die Berechnung trennen müssen bei Niederschlags- und Schmutzwasser.

Die Niederschlagswassergebühr soll auf Grundlage des Flächenmaßstabs berechnet werden, was inzwischen aber auch in der Bundesrepublik völlig normal ist, das machen die anderen Kommunen auch, und die Stadtgemeinde wird damit auch die Grundstücke unter 1 000 Quadratmeter betrachten und so alle Grundstückseigentümer in gleichbehandeln, was ja auch sozusagen das Ziel des Klägers war. Was das Positive dabei ist: Insbesondere durch die getrennte Veranlagung der Niederschlagswassergebühren werden vielleicht Anreize geschaffen, um Flächen zu entsiegeln und die Versickerung von Niederschlagswasser zu fördern. Das heißt, das ist auch ein wichtiger Schritt für so eine

wassersensible Stadtentwicklung und trägt auch zu unserem Ziel der Schwammstadt bei. Das ist ja das Erhoffte, was man macht.

Insgesamt sind die vorgeschlagenen Änderungen am Entwässerungsgebührenortsgesetz wichtig, um sicherzustellen, dass unsere Gebührenstruktur den aktuellen wirtschaftlichen und rechtlichen Anforderungen gerecht wird und gleichzeitig unsere langfristigen Ziele einer nachhaltigen Stadtentwicklung unterstützt werden. Ich bitte daher um Zustimmung. – Danke schön!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsidentin Antje Grotheer: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, erlaube ich mir den Hinweis, Herr Kollege, dass Sie den Beweis für die Frage, ob ein anderer Abgeordneter lesen, schreiben oder rechnen kann, noch nicht angetreten haben, okay? Ich hoffe, das reicht als Hinweis!

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hartmut Bodeit.

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es geht um den Entwurf des Vierten Ortsgesetzes zur Änderung des Entwässerungsgebührenortsgesetzes, so heißt es genau, Drucksache [21/125](#) S, vom 20. Februar 2024. Nach diesem Entwurf, den wir als CDU-Fraktion sehr kritisch sehen, erhöhen sich die Kosten für Bremerinnen und Bremer um mehr als 17 Prozent. Nach Anfang 2023 ist dies die zweite Anhebung innerhalb kürzester Zeit. Für eine vierköpfige Familie bedeutet dies eine weitere Mehrbelastung von 65 Euro pro Jahr. Vom Wahlversprechen stabiler Gebühren haben sich der Senat Bovenschulte und seine rot-grün-rote Koalition damit längst verabschiedet.

(Zuruf Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen])

Wie bitte?

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Und wie lautet Ihr Vorschlag, dass der Senat das umsetzen wird?)

Darüber hinaus wird mit dem neuen Berechnungsmodell ein System mit einem Riesenverwaltungsaufwand installiert, das die Verbraucherinnen und Verbraucher in Bremen nicht überschauen können, da es intransparent ist. So rechnen die Kommunen wie auch Bremen die Zinsen des Fremdkapitals und die Abschreibung in die Abwassergebühr mit ein. Ob es sich bei den

Zinsaufwendungen um marktübliche Zinsen für einen Kommunalkredit handelt oder die Abschreibungen nicht zu hoch angesetzt sind, lässt sich nicht überprüfen.

Auch der Aufwand, die Grundstücke mit Drohnen zu vermessen, stellt einen sehr großen Verwaltungsaufwand dar, mit dem sich die Angemessenheit und Bewertung der Objekte beziehungsweise Grundstücke nicht überprüfen lässt. Besonders zu beachten ist jedoch, dass den Kommunen untersagt ist, mit Gebühren und Dienstleistungen Überschüsse zu erwirtschaften, um damit etwa den defizitären öffentlichen Nahverkehr oder andere Aufgaben zu finanzieren. So hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof zum Beispiel den Drohneneinsatz für eine Gemeinde in Bayern kürzlich verboten. Wir als CDU-Fraktion lehnen diese erneute Gebührenerhöhung absolut ab. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU, Bündnis Deutschland)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Marcel Schröder.

Abgeordneter Dr. Marcel Schröder (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat, das Gebührenmodell muss geändert werden. Das hat sich der Senat tatsächlich nicht ausgedacht, das ergibt sich aus dem Urteil des Verwaltungsgerichts Bremen vom 30. Juni 2023, Aktenzeichen 2 K 481/16, wenn Sie das noch einmal nachlesen möchten. Dort wurde festgestellt, dass die bislang gewährte 1 000-Quadratmeter-Grenze, die wir bisher hatten, willkürlich ist, und wenn es einen Vorwurf in einem Rechtsstaat gibt, dem man sich nicht aussetzen möchte als Gesetzgeber, dann, dass man willkürlich handelt. Demnach muss in Zukunft jetzt auch bei Grundstücken, die kleiner als 1 000 Quadratmeter sind, die Schmutzwasser- und Niederschlagswassergebühr getrennt erhoben werden, wobei die Schmutzwassergebühr nach der Menge abgerechnet wird und die Niederschlagswassergebühr nach der Fläche.

Diese vorherige Regelung, die leider gekippt wurde, war zwar effizient, aber eben nicht einzelfallgerecht genug, und das ist ärgerlich, denn das, wie wir es jetzt machen müssen, ist leider furchtbar ineffizient. Das ist eigentlich sogar fast das umgekehrte Paretoprinzip, denn jeder, der ein Grundstück hat, muss in Zukunft diese Niederschlagswassergebühren bezahlen. Je mehr Quadratmeter versiegelte Fläche, desto höher die Gebühr: Es muss

also von jedem Grundstück die Größe der versiegelten Fläche ermittelt werden, und bei Rasengittersteinen zählt nur die Hälfte.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja! Ich habe Rasengittersteine!)

Einige freuen sich, die haben Rasengittersteine, sehr gut!

Betroffen sind 108 000 von 114 000 Grundstücken. Diese 108 000 der 114 000 Grundstücke machen aber nur 26 Prozent der gesamten Fläche aus. Deswegen sage ich das mit dem umgekehrten Paretoprinzip. Das ist ärgerlich, das ist teuer, das ist ineffizient.

(Beifall FDP)

Aber da kann man nichts machen, denn so ist das in einem Rechtsstaat, aber dass Sie da drüben es nicht so mit dem Rechtsstaat haben, wissen wir schon.

An diesem Beispiel sieht man aber auch sehr gut, dass der Gedanke der Einzelfallgerechtigkeit dem Gedanken der Effizienz manchmal diametral zuwiderlaufen kann, und deswegen, dass dieser Änderungsbedarf besteht, daran wollen wir als FDP gar nicht meckern; dass dieser Bedarf besteht, da kann man nichts machen, das sehen wir.

Der Grund, warum wir trotzdem gegen dieses Ortsgesetz stimmen, ist die Umsetzung dieser Gebührenerhebung, mit der wir nicht einverstanden sind. Nach unserer Auffassung ist das zu bürokratisch geregelt worden. Das führt zu einem sehr hohen Verwaltungsaufwand, auch zu sehr hohen Verwaltungskosten und auch zu einem hohen Aufwand für die Eigentümer. Wir haben das im Verfahren früh angemerkt, sowohl im UBB als auch in der Deputation, und auch angeregt, statt auf Drohnen vielleicht auf Satellitenbilder zurückzugreifen. Wir haben ja so das eine oder andere Unternehmen hier in Bremen, das mittlerweile sehr moderne und sehr gute Satelliten hat. Man kann heutzutage bis zu 14 Zentimeter genau Grundstücke erfassen mit Satelliten. Das ist genauer, als uns aus sicherheitspolitischer Perspektive an der einen oder anderen Stelle lieb sein kann, jedenfalls könnte man jeden Quadratmeter Rasengitterstein damit erfassen. Das hätte man vielleicht nutzen können für Luftaufnahmen, und dann hätte man sich vielleicht auch die Selbstauskunft sparen können, aber das wurde meines Wissens nicht ernsthaft geprüft.

Man muss es so klar sagen: So, wie das Verfahren zur Erhebung der Entwässerungsgebühren jetzt geplant ist – erst mit der Befliegung, dann mit der Selbstauskunft, falls es doch wieder anders ist –, droht das zur Grundsteuer 2.0 zu werden, und deswegen können wir das Ganze so nicht mittragen und lehnen es ab, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall FDP)

Ein weiterer Punkt, den wir kritisch sehen, ist das Projekt zur möglichen Rekommunalisierung der Trinkwasserversorgung bis 2029, was in die Kosten auch mit hineinfließt. Das führt zu erheblichen Mehrkosten, die sich am Ende auch in den Entwässerungsgebühren wiederfinden. Allein das hierfür erforderliche Gutachten hat 1,5 Millionen Euro gekostet, und wir Freien Demokraten sehen die Rekommunalisierung oder eine mögliche Rekommunalisierung der Trinkwasserversorgung kritisch.

(Zuruf Abgeordneter Arno Gottschalk [SPD])

Es ist doch völlig offensichtlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Stadt Bremen überhaupt nicht die finanziellen Mittel haben wird, um die Trinkwasserversorgung irgendwann einmal zurückzukaufen. Dieses Projekt könnten wir uns sparen, dann wären auch die Entwässerungsgebühren geringer, und aus diesen beiden Gründen lehnen wir dieses Gesetz ab, nicht, weil wir das Gerichtsurteil nicht akzeptieren. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen! Jetzt zum Abschluss – nein, fast zum Abschluss, das letzte Wort hat natürlich die Senatorin dann! – muss ich hier ein paar Sachen, glaube ich, einmal richtigstellen: Also ist nicht so gewesen, das hat sich doch hoffentlich jetzt herumgesprochen, dass die Leute mit Grundstücken von unter 1 000 Quadratmetern vorher nichts bezahlt haben und jetzt die armen Leute dran sind, etwas zu bezahlen. Das ist einfach nicht richtig, und es wäre natürlich auch völlig ungerecht gewesen, wenn man so eine Lösung gehabt hätte. Ich weiß gar nicht, wie man darauf kommen kann, überhaupt so etwas zu denken. Aber noch einmal richtiggestellt: Alle zahlen auch jetzt schon etwas, und wir haben eine

Situation, dass es eine Rechtsprechung gibt, die besagt, da willkürlich bei 1 000 Quadratmetern eine Grenze zu setzen, das ist nicht richtig. Darüber sind wir uns ja auch von der rechtlichen Bewertung auch völlig einig.

Ich möchte auch eines noch betonen und noch einmal etwas stärker betonen, was der Kollege Eicke gesagt hat: Diesen Anreiz, stärker zu entsiegeln, das ist, finde ich, das, was ökologisch wertvoll ist in dem, was wir da hoffentlich gleich miteinander beschließen werden. Man verdient Geld damit, wenn man entsiegelt, man verdient dann gleichzeitig damit sowieso Geld für die Umwelt, aber man verdient auch noch Geld für quasi das eigene Portemonnaie.

Jetzt wollte ich noch ein bisschen etwas zum Thema hanseWasser sagen! Es ging dabei nicht um Trinkwasser, sondern wir reden im Augenblick über die Rekommunalisierung von hanseWasser, also es geht um Abwasser. Dass die Trinkwasserkonzessionen auch auslaufen werden, ist auch eine Sache, aber so weit sind wir noch gar nicht, dass wir darüber nachdenken können. Das heißt, wir reden hier über Abwasser. Da muss ich auch ein bisschen den Kollegen Rupp nicht korrigieren, das weiß er ja alles.

Wir haben 25,1 Prozent an hanseWasser, und hanseWasser verdient jedes Jahr etliche Millionen dabei. Wir bekommen ein paar Hunderttausend Euro für unsere 25,1 Prozent. Das ist keine wahnsinnig gute Rendite. Das hat natürlich einen Grund, das weiß der Kollege Rupp auch, denn vor langer Zeit ist damit einmal richtig Geld gemacht worden, und von daher haben wir monetär davon profitiert, und jetzt müssen wir sozusagen diese Suppe auslöffeln, dass wir nämlich Verträge haben. Wir sind gezwungen, diese Gebühren so zu erheben. Wir können nicht einfach sagen wie die CDU, na ja, dann erhöhen wir das nicht. Das können wir schon sagen, aber dann müssen wir es aus dem Haushalt bezahlen. Das ist die Alternative, die Sie uns hier vorschlagen. Das möchte ich nicht machen, sondern Gebühren müssen eben auch das widerspiegeln, was es da tatsächlich an Kosten gibt.

Ich werbe sehr dafür, dass wir bei diesem Prozess mit hanseWasser darüber nachdenken: Was ist das Beste für die Freie Hansestadt Bremen? Das Beste für die Freie Hansestadt Bremen ist es bestimmt nicht, wenn wir weiter unsere 25,1 Prozent behalten und weiterhin nur ein paar Hunderttausend Euro bekommen. Wir müssen etwas an dieser Konstruktion verändern. Wir können nicht einfach diesen Vertrag um fünf Jahre fortsetzen, das wäre sehr ungünstig für die Freie Hansestadt Bremen.

Ich glaube, bei den Zukunftsaufgaben, die wir haben – wir haben über Schwammstadt, Klimaanpassung und so schon gesprochen –, ist es wichtig, dass wir uns mehr um dieses Thema kümmern. Das sind wirkliche Zukunftsaufgaben, und deswegen werde ich dafür, dass wir alle miteinander einmal unsere ideologischen Scheuklappen wegwerfen und einfach nur einmal schauen: Was ist gut im Sinne der Klimaanpassung, und was ist gut für die Freie Hansestadt Bremen? – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Präsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten liegen nicht vor.

Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Kathrin Moosdorf.

Senatorin Kathrin Moosdorf: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Abschließend geht es jetzt noch einmal um die Anpassung des Entwässerungsgebührenortsgesetzes, das die Frage regeln soll, welche Gebühren für Grundstückseigentümerinnen rund um den Niederschlag und rund um Schmutzwasser anfallen und wie hoch diese Gebühren sein sollen.

Was umfasst diese Neuregelung? Erstens passen wir die Gebühren an. Das machen wir regelmäßig und orientieren uns daran, wie sich beispielsweise Energiepreise, Lohnkosten und andere Indizes entwickeln, und das bedeutet natürlich auch eine Gebührenanpassung, dass die Gebühren steigen. In Zeiten der Inflation und allgemeinen Kostensteigerungen ist das aber tatsächlich eine erwartbare Entwicklung.

Der Beschlussvorschlag sieht aber zweitens eine grundlegende Umstellung des Gebührenmodells vor. Wir werden in Bremen künftig für alle Grundstücke, wie übrigens fast alle großen Kommunen in Deutschland, eine getrennte Gebühr einführen – für die Entsorgung von Schmutzwasser auf der einen Seite beziehungsweise Niederschlagswasser auf der anderen Seite. Zuletzt haben wir diese getrennte Gebühr, das haben wir schon gehört, nur für Grundstücke mit mehr als 1 000 Quadratmetern versiegelter und an die Kanalisation angeschlossener Fläche erhoben.

Trotz eines hohen Verwaltungsaufwands wollen wir künftig auf diese getrennte Gebühr umstellen, dann auch für alle. Dafür gibt es mindestens drei wichtige Gründe. Das Erste ist die Rechtsprechung. Die Rechtsprechung hat uns sehr deutliche Hinweise gegeben, dass wir in

dieser Frage nachsteuern müssen. Zweitens ist natürlich ein Grund, dass wir damit auch mit anderen Kommunen gleichziehen, das Modell hat sich ja in vielen anderen Kommunen auch schon bewährt, und der dritte Grund ist der, den wir auch schon gehört haben, dass es noch einen wichtigen Effekt gibt: Wir erhoffen uns natürlich durch diese getrennte Entwässerungsgebühr auch einen gewissen Lenkungseffekt. Jeder versiegelte Quadratmeter wird mit der Niederschlagswassergebühr belegt, und wer mehr Grün, mehr Durchlässigkeit für Wasser auf seinem Gelände oder in seinem Garten hat, zahlt entsprechend weniger. Ich denke, dass das einen guten Anreiz für den einen oder für die andere bietet, sein/ihr Grundstück auch zu entsiegeln, denn wir wollen ja, dass Bremen eine Schwammstadt wird und dass das nicht nur auf öffentlichem Grund so ist, sondern auch auf privaten Flächen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Auf dem Weg zu der Niederschlagswassergebühr haben wir auch noch einen gewissen Verwaltungsaufwand vor uns, denn Bremen ist besonders, wir haben eine sehr besondere Bebauungsstruktur. Es gibt viele kleine, auch sehr kleine Grundstücke, und für alle werden wir nun die getrennte Entwässerungsgebühr erheben.

Wir haben es eben schon gehört, wir müssen bei 108 000 Grundstücken erheben, wie viel versiegelte Fläche darauf ist. Erst dann können wir die Niederschlagswassergebühr entsprechend bescheiden. Das braucht jetzt etwas Zeit und übrigens keine Drohnen, sondern Flugzeuge, mit denen das geschehen wird. Wir werden also Luftbilder haben, die die versiegelten Flächen aller Grundstücke ermitteln, um darauf aufbauend die endgültige Feststellung der Niederschlagswassergebühr vornehmen zu können.

Selbstverständlich werden wir die Eigentümerinnen und Eigentümer der jeweiligen Grundstücke in die Verfahren miteinbeziehen. Deshalb wird bis zum Abschluss der endgültigen Datenermittlung nur die Schmutzwassergebühr bei den betroffenen Grundstückseigentümern festgesetzt werden und die Niederschlagswassergebühr noch nicht.

Abschließend möchte ich noch einmal festhalten, wir setzen mit dem vorliegenden Gesetz eine gerichtliche Forderung um und passen die Gebühren an die aktuellen Verhältnisse an, und nicht zuletzt führen wir ein Modell ein, das auch einen Anreiz bietet, Bremens Weg zur Schwammstadt weiter mitzugehen. Deshalb bitte ich Sie heute auch, dem entsprechenden

Gesetz zur Änderung des Entwässerungsgebührenortsgesetzes hier zuzustimmen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Cord Degenhard.

Abgeordneter Cord Degenhard (Bündnis Deutschland): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin der Letzte, der nicht bereit wäre, zuzugeben, einen Fehler gemacht zu haben, das will ich hier einmal ganz deutlich vorausschicken. Im Moment tendiere ich ein wenig dazu, bin allerdings noch nicht völlig überzeugt. Ich habe mir eben noch einmal im winRICH-/iRICH-System die Begründung des Senats für diesen Antrag durchgelesen, zumindest überflogen, sage ich einmal. Ich habe nicht einen Hinweis, nicht eine Silbe gefunden, die darauf hinweist, dass eine Grundlage dafür die gerichtliche Vorgabe ist. Ich habe das eben nicht gefunden. Wenn es so ist, ich habe das nicht gewusst und bitte insofern um Entschuldigung und wäre dann auch bereit, mich ein klein wenig zurückzunehmen – allerdings nicht in Gänze! – Ich danke Ihnen!

(Beifall Bündnis Deutschland)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Marcel Schröder.

Abgeordneter Dr. Marcel Schröder (FDP): Entschuldigung angenommen! Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eine Sache noch zu dieser Lenkungswirkung, die mich so ein bisschen stört: Es gibt auch Unternehmen, die können oder dürfen gar nicht entsiegeln, auch aus Gründen des Wasserschutzes. Gibt es für diese denn einen Ausnahmetatbestand in der Regelung? Ich glaube, nicht! Das geht ein bisschen daneben in der Debatte, finde ich.

(Zuruf Abgeordneter Frank Imhoff [CDU])

Dann hat Herr Saxe mir gerade vorgeworfen, ich hätte das irgendwie miteinander vermischt mit Trinkwasserversorgung und Stadtentwässerung: Natürlich weiß ich, dass es hier um Abwasserentsorgung geht. Ich habe mich bezogen auf die Projektkosten des Projekts Neuorganisation der Stadtentwässerung und Trinkwasserversorgung ab 2029, und diese Projektkosten wurden eben mit einkalkuliert. Das steht auf Seite 4 der

Vorlage – Anlage 2 – zur Sitzung des Umweltbetriebs vom 30. November letzten Jahres, wo wir beide waren, und darin steht: Die Gesamtkosten betragen hier 1,685 Millionen Euro. Darauf habe ich mich eben bezogen.

(Zuruf Abgeordneter Arno Gottschalk [SPD])

Das wollte ich eben noch einmal klarstellen, dass auch diese Kosten da mit einfließen, und wenn man diese möglicherweise Rekommunalisierung kritisch sieht, dann kann man sich diese 1,6 Millionen Euro sparen. Darauf wollte ich hinweisen. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Präsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Vierte Ortsgesetz zur Änderung des Entwässerungsgebührenortsgesetzes beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür: SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen: CDU, Bündnis Deutschland, FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Petitionsbericht Nr. 7

Bericht und Antrag des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung

vom 1. März 2024

(Drucksache [21/135 S](#))

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist getrennte Abstimmung beantragt.

Zuerst lasse ich über die Petition S 21/28 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petition in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür: SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, Bündnis Deutschland)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen: FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Jetzt lasse ich über die restlichen Petitionen abstimmen.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt. – Vielen Dank!

Meine Damen und Herren, ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 19:06 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 12. März 2024

Anfrage 7: Bedeutung der alten Kirchwege im Bremer Nordosten Anfrage der Abgeordneten Derik Eicke, Anja Schiemann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 7. Februar 2024

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit sind die alten Kirchwege in Oberneuland, Borgfeld und umzu für die Öffentlichkeit nutzbar, und in welchen Zustand befinden sie sich?
2. In welchem Rahmen sind diese Wege systematisch erfasst?
3. Inwieweit bieten diese alten Wege eine sinnvolle Ergänzung der aktuellen Fußwege?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Die historischen Wegeverbindungen, die in früheren Jahrhunderten als Kirch- oder auch Schulwege genutzt wurden, sind teilweise heute noch erkennbar. Sie führen jedoch häufig über privaten Grund und sind dort nicht Teil des öffentlichen Wegenetzes. Abschnittsweise werden die privaten Wege dennoch von der Allgemeinheit genutzt. Von einigen Eigentümer:innen wird dies geduldet, vereinzelt wurde auch das Gespräch mit der Stadt Bremen bezüglich eines Flächenankaufs gesucht. In anderen Fällen führt die öffentliche Nutzung wiederum zu Konflikten mit den Eigentümer:innen, die zum Teil bereits mit der Schließung der betreffenden Abschnitte für die Allgemeinheit reagierten.

Neben den Abschnitten in privater Hand schließen die Verläufe der alten Kirchwege auch öffentliche Wege ein. Entsprechend den heterogenen Eigentumsverhältnissen und den unterschiedlichen Zuständigkeiten bezüglich der Unterhaltung befinden sich die Wege in unterschiedlichem Zustand.

Zu Frage 2: Zu den Verläufen der alten Kirchwege existiert bei den Ortsämtern historisches Kartenmaterial, das jedoch nicht vollständig digital

vorliegt. Darüber hinaus wurden zu einzelnen Abschnitten, die in der Vergangenheit Gegenstand von Verhandlungen zwischen Eigentümer:innen und Stadt waren, weitere Informationen zusammengetragen. Eine systematische Erfassung der alten Kirchwege wie Abschnitte inklusive Zustand, Eigentumsverhältnissen, gegebenenfalls Widmung, Bewertung der Netzbedeutung durch die Verwaltung liegt nicht vor.

Zu Frage 3: Die Bedeutung der alten Kirchwege variiert je nach Abschnitt. In Kombination mit dem öffentlichen Straßen- und Wegenetz werden sie sowohl als Abkürzungen im Alltag als auch im Rahmen von Spaziergängen genutzt. Da beide Funktionen – Stadtteilverbindung und Freizeit – im Rahmen der Fußverkehrsförderung relevant sind, kommen die Wege grundsätzlich für eine Verdichtung des öffentlichen Fußwegenetzes in Betracht. Dies kann vor allem dort sinnvoll sein, wo heute aufgrund von Barrierewirkungen größere Umwege für den Fußverkehr bestehen oder wo durch die Kirchwege attraktive Grünverbindungen als Alternativen zu schmalen Gehwegen entlang von Hauptverkehrsstraßen geschaffen werden könnten. Wo sich die Wege neben dem Fuß- auch für den Radverkehr eignen, gilt Entsprechendes.

Über diese grundsätzlichen Überlegungen hinaus muss die konkrete Einschätzung, inwiefern die Ergänzung der öffentlichen Wege durch die alten Kirchwege sinnvoll und machbar ist, einzelfallbezogen erfolgen.

Anfrage 8: Konzert der Band „Böhse Onkelz“ in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Kevin Lenkeit, Selin Arpaz, Mustafa Güngör
und Fraktion der SPD
vom 7. Februar 2024

Wir fragen den Senat:

1. Unter welchen Voraussetzungen ist es möglich, die Bürgerweide für Konzerte zu mieten, und unter welchen Voraussetzungen kann Interessent:innen eine solche Vermietung versagt werden?
2. Lügen nach Einschätzung des Senats die Voraussetzungen für eine Ablehnung einer Konzertanfrage der Band Böhse Onkelz vor, deren Titel in der Vergangenheit von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften unter anderem als „tendenziell nationalsozialistisch“ indiziert wurden und deren Fans weiterhin in Teilen dem rechtsextremen Milieu

zuzurechnen sind, und falls ja, warum ist die Anfrage nach Kenntnis des Senats nicht abgelehnt worden?

3. Rechnet der Senat mit Protesten gegen den Auftritt der Band Böhse Onkelz am 17. August 2024 auf der Bürgerweide, befürchtet er Auseinandersetzungen zwischen Demonstrant:innen und Konzertbesucher:innen, und falls ja, wird der Senat die Kosten für die zum Erhalt der öffentlichen Sicherheit benötigten zusätzlichen Polizeikräfte dem Veranstalter dieser gewinnorientierten Großveranstaltung in Rechnung stellen?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Die Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation hat bereits frühzeitig eine rechtliche Prüfung zu der Frage der Zulassung oder Versagung des Konzertes auf der Bürgerweide veranlasst. In diesem Kontext sind auch die allgemeinen rechtlichen Maßstäbe für die Zulassung oder Versagung von Veranstaltungen auf der Bürgerweide dargelegt worden. Hiernach sind einer Versagung sehr enge Grenzen gesetzt. Die Versagung einer Nutzung muss objektiv durch sachliche Gründe gerechtfertigt sein.

Die Fläche der Bürgerweide stellt, sofern sie unter anderem für Konzerte an Nutzer:innen überlassen wird, eine öffentliche Einrichtung dar, zu der gemäß dem Gleichbehandlungsgrundsatz aus Artikel 3 Absatz 1 Grundgesetz (GG) den interessierten Nutzer:innen Zugang zu gewähren ist.

Der Schutz von anderen Rechtsgütern sowie die Wahrung der öffentlichen Sicherheit können solche sachlichen Gründe darstellen, die einer Nutzung entgegenstehen. Wesentlich ist jedoch, dass diese Gründe so gewichtig sein müssen, dass die Versagung der Nutzung, insbesondere, wenn sie aufseiten der Nutzer:innen ihrerseits in Grundrechte eingreift, gerechtfertigt erscheint. Insoweit müssen valide Anhaltspunkte für eine konkrete Gefährdungslage bestehen.

Zu Frage 2: Nach Einschätzung des Senats handelt es sich bei „Böhse Onkelz“ um eine Band, die in der Anfangszeit ihres Bestehens zu Beginn der Achtzigerjahre gewaltverherrlichendes und ausländerfeindliches Gedankengut propagierende Lieder veröffentlicht hat, die auch indiziert wurden. Die Band selbst distanziert sich seit den Neunzigerjahren von diesen Inhalten und trat in den letzten Jahren bei Konzerten gegen

rechtsextreme Politik auf, zum Beispiel im Jahr 1993 bei einem vom Bremer Senat organisierten Konzert gegen Rassismus und Rechtsextremismus in Bremen. Die Distanzierung wird von mehreren Experten als glaubwürdig eingeschätzt. Dennoch ist nicht auszuschließen, dass in einem mit rund 30 000 Personen sehr großen Publikum bei dem Konzert am 17. August 2024 Besucher:innen auch dem rechtsextremen Milieu zuzurechnen sind.

Obwohl es keine bekannten gravierenden Probleme im Sinne der Fragestellung bei Konzerten der Band in den letzten Jahren gab, wurde schon Ende letzten Jahres zwischen der Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation und der M3B GmbH im Aufsichtsrat ein sensiblerer Umgang mit diesem Konzert und auch hinsichtlich zukünftiger Anfragen verabredet. Weiterhin ist die Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation in enger Abstimmung mit dem Senator für Inneres und Sport, hat einen Dialog mit dem Clubverstärker e. V., dem Verband der Bremer Musikspielstätten, aufgenommen und steht in Kontakt mit dem Veranstalter des Konzertes im Hinblick auf mögliche Awarenessmaßnahmen.

Auf Basis der rechtlichen Prüfung ist festzustellen, dass derzeit keine Voraussetzungen für eine Ablehnung der Konzertanfrage des Veranstalters für ein Konzert der Band Böhse Onkelz auf der Bürgerweide am 17. August 2024 beziehungsweise für eine Versagung des Konzertes vorliegen.

Zu Frage 3: Zum jetzigen Zeitpunkt liegen dem Ordnungsamt Bremen keine Versammlungsanmeldungen im Zusammenhang mit dem Konzert am 17. August 2024 vor. Dennoch ist nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden nicht auszuschließen, dass es zu Protesten gegen das Konzert und am Rande auch zu Auseinandersetzungen unter einzelnen Akteuren kommt. Die Sicherheitsbehörden bewerten die Lage fortlaufend und bereiten sich entsprechend vor.

Eine Gebührenerhebung für die Kosten für die zum Erhalt der öffentlichen Sicherheit benötigten zusätzlichen Polizeikräfte gegenüber dem Veranstalter dieser gewinnorientierten Großveranstaltung ist nach § 4 Absatz 4 Bremisches Gebühren- und Beitragsgesetz grundsätzlich denkbar, allerdings auf Basis der derzeitigen Einschätzung nicht gerechtfertigt.

Anfrage 9: Unterstützung für wohnungs- und obdachlose Menschen im Winter

Anfrage der Abgeordneten Katharina Kähler, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

vom 7. Februar 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele zusätzliche Schlafplätze für akut wohnungs- und obdachlose Menschen im Rahmen der Kälterege lung gibt es im Winter 2023/2024?
2. Wie sind diese bislang ausgelastet, und bewertet der Senat die Anzahl als ausreichend?
3. Wie prüft der Senat, ob Menschen, die im Rahmen der Kälterege lung ordnungsrechtlich zum Schutz von Leib und Leben untergebracht sind, möglicherweise Anspruch auf Sozialleistungen haben, und unterstützt gegebenenfalls bei der Beantragung?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Im Rahmen der Kälterege lung stehen 100 zusätzliche Unterbringungsplätze zur Verfügung.

Zu Frage 2: Von den 100 Kälteplätzen waren zu Spitzenzeiten circa 90 belegt. Die Anzahl der Plätze war demnach bisher ausreichend. Bei Bedarf könnten die Plätze aufgestockt werden. Nicht immer ausreichend sind derzeit die Kapazitäten für Wohnungslose, die als Suchtkranke illegale Drogen konsumieren.

Zu Frage 3: Die Verfahren zur Überprüfung von Leistungsansprüchen bei der Zentralen Fachstelle Wohnen sind standardisiert und beziehen sich auf alle Personen, die eine Notübernachtung benötigen. Sie beinhalten zum Beispiel auch Abfragen über das Jobcenter nach Leistungsansprüchen in anderen Kommunen. Bei Bedarf werden Betroffene an die Sozialleistungsträger verwiesen. Zudem berät und unterstützt die Beratungsstelle Fair-BINNEN neu zugewanderte EU-Bürgerinnen und -Bürger. Die Beratungsstelle MoBA berät mobil Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung im Lande Bremen.

Anfrage 10: Zustand des sogenannten Arisierungs-Mahnmals
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Nelson Janßen,
Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 7. Februar 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie weit ist die Beseitigung der Baumängel am Arisierungs-Mahnmal vorangeschritten, und zu wann rechnet der Senat damit, dass wieder freie Sicht auf den Innenraum gewährleistet ist?
2. Wie stellt der Senat sicher, dass das Mahnmal regelmäßig auf Verunreinigung und störende Graffiti kontrolliert und deren Beseitigung garantiert wird?
3. Wie ist der aktuelle Stand zur Erstellung einer erklärenden Hinweistafel für das Mahnmal?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Die Frage wurde bereits ausführlich mit einer öffentlichen Vorlage in der Deputation für Kultur am 21. Februar 2024 beantwortet. Die Baumängel betrafen die Stromversorgung sowie die fehlende Dichtigkeit der oberen Fensterscheibe und, als Folge davon, den strombedingten zwischenzeitigen Ausfall der Licht-, Lüftungs- und Beheizungssteuerung. Die Stromversorgung konnte inzwischen endgültig hergestellt werden. An der Dichtigkeit der Scheibe wird mit Nachdruck durch die ausführenden Firmen gearbeitet. Da hierfür mehrere mögliche Fehlerquellen sukzessive untersucht werden müssen, kann eine erfolgreiche Behebung terminlich derzeit nicht festgelegt werden. Grundsätzlich muss der Innenraum trocknen, erst dann kann eine freie Sicht auf den Innenraum wieder gewährleistet werden.

Zu Frage 2: Um das Mahnmal vor Verunreinigungen und Graffiti zu schützen, wurden die Wandflächen des Mahnmals mit einem Graffiti-Schutzanstrich versehen. Dieser Schutzanstrich muss jedoch nach jedem Entfernen wieder neu aufgetragen werden, da er mit abgewaschen wird. Dennoch ist das Ziel, Graffiti möglichst zügig zu entfernen. Dies gilt insbesondere bei politisch diskreditierenden Botschaften, diese werden, sobald Kenntnis darüber vorliegt, sofort entfernt.

Zu Frage 3: Der Text einer erklärenden Hinweistafel für das Mahnmal ist sehr sorgfältig unter Einbeziehung vieler zu beachtender Aspekte zu erarbeiten. Aufgrund der Thematik ist dies mehr als eine bloße erläuternde Erklärung des Mahnmals, es ist zugleich eine Stellungnahme Bremens zu der durch das Mahnmal verkörperten Erinnerung an die massenhafte Beraubung europäischer Jüdinnen und Juden durch das NS-Regime und die Beteiligung bremischer Unternehmen, Behörden und Bürgerinnen und Bürger.

Unter Federführung der Landeszentrale für politische Bildung ist ein erster Entwurf einer erklärenden Hinweistafel unter Hinzuziehung externer fachlicher Expertise erarbeitet worden. Des Weiteren ist die Jüdische Gemeinde Bremen in die Texterarbeitung einbezogen worden. Für die endgültige Textfassung sind noch weitere Gespräche zu führen. Der Senat ist bestrebt, diese Gespräche zügig zum Abschluss zu bringen und eine entsprechende Hinweistafel anzubringen.

Anfrage 11: Wie barrierefrei ist der Fernverkehr am Bremer Hauptbahnhof in Randzeiten?

**Anfrage der Abgeordneten Tim Sültenfuß, Nelson Janßen,
Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 7. Februar 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Bei wie vielen und welchen Fernzügen, die vom Bremer Hauptbahnhof abfahren, wird fahrplan- und personal(mangel)bedingt aktuell keine Einstiegshilfe für mobilitätseingeschränkte Menschen geleistet?
2. Wie bewertet der Senat diese Situation hinsichtlich der Verpflichtung in Artikel 9 der UN-Behindertenrechtskonvention?
3. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, um in dieser Situation Abhilfe zu schaffen?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Alle Serviceleistungen rund um das barrierefreie Reisen werden seit einigen Jahren im Bereich der Deutschen Bahn AG über die sogenannte Mobilitätsservice-Zentrale gebündelt. An den einzelnen

Stationen werden die entsprechenden Dienstleistungen durch Servicemitarbeitende der DB AG, Bereich Personenbahnhöfe, erbracht.

Am Bremer Hauptbahnhof wird der Service für mobilitätseingeschränkte Reisende täglich zwischen 6:00 und 23:45 Uhr angeboten. Eine örtliche Einstiegshilfe ist dabei nur bei den Zügen erforderlich, die nicht über eine fahrzeuggebundene Einstiegshilfe für Rollstühle verfügen. Dies betrifft ausschließlich ältere Fahrzeugtypen im Fernverkehr.

Von täglich bis zu 80 Fernverkehrszügen im Bremer Hauptbahnhof verkehren außerhalb der zuvor genannten Servicezeit lediglich fünf Züge. Von diesen ist bereits einer mit einer fahrzeuggebundenen Einstiegshilfe ausgestattet, die übrigen vier Fahrten sollen nach Aussage der DB Fernverkehr AG perspektivisch ebenfalls durch moderne Fahrzeuge mit einer entsprechenden Einstiegshilfe ersetzt werden.

Personalbedingte Fehlbesetzungszeiten sind dem Senat nicht bekannt, können aber in den zurückliegenden Krankheitswellen nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Zu Frage 2 und 3: Die von der Bundesrepublik Deutschland eingegangene Verpflichtung aus Artikel 9 der UN-Behindertenrechtskonvention sieht der Senat auch gegenüber den Fernverkehrsunternehmen und Infrastrukturunternehmen des Bundes als verpflichtend an hinsichtlich deren Anwendung. Der Senat wird gegenüber den Fernverkehrsunternehmen dafür werben, auch bei den Zügen am Tagesrand schnellstmöglich modernes Wagenmaterial einzusetzen, das über bordeigene Zustiegshilfen verfügt.

Anfrage 12: Wie sicher und artgerecht ist das Aufliegenlassen von Brieftauben bei Hochzeiten in Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Philipp Bruck, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. Februar 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat grundsätzlich das Aufliegenlassen von weißen Brief-/Zuchttauben im Rahmen von Hochzeiten, wie häufig wurde dieses Ritual in Bremen in den letzten Jahren praktiziert, und sind ihm Fälle bekannt, wo Tauben hierbei Schaden genommen haben?

2. Wie wird sichergestellt, dass das Auffliegenlassen von Hochzeitstauben in Bremen nur von Anbieter:innen und Taubenzüchter:innen durchgeführt wird, die die erforderliche Genehmigung nach § 11 Tierschutzgesetz besitzen?

3. Wie viele Anbieter:innen von Leistungen im Rahmen des Auffliegenlassens von Hochzeitstauben gibt es im Bremer Raum, und wie wird sichergestellt, dass diese die Tauben artgerecht halten und das Auffliegenlassen entsprechend den Vorgaben des Tierschutzgesetzes durchführen?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Da das Auffliegenlassen von Hochzeitstauben veterinärrechtlich gegenüber der örtlich zuständigen Veterinärbehörde nicht anzeigepflichtig ist, liegen dem Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen (LMTVet) keine Kenntnisse vor, wie häufig und in welchem Umfang dies in der Stadtgemeinde Bremen durchgeführt wird. Dem LMTVet ist in den letzten Jahren auch kein Fall zur Kenntnis gelangt, bei dem Hochzeitstauben zu Schaden gekommen sind.

Zu Frage 2: Wer nach § 11 Absatz 1 Nummer 8 d des Tierschutzgesetzes gewerbsmäßig Tiere zur Schau stellen oder für solche Zwecke zur Verfügung stellen möchte, braucht eine Erlaubnis der zuständigen Veterinärbehörde. Der LMTVet wäre für eine Erlaubniserteilung nach § 11 des Tierschutzgesetzes zuständig, wenn die Taubenhaltung auf dem Gebiet des Landes Bremen stattfände.

Das Vorliegen einer Gewerbsmäßigkeit im Sinne des Tierschutzgesetzes ist im Einzelfall zu prüfen. Bisher ist im Land Bremen für den Zweck des gewerbsmäßigen Auffliegenlassens von Hochzeitstauben kein Antrag gestellt und keine Erlaubnis erteilt worden. Liegt keine Gewerbsmäßigkeit vor, können weiße Tauben, zum Beispiel aus reinem Freundschaftsdienst, anlässlich einer Hochzeit ohne § 11-Genehmigung aufgelassen werden.

Sollte der LMTVet aufgrund eigener Recherchen, Kontrollen von Taubenhaltungen oder Hinweisen aus der Bevölkerung von einer erlaubnispflichtigen Tätigkeit ohne vorliegende Erlaubnis erfahren, werden die üblichen verwaltungs- beziehungsweise ordnungsrechtlichen Maßnahmen ergriffen.

Zu Frage 3: Es gibt keine konkrete amtliche Kenntnis über Anbieterinnen oder Anbieter außerhalb des Landesgebietes, da es kein Bundesregister über erteilte Erlaubnisse und keine allgemeine Anzeigepflicht für das Aufhängenlassen der Hochzeitstauben gibt.

Anfrage 13: Bike-and-ride-Station am Bahnhof Lesum
Anfrage der Abgeordneten Tim Sültenfuß, Sofia Leonidakis,
Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE
vom 8. Februar 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie ist der aktuelle Stand bei der Umsetzung der Bike-and-ride-Station am Bahnhof Lesum?
2. Wie viele Stellplätze wird es zukünftig für Fahrräder an der Bike-and-ride-Station am Bahnhof Lesum geben, und wird es neben den abschließbaren Fahrradgaragen auch weiterhin überdachte und unüberdachte Fahrradbügel geben?
3. Bis wann ist mit Abschluss der Umbaumaßnahmen an der Station zu rechnen?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Die alte Bike-and-ride-Anlage wurde abgerissen, und provisorische Fahrradbügel wurden aufgestellt. Als Nächstes folgt die Errichtung der neuen Anlage.

Zu Frage 2: In der neuen Bike-and-ride-Anlage sollen insgesamt 154 überdachte Fahrradstellplätze entstehen. Die Anlage besteht aus einem frei zugänglichen Teil und einer Sammelschließanlage, bei der gegen eine monatliche Gebühr von zehn Euro ein Stellplatz angemietet werden kann. Der Betrieb und die Vermietung erfolgen durch die BREPARK.

Die Stellplätze werden sowohl aus Fahrradbügeln als auch aus doppelstöckigen Fahrradständern, sogenannten Doppelstockparkern, bestehen. Im frei zugänglichen Bereich werden 109 Fahrradstellplätze entstehen, zehn davon als Sonderstellplätze für Lastenräder. In der Sammelschließanlage entstehen insgesamt 45 Stellplätze, vier davon als

Sonderstellplätze. Zusätzlich werden 14 unüberdachte Fahrradstellplätze errichtet.

Zu Frage 3: Die Bike-and-ride-Anlage wird voraussichtlich im Juni 2024 fertiggestellt sein.

**Anfrage 14: Nutzung der Lehrschwimmbecken der Bremer Bäder
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und
Fraktion der FDP
vom 19. Februar 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie ist die Auslastung der Lehrschwimmbecken der Bremer Bäder GmbH, und zu welchen Zeiten gibt es freie Kapazitäten?
2. Inwiefern und nach welchen Kriterien erfolgt eine Vermietung freier Kapazitäten, und wie viele Anfragen von welchen Nutzungsgruppen gab es in den letzten zwölf Monaten?
3. Welchen Nutzungsanfragen wurde entsprochen, welche wurden abgelehnt, und aus welchen Gründen?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Insgesamt sind in den Lehrschwimmbecken der Bremer Bäder GmbH Kapazitäten von insgesamt 460,25 Stunden pro Woche vorhanden. Aktuell werden hiervon 382 Stunden pro Woche genutzt, sodass die Auslastung 83 Prozent beträgt. Aufgrund von Umbauten, Randzeiten und Übergabefenstern zwischen den Kursen oder Schichten der Mitarbeitenden sind die Lehrschwimmbäder damit fast voll ausgelastet. In der Zeit zwischen 14:00 und 16:00 Uhr sowie ab 19:30 Uhr gibt es jedoch noch wenige freie Kapazitäten.

Zu Frage 2: Eine Vermietung erfolgt, wenn das Angebot für die anfragende Nutzergruppe passend ist hinsichtlich Ort, Tag, Zeit und Preis. Einziges Ausschlusskriterium sind Konkurrenzangebote, die in den Nutzungsverträgen der Bremer Bäder GmbH auf die Weise geregelt sind, dass das Anbieten von Kursen, die der Produktpalette des Betreibers entsprechen oder diesem inhaltlich ähneln, auf den angemieteten Flächen

untersagt ist. Seit Februar 2023 gab es insgesamt 17 externe Anfragen für die Nutzung von Lehrschwimmbecken.

Zu Frage 3: Die Bremer Bäder GmbH konnte sechs der 17 Nutzeranfragen entsprechen. Es handelte sich dabei fast ausschließlich um Anfragen von Kindergärten und Schulen nach regelmäßigen Schwimmzeiten in den Hallenbädern des OTe-, Schloßpark- und Huchtinger Bades. Im OTe-Bad wurde zudem ein zweiwöchiger Schwimmkurs angeboten und einmalig das Kursbecken im Südbad für 1,75 Stunden von einer Schule angemietet.

Nicht entsprochen werden konnte drei Wünschen, weil diese Aquafitness und Schwimmunterricht anbieten wollten. Diese Anfragen wurden abgelehnt, da die Bremer Bäder GmbH entsprechende Kurse anbietet. Es wird aktuell jedoch überprüft, ob freie Zeiten künftig auch Dritten zur Durchführung von Schwimmangeboten zur Verfügung gestellt werden können. Sechs weitere Male passten die angefragten Zeiten nicht zu den vorhandenen freien Wasserflächen. Zweimal wurde der Preis für die Anmietung der Becken von den Anfragenden als zu teuer empfunden.

Anfrage 15: Hochwasser in Borgfeld

**Anfrage der Abgeordneten Theresa Gröninger, Hartmut Bodeit,
Martin Michalik, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 27. Februar 2024**

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

**Anfrage 16: Zukünftige Unterrichtsvertretung an Bremer Schulen ohne
„Stadtteil-Schule e. V.“**

**Anfrage der Abgeordneten Yvonne Awerwieser, Frank Imhoff und
Fraktion der CDU
vom 1. März 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Was hat den Senat dazu bewogen, den langjährigen Kooperationsvertrag mit Stadtteil-Schule e. V. dem Vernehmen nach zum 31. Juli 2024 zu kündigen, wenngleich eine Vielzahl von Bremer Schulen auf verschiedene Fördermaßnahmen und besonders die Unterrichtsvertretung, welche durch Stadtteil-Schule e. V. geleistet werden, nur schwerlich verzichten kann?

2. Wie viele Lehrerwochenstunden an öffentlichen Schulen innerhalb der Stadtgemeinde Bremen werden aktuell (Stand 1. März 2024) über Vertretungskräfte von Stadtteil-Schule e. V. abgedeckt, wie vielen Lehrer-Vollzeitäquivalenten entspricht dieser Wert, und wie gedenkt der Senat diesen offenkundigen Bedarf der Schulen nach Auslaufen der Kooperation mit Stadtteil-Schule e. V. zu decken?

3. In welcher finanziellen Höhe wurden in den zurückliegenden drei Haushaltsjahren Zuwendungen an Stadtteil-Schule e. V. zum Zweck der Unterrichtsvertretung an öffentlichen Schulen innerhalb der Stadtgemeinde Bremen gezahlt, und wofür sollen diese nun offenbar frei werdenden Mittel nach Willen des Senats zukünftig genutzt werden?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Allem voran ist festzustellen, dass die Senatorin für Kinder und Bildung (SKB) den Kooperationsvertrag mit der STS nicht gekündigt hat und nicht kündigen wird. Die SKB hat auch zu keiner Zeit beabsichtigt, die Zusammenarbeit mit der STS einzustellen. Das Gegenteil ist der Fall. Die STS ist und bleibt unverzichtbarer Bestandteil unseres Systems zur Sicherstellung der Unterrichtsversorgung in Zeiten des Fachkräftemangels. Gemeinsam mit der STS wird an der Weiterentwicklung der Kooperation und in diesem Zusammenhang auch an der Revision des mittlerweile über 20 Jahre alten Vertragswerks gearbeitet.

Zu Frage 2: Die Kooperation mit der STS wird wie dargestellt fortgeführt. In den allgemeinbildenden Schulen werden zum 1. März 2024 aktuell rund 4 400 LWS durch die STS abgedeckt, dies entspricht circa 165 VZÄ. In den berufsbildenden Schulen sind es rund 350 LWS, entspricht circa 14 VZÄ.

Zu Frage 3: Zum ersten Teil der Frage siehe untenstehende Tabelle.

Zum zweiten Teil der Frage wird auf die Fortführung der Kooperation mit der STS verwiesen.

Förderprogramm	Bewilligte Summen		
	2023	2022	2021
Unterrichtsvertretung allgemeinbildende Schulen	11 382 072,93 Euro	11 729 367,00 Euro	12 911 263,42 Euro

Unterrichtsvertretung berufsbildende Schulen	1 158 746,49 Euro	921 106,00 Euro	1 107 494,45 Euro
---	-------------------	-----------------	-------------------

Anfrage 17: Wie bewertet der Senat die Energierechts- und Budgetberatung?

**Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 5. März 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Beratungen wurden im Rahmen des bis Ende 2023 bei der Verbraucherzentrale Bremen angesiedelten Projekts Energierechts- und Budgetberatung durchgeführt?
2. Wie bewertet der Senat die Bedeutung des Projekts für die Verbraucher und als Ergänzung zur allgemeinen Verbraucherrechtsberatung?
3. Inwiefern gab beziehungsweise gibt es seitens des Senats Bemühungen zur Verstetigung des Projekts?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Der Aufbau der Energierechts- und Budgetberatung bei der Verbraucherzentrale Bremen erfolgte als Reaktion auf die Notlagensituation, die sich aus der Inflations- und Energiekrise in 2022/2023 ergeben hat, und sie konnte erst im Rahmen des Nachtragshaushalts 2023 und daher erst zur Jahresmitte des letzten Jahres umgesetzt werden. In dem zweiten Halbjahr 2023 wurden 183 Energierechts- und 52 Budgetberatungen durchgeführt. Im Rahmen der Budgetberatung fanden zudem fünf Vorträge mit insgesamt 72 erreichten Verbraucher:innen statt.

Zu Frage 2: Die Energierechtsberatung wird grundsätzlich als sinnvolle fachspezifische Ergänzung zur allgemeinen Verbraucherrechtsberatung gesehen, weil hier spezifische Fragen zu Energielieferverträgen und deren Abwicklung geklärt werden können. Die Budgetberatung ist eine Unterstützungsleistung für Menschen mit finanziellen Schwierigkeiten zur Vermeidung von Verschuldungs- beziehungsweise

Überschuldungssituationen. Beide Beratungsangebote wurden insbesondere vor dem Hintergrund der Inflationsdynamiken und der Energiepreiskrise in 2022/2023 eingerichtet.

Zu Frage 3: Aufgrund der Finanzierung beider Beratungsangebote aus dem Nachtragshaushalt 2023 war das Beratungsangebot seit Projektstart bis Ende vergangenen Jahres befristet. Eine Finanzierung beider Angebote aus dem Produktplan 51 Gesundheit und Verbraucherschutz scheidet derzeit aus, weil dies nur über Einsparungen an anderer Stelle zu bewerkstelligen wäre und Spielräume hierfür nicht gegeben sind. Die weiteren Beratungsangebote der Verbraucherzentrale Bremen, wie die Verbraucherrechtsberatung auch mit ihren Standorten in den Quartieren, sind hiervon nicht berührt und werden entsprechend den verfügbaren Haushaltsmitteln fortgeführt.

Anfrage 18: Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) als Vermieter
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und
Fraktion der FDP
vom 5. März 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Gebäude befinden sich im Eigentum der Wirtschaftsförderung Bremen?
2. Wie viele dieser Gebäude sind ganz oder teilweise mit Indexmietverträgen weitervermietet?
3. Nach welchen Kriterien erfolgt die Priorisierung bei Sanierung und Modernisierung von im Besitz der Wirtschaftsförderung Bremen befindlichen Objekten, und inwiefern wird dabei eine angemessene Berücksichtigung von Mieterinteressen sichergestellt?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Im Eigentum der WFB befinden sich 19 Gebäude.

Zu Frage 2: Von den 19 im Eigentum der WFB befindlichen Gebäuden sind 18 vermietet, neun davon mit Indexmietvertrag. Ein Gebäude ist derzeit nicht vermietet.

Zu Frage 3: Die Sanierungen und/oder Modernisierungen der WFB-eigenen Gebäude erfolgen nach wirtschaftlichen oder sicherheitstechnischen Gesichtspunkten im Rahmen der Gebäudeunterhaltung für Dach und Fach. Erweiterungs- und Änderungswünsche von Mieter:innen innerhalb der jeweiligen Mieteinheit werden ebenfalls nach wirtschaftlichen Aspekten durch gemeinsame Abstimmungs- und Verhandlungsprozesse sichergestellt.

Anfrage 19: Inwieweit bietet Bremen Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG?

**Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Sigrid Grönert,
Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 5. März 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit wird in Bremen von § 5 Asylbewerberleistungsgesetz Gebrauch gemacht, und wie viele Arbeitsstunden wurden 2023 dementsprechend in welchen Bereichen verrichtet?
2. Sollte von § 5 Asylbewerberleistungsgesetz in Bremen kein Gebrauch gemacht werden, aus welchen Gründen nicht, und inwieweit plant der Senat, dies künftig zu ändern?
3. Welche Arbeitsgelegenheiten bei staatlichen, bei kommunalen und bei gemeinnützigen Trägern kommen aus Sicht des Senats für Personen, auf die § 5 Asylbewerberleistungsgesetz angewendet werden kann, in Betracht?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: In Bremen gibt es einzelne Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz. Im Jahr 2023 wurden insgesamt 16 Arbeitsgelegenheiten durchgeführt. Die Bereiche erstrecken sich mehrheitlich über Aufgaben, die in direktem Zusammenhang mit der Pflege/Instandhaltung der jeweiligen Unterbringungseinrichtung stehen. Dabei handelt es sich um niedrigschwellige Hilfsarbeiten im Bereich Gartenarbeit, Reinigung und Hilfstätigkeiten im Rahmen der Hausmeistertätigkeiten. Die Anzahl der Stunden sowie die genaue Zuteilung zu Arbeitsfeldern wird statistisch nicht erfasst.

Zu Frage 2: Der Senat plant keine Veränderung der derzeitigen Praxis, beobachtet jedoch die Diskussion um die Weiterentwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Aus Sicht des Senats steht immer die Nachhaltigkeit von beschäftigungspolitischen Maßnahmen im Vordergrund. Ziel muss es sein, geflüchtete Menschen möglichst schnell in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu vermitteln. Dazu sind Faktoren wie der Spracherwerb, die Anerkennung von Qualifikationen und gesicherte Lebensbedingungen wesentlich.

Zu Frage 3: Die Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG beziehen sich auf das Umfeld der Unterbringung, „insbesondere zur Aufrechterhaltung und Betreibung der Einrichtung“. Hierfür kommen Hilfstätigkeiten zur Instandhaltung, Reinigung und Gartenarbeit in den jeweiligen Unterkünften in Betracht. Auch außerhalb von Einrichtungen geht es bei Arbeitsgelegenheiten bei staatlichen, kommunalen oder gemeinnützigen Trägern um einfache Hilfstätigkeiten. Dabei ist auch zu beachten, dass solche Arbeitsgelegenheiten kaum für den Arbeitsmarkt qualifizierenden Charakter haben und in der Umsetzung für alle Beteiligten durchaus komplex sind. Unabhängig davon setzt der Senat eine hohe Priorität bei der Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen mit geklärtem Aufenthaltsstatus.

**Anfrage 20: Wie groß ist die Aktenhalde im Migrationsamt?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Sigrid Grönert,
Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 5. März 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele unbearbeitete Akten liegen im Migrationsamt aktuell auf Halde (Stichtag 1. Februar 2024), und wie viel zusätzliches Personal würde benötigt werden, um diese Aktenhalde zeitnah abarbeiten zu können?
2. Wie wird sich der im Rahmen der Haushaltsaufstellung für die Jahre 2024 und 2025 zu erwartende Stellenwegfall von 23 Vollzeitäquivalenten auf den Anstieg der Aktenhalde auswirken?
3. Wie will der Senat dem erwarteten erhöhten Aufkommen an Einbürgerungsanträgen aufgrund der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts auf Bundesebene begegnen?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1 und 3: Ausgehend von der Formulierung der Fragen ist erkennbar, dass sich diese nur auf die Staatsangehörigkeitsbehörde beziehen. Der Senat antwortet entsprechend.

In der Staatsangehörigkeitsbehörde im Migrationsamt waren mit Stand vom 1. Februar 2024 insgesamt rund 10 500 Einbürgerungsverfahren anhängig. Die Zahl der weitgehend unbearbeiteten oder nur grob vorgeprüften Anträge lag zu diesem Zeitpunkt bei circa 6 400 Anträgen. In mehreren Hundert dieser Fälle wurden jedoch bereits erste Bearbeitungsschritte eingeleitet.

Mit dem derzeit zur Verfügung stehenden Personal lassen sich bei der noch geltenden Rechtslage bis zu 5 000 Verfahren pro Jahr bearbeiten. Das neue Staatsangehörigkeitsrecht wird auch zu deutlichen Verfahrensvereinfachungen führen, wodurch mit dem bestehenden Personalbestand bis zu 7 000 Verfahren pro Jahr bearbeitet werden können.

Der Senator für Inneres und Sport prüft derzeit die Bearbeitungsprozesse in der Staatsangehörigkeitsbehörde mit dem Ziel, die Beschäftigten von Nebentätigkeiten durch organisatorische und personelle Maßnahmen zu entlasten, so zu einer höheren Erledigungsquote von bis zu 10 000 Verfahren pro Jahr zu gelangen, dadurch für einen stetigen Abbau der Halde zu sorgen und damit auch einem erhöhten Aufkommen an Einbürgerungsanträgen aufgrund der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts auf Bundesebene zu begegnen. Zudem wird die Einführung des Onlinedienstes „Einbürgerung“ und hierdurch eine weitere Optimierung der Prozesse im Laufe dieses Jahres erfolgen.

Zu Frage 2: Ein Wegfall von Stellen ist nicht geplant. Die Finanzierung von fünf Stellen, die bisher aufgrund von Sonderlagen aus dem Bremen-Fonds finanziert wurden, konnte in den Haushaltsvorentwürfen über die sogenannten Priormittel sichergestellt werden.